10 Vom inneren und äußeren Kulturkampf

Islamfeindlichkeit löste in den 1990er Jahren, wie in den vorangegangenen Kapiteln aufgezeigt wurde, den Antikommunismus ab. So wurde die islamische Welt, insbesondere nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001, die den ersten NATO-Bündnisfall ausgelöst hatten, zum neuen Feindbild des Westens. Wie früher im Antikommunismus der Feind durch staatliche und private Öffentlichkeitsarbeit und durch die Sicherheitsbehörden stets auch im Inneren bekämpft wurde, wird auch der Islam heute als innere wie äußere Bedrohung wahrgenommen. Die geopolitische Auseinandersetzung eines "Kampfes der Kulturen" (siehe 2.4) wurde im deutschsprachigen wie auch im angelsächsischen Raum zunehmend auf das Innere der eigenen Gesellschaften übertragen, wodurch die muslimischen Minderheiten immer stärker ausgegrenzt werden (siehe 10.1).

Parallel dazu entwickelte sich ein Kulturkampf, der auf den gesellschaftlichen Wandel der 1960er Jahre zurückgeht. Hier verstehen sich Aktivisten in Opposition zu liberalen Positionen bezüglich Geschlechterrollen und Frauenrechten oder betreffend Migrationsfragen und religiösem Pluralismus. Diese Anti-68er-Bewegung fürchtet zwar auch eine "Islamisierung", lastet diese aber in erster Linie der (Einwanderungs-)Politik der Gegenseite an (siehe 10.2).

10.1 Feindbild Islam

Seit den Anschlägen von 9/11 wird diskutiert, wer die USA und mit ihr die westliche Lebensweise, angegriffen hat. Ist der Feind ein innerhalb der islamischen Welt randständiger radikaler Islamismus oder ist er gerade ein Ausbund des Mainstream-Islams als uraltem Gegenspieler des Abendlandes (siehe 8.1), der sich nun nach dem Ende des Kalten Krieges wieder zurückmeldet. Wird die Gefahr im Islam selbst festgemacht und etwa aus seinem religiösen Schrifttum hergeleitet, dann stellen auch die muslimischen Minderheiten in europäischen Ländern oder in Nordamerika eine – zumindest potentielle – Bedrohung dar.

Wenn von einer "schleichenden Islamisierung" die Rede ist (siehe 10.1.1), dann ist auf einer institutionellen Ebene eine gesellschaftliche Unterwanderung, insbe-

sondere auch von islamischen Organisationen, gemeint. Diese Unterwanderung laufe verdeckt ab, die Akteure würden ihre wahren Absichten also nicht offenlegen. Hinter allem stecke die Muslimbruderschaft, die aber nie als solche auftrete, sondern sich hinter Tarnorganisationen verstecke, was grundsätzlich jede islamische Organisation verdächtig macht. Dieses Gedankengut wird in den USA stark verbreitet, beeinflusst aber über transatlantische Organisationen auch europäische Diskussionen über den Umgang mit Extremismus (siehe 10.1.2). Gleichzeitig wird in einer Integrationsdebatte die Existenz eines "moderaten" Islams in Frage gestellt, wodurch auf einer individuellen Ebene auch die Zugehörigkeit von Muslimen zur Gesellschaft hinterfragt wird (siehe 10.1.3). Infolgedessen werden alternative innergesellschaftliche "muslimische" Partner gesucht oder aufgebaut (siehe 10.1.4).

10.1.1 Von der *schleichenden Islamisierung*

In den USA veröffentlichte das von Frank Gaffney[1] präsidierte *Center for Security Policy* (CSP)[2] 2010 den Report "Shariah: The Threat to America" eines "Team B II". Damit bezog man sich explizit auf den "Team B"-Report von 1976, der die Entspannungspolitik ("détente") gegenüber der Sowjetunion angeprangert und die angestrebte Weltherrschaft des Kommunismus als große Gefahr für die nationale Sicherheit dargestellt habe. Ronald Reagan teilte diese Kritik an der Entspannungspolitik, weshalb er bereits bei den republikanischen Vorwahlen 1976 auf Sicherheits-Themen gesetzt habe und es damit dann vier Jahre später zum Präsidenten gebracht habe (2010: 5).

Die Arbeit des "Team B" habe die intellektuelle Grundlage geschaffen, um die Sowjetunion zu zerstören und ihre Ideologie zu diskreditieren. Heute sei man mit einer noch heimtückischeren ideologischen Gefahr konfrontiert, der "shariah". Diese sei die sozio-politische totalitäre Doktrin des Islam, die man trotz vorhandener spiritueller Elemente nicht als eine religiöse Vorschrift auffassen dürfe (2010: 6). Deren Vertreter strebten, wie zuvor die Kommunisten und Nazis, die Weltherrschaft durch ein totalitäres Regime, ein Kalifat, an. Einige seien Terroristen, andere würden jedoch heimlicher agieren und die Gesellschaft von innen her zerstören, indem sie sich zur Tarnung als "moderat" bezeichnen würden. Es gelte daher jene Muslime zu identifizieren, welche die "shariah" einführen wollten (2010: 6f.).

---

1 Zu Gaffney siehe 5.1.2 mit Abb. 5.2, 10.1.2, 10.1.2.1.

2 Zum CSP siehe 4.2, 5.2 mit Abb. 5.6, 8.3.2, 9.2.2, 9.3.1.8, 10.1.2.2, 10.1.4.2, 10.1.5.2, 10.2.4.1.

Aus dem Kalten Krieg habe man gelernt, dass die größte Schwierigkeit im Umgang mit jenen liege, die sich im eigenen Land gewaltfrei organisierten und unter fremder Kontrolle standen, wie etwa die Kommunistische Partei der USA (2010: 9). Gefährlich sei etwa die Muslimbruderschaft, die zwar alle Ziele der gewalttätigen Jihadisten teilen würde, sich aber noch in einer "pre-violent"-Phase befände, indem sie "stealthy jihad tactics" folgen würde, um das Schlachtfeld in den USA vorzubereiten (2010: 10). Beim Begriff des "stealth jihad" bezieht man sich auf ein Buch von Robert Spencer (siehe 9.2.5), das unter diesem Titel 2008 erschienen war.[3] Zur Muslimbruderschaft wird die islamische Bürgerrechtsorganisation *Council on American Islamic Relations* (CAIR) gezählt (2010: 13).

Bei der genaueren Betrachtung der neuen Feinde wird im Report festgestellt, dass sich die Truppen der "shariah" seit 1400 Jahren im Krieg mit Nicht-Muslimen befänden, seit 200 Jahren auch mit den USA (2010: 16). Zum Feind werden all jene gezählt, welche die "shariah" in unterschiedlicher Weise unterstützen würden, etwa durch die islamische Almosengabe ("*zakat*") (2010: 18). Später werden etwa noch die weibliche Genitalverstümmelung (2010: 28) oder die Pflicht zu Lügen (*Taqiya*, siehe 10.1.3.2) als Teil der "shariah"-Lehre aufgezählt (2010: 31).

Nachdem festgestellt wurde, dass sich die Muslimbruderschaft bereits tief in der US-amerikanischen Gesellschaft eingenistet habe (2010:10), wird erklärt, dass die meisten islamischen Organisationen in den USA in irgendeiner Art und Weise mit der Muslimbruderschaft verbunden seien (2010: 20). Weitere Erkenntnisse habe man von ehemaligen Insidern wie Walid Shoebat (siehe 9.3.1.8) oder Mosab Yousef (siehe 9.1.2.2, 9.3.2.4) gewonnen, die angeben, dass die Muslimbruderschaft in den USA die Verfassung zerschlagen und durch die "shariah" ersetzen wolle (ebd.). Empfohlen wird daher die Verhinderung der Einwanderung von Anhängern der "shariah", wie man das früher bereits bei Anhängern der staatsgefährdenden Ideologie des Kommunismus gehandhabt hätte (2010: 22).

Für den 177-seitigen Report wurde neben Robert Spencer u.a. Johannes "Hans" Jansen (siehe 5.3) zitiert, ein Abgeordneter von Geert Wilders Partei PVV, Teilnehmer der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel 2007 (siehe 4.1), Autor bei *EuropeNews*, *Gates of Vienna* (GoV), *PI-News*, *Jihad Watch*, *FrontPage Magazine* (FPM), Beteiligter bei der *International Free Press Society* (IFPS) und der *International Civil Liberties Alliance* (ICLA) (siehe 5.2); Andrew G. Bostom (siehe 5.3), ebenfalls Teilnehmer der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel 2007, IFPS-Beteiligter, Autor bei *EuropeNews, PI-News*, *FPM*, *GoV*, *Jihad Watch;* Raymond Ibrahim (siehe 9.3.2.4), Autor bei *EuropeNews*, *FPM*, *Jihad Watch*, *PI-News;* Rachel Ehrenfeld, Beteiligt bei der IFPS, Au-

3 Spencer, Robert (2008): Stealth Jihad: How Radical Islam is Subverting America Without Guns or Bombs. Washington, DC: Regnery Publishing.

torin bei *FPM*, *EuropeNews*; Daniel Pipes (siehe 4.3.1), IFPS-Beteiligter, Autor bei *EuropeNews*, *FPM* oder *Bat Ye'or* (siehe 4.5, 10.1.5.2), Teilnehmerin der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel 2007, IFPS-Beteiligte, Autorin bei *EuropeNews*, *FPM*, *Jihad Watch*.

Verantwortet wurde der Report u.a. vom charismatisch-evangelikalen Ex-General William G. "Jerry" Boykin (siehe 9.3.1.8) als "Team Leader" von Christine Brim (siehe 4.2), Beteiligte bei CSP, ICLA und IFPS; von Stephen C. Coughlin, Beteiligter bei CSP und IFPS, Autor bei *EuropeNews*, *GoV*; von Andrew C. McCarthy (siehe 5.3), IFPS-Beteiligter, Autor bei *EuropeNews*, *FPM*; von Tom Trento, Direktor des *Florida Security Council* bzw. *The United West* (TUW, siehe 9.3.1.8); von Diana West, IFPS-Beteiligte; von Ex-CIA-Direktor R. James Woolsey vom CSP; von Frank J. Gaffney, CSP-Direktor und IFPS-Beteiligter; sowie von Clare Lopez vom CSP, die den Report zusammengestellt hatte. Lopez ist IFPS- und TUW-Beteiligte und saß zusammen mit Frank Gaffney und Daniel Pipes im Clarion-Beirat (siehe 8.3.2).

Wie der 1976er "Team B"-Report auf einen Wechsel der US-Politik drängte und in Ronald Reagan einen Unterstützer fand, so war der "Team B II"-Report von 2010 anklagend auf die Obama-Administration gerichtet und stieß bei Donald Trump auf Anklang. Bei den republikanischen Vorwahlen forderte Trump 2015 mit Bezug auf das *Center for Security Policy* ein Einreiseverbot für Muslime.[4]

Donald Trump berief Frank Gaffney und James Woolsey[5] 2016 in sein Übergangsteam zur Vorbereitung der Präsidentschaft. Clare Lopez soll ebenfalls für einen Posten vorgesehen sein.[6] Als außenpolitischer Berater engagierte Trump Walid Phares (siehe 10.1.2.1), der bereits vier Jahre zuvor für Mitt Romney als Berater im Wahlkampf gegen Barack Obama gearbeitet hatte. Phares saß, wie Gaff-

4 Trump: Donald J.: "Statement on preventing muslim immigration" vom 07.12.2015, URL: https://www.donaldjtrump.com/press-releases/donald-j.-trump-statement-on-preventing-muslim-immigration (Zugriff 20.02.2017).

5 Woolsey zog sich im Januar 2017 wieder zurück: Rucker, Philip: "Former CIA director James Woolsey quits Trump transition team" vom 05.01.2017, URL: https://www.washingtonpost.com/news/powerpost/wp/2017/01/05/former-cia-director-james-woolsey-quits-trump-transition-team/?postshare=5531483720239844&tid=ss_fb&utm_term=.805109917714 (Zugriff 11.01.2017).

6 Samuel, Gabriels: "Donald Trump considering appointing anti-Muslim conspiracy theorist Clare Lopez as deputy security adviser", URL: http://www.independent.co.uk/news/world/americas/donald-trump-clare-lopez-president-deputy-security-adviser-muslim-conspiracy-theorist-islamophobic-a7418151.html (Zugriff 22.12.2016).

ney, Lopez und Pipes, im Clarion-Beirat. Er ist zusammen mit Trumps erstem außenpolitischen Sicherheitsberater Michael Flynn[7] im Beirat[8] von Brigitte Gabriels (siehe 7.3.1) Organisation *ACT! for America*, die etwa 2013 den Gebets-Marsch gegen Christenverfolgung in Florida mitorganisiert hatte (siehe 9.3.1.8). "Brigitte Gabriel", wie sich die IFPS-Beteiligte in den USA nennt, stammt wie Walid Phares aus dem Libanon, wo beide als maronitische Christen für Milizen gearbeitet hatten, Brigitte Gabriel für die *South Lebanon Army* (Sheehi 2011: 91), Walid Phares für die *Lebanese Forces*[9] (siehe auch 10.1.4).

ACT! for America-Gründerin Brigitte Gabriel arbeitete nach ihrer Flucht aus dem Libanon in Israel für *Middle East Television*, einen Fernsehsender des charismatisch-evangelikalen *Christian Broadcasting Networks* (CBN) von Pat Robertson (siehe 8.2.2.2) zur Missionierung im Nahen Osten, wie die *New York Times* 2011 berichtete. Außerdem warnte Brigitte Gabriel laut der Zeitung vor radikalen Muslimen, die bereits CIA, FBI, das Pentagon und das State Department infiltriert hätten.[10] Gegenüber Trumps Medienpartner *breitbart*, wo Brigitte Gabriel 2015 als "leading Middle Eastern anti-refugee activist" bezeichnet wurde, sprach sie sich gegen die Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus, denn in Europa habe bereits eine Invasion stattgefunden, wodurch Europa zu *Eurabia* (siehe 10.1.5.2) geworden sei.[11]

---

7 Flynn trat im Februar 2017 zurück, siehe etwa: "Neue Vorwürfe gegen Ex-Sicherheitsberater Flynn", auf: *zeit.de* vom 25.04.2017, URL: http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/usa-michael-flynn-zahlungen-ausland-gesetzeswidrig (Zugriff 27.04.2017).

8 Mathias, Christopher: "Anti-Muslim Hate Group Brags About Influence In Trump's White House", in: *The Huffington Post* vom 14.12.2016, URL: http://www.huffingtonpost.com/entry/act-for-america-trump-influence_us_58508f98e4b092f086861e1c (Zugriff 11.01.2017).

9 Serwer, Adam: "Top Romney Adviser Tied to Militia That Maßacred", vom 27.10.2011, URL: http://www.motherjones.com/politics/2011/10/walid-phares-mitt-romney-lebanese-forces (Zugriff 14.01.2017).

10 Goodstein, Laurie: "Drawing U.S. Crowds With Anti-Islam Message", in: *New York Times* vom 08.03.2011, URL: http://www.nytimes.com/2011/03/08/us/08gabriel.html?_r=1&pagewanted=all& (Zugriff 14.01.2017).

11 Wilde, Robert: "Brigitte Gabriel: 'Europe is Eurabia Right Now'", auf: *breitbart.com* vom 26.09.2015, URL: http://www.breitbart.com/big-government/2015/09/26/brigitte-gabriel-europe-is-eurabia-right-now/ (Zugriff 14.01.2017).

10.1.2 Islamische Organisationen unter Generalverdacht

Im November 2012 veröffentlichte *EuropeNews* (siehe 5.3) ein Video, in dem Frank Gaffney (siehe 10.1.1) erklärt, wie die Muslimbruderschaft die amerikanische Regierung infiltriert habe, "[…] um die westliche Zivilisation zu untergraben und das Schariarecht in Amerika zu institutionalisieren."[12] 2014 bezog sich *EuropeNews* auf einen Beitrag von Frank Gaffney in der *Washington Times*, wo er die "[…] Unfähigkeit der amerikanischen Politiker, die stille Unterwanderung durch die Muslimbruderschaft im eigenen Land zu erkennen", angeprangert habe. Die Bruderschaft nenne es "Zivilisationsjihad", der in einem 2004 entdeckten "geheimen Plan" beschrieben worden sei. Demnach versuche die Muslimbruderschaft "[…] die westlichen Zivilisationen von innen heraus zu zerstören".[13] Einen Tag später definierte *EuropeNews* "Islamismus" als "eine perverse Ideologie", die Konformität durch "das Schariarecht" erzwinge und Gewalt als "akzeptables Mittel" ansehe. Die einen Islamisten würden sich in Terrororganisationen gruppieren, die Muslimbruderschaft – "genau so extrem" – plane dagegen "eine subtilere Form, eine 'schleichende' Islamisierung".[14] Walid Phares hatte im November 2016 angekündigt, dass Donald Trump die Muslimbruderschaft als Terrororganisation einstufen werde, wovon auch deren Lobbyorganisationen in den USA betroffen sein würden.[15]

Donald Trumps ehemaliger außenpolitischer Sicherheitsberater Michael Flynn sprach an einer *ACT! for America*-Tagung am 9. August 2016 in einer Baptistenkirche in Dallas, Texas (USA), wo er den Islam als eine politische Ideologie bezeichnete, die sich hinter dem Begriff Religion verstecke und wie bösartiger

12 "US: Video: Frank Gaffney über den 'Zivilisationsdjihad' in Amerika", auf: *EuropeNews* vom 08.11.2012, URL: http://de.europenews.dk/US-Video-Frank-Gaffney-ueber-den-Zivilisationsdjihad-in-Amerika-89563.html (Zugriff 14.01.2017).

13 "In dem Maß, in dem die innere Sicherheit schwächelt, steigt die Islamisierung", auf: *EuropeNews* vom 07.01.2014, URL: http://europenews.dk/de/node/75648 (Zugriff 14.01.2017).

14 "Das Krebsgeschwür des islamischen Extremismus erkennen und behandeln", auf: *EuropeNews* vom 08.01.2014, URL: http://europenews.dk/de/node/75647 (Zugriff 14.01.2017, der Artikel wurde hier auf den 07.01.2014 zurückdatiert).

15 Clarion Project: "Trump to Designate Muslim Brotherhood as Terror Org." vom 13.11.2016, URL: http://www.clarionproject.org/news/trump-designate-muslim-brotherhood-terror-org# (Zugriff 14.01.2017).

Krebs metastasiere.[16] Im Februar 2016 twitterte er: "Fear of Muslims is RATIONAL".[17]

An der *ACT! for America*-Tagung hatte Michael Flynn sein Buch "The Field of Fight, How We Can Win the Global War Against Radical Islam and Its Allies" vorgestellt, das im Juli 2016 veröffentlicht wurde. Dort bedauert er, dass im "Krieg gegen den Terror" die Feindanalyse zu kurz komme, was der "political correctness" geschuldet sei. Er selbst sieht sich dagegen als Außenseiter, der bereit sei, unerlaubterweise die Wahrheit zu sagen: "We're in a world war against a messianic mass movement of evil people, most of them inspired by a totalitarian ideology: Radical Islam." (2016: 8f.) Co-Autor des Buches ist Michael Ledeen, der 2008 nach zwanzig Jahren beim *American Enterprise Institute* (AEI) zur *Foundation for the Defense of Democracies* (FDD, siehe 5.2, 10.1.2.1) gewechselt hatte.[18]

Als "Deputy Assistant to the President" diente Sebastian Gorka bis August 2017 im Weißen Haus.[19] Gorka beriet Donald Trump bereits 2015 als Sicherheits-Experte im Wahlkampf[20] und arbeitete 2014 bis 2016 für *Breitbart News*[21] von Stephen Bannon, der für einige Monate Trumps Chefberater wurde (siehe 10.2.5.1). Bis 2014 war Sebastian Gorka für einige Jahre bei der FDD als "Military Affairs Fel-

16 Ausschnitt der Rede auf *Youtube*: https://www.youtube.com/watch?v=fzh9b_vo4vs, (Zugriff 14.01.2017).

17 *Tweet* vom 27.02.2016, URL: https://twitter.com/GenFlynn/status/703387702998278144 (Zugriff 14.01.2017).

18 Ledeen, Michael: "Back From Alaska", vom 07.08.2008, URL: https://pjmedia.com/michaelledeen/2008/08/07/back-from-alaska (Zugriff 14.01.2017).

19 Fortin, Jacey: "Who Is Sebastian Gorka? A Trump Adviser Comes Out of the Shadows", auf: *nytimes.com* vom 17.02.2017, URL: https://www.nytimes.com/2017/02/17/us/politics/dr-sebastian-gorka.html (Zugriff 27.04.2017).

20 Gorka, Sebastian: "The Donald v. NATO: He's on the Money", auf: *breitbart.com* vom 21.07.2016, URL: http://www.breitbart.com/national-security/2016/07/21/donald-v-nato-hes-money/ (Zugriff 27.04.2017).

21 Siehe URL: http://www.breitbart.com/author/sebastian-gorka; Er wurde bei *Breitbart News* als "national security editor" bezeichnet, siehe etwa: Hayward, John: "Dr. Sebastian Gorka: 'Potentially Some Very Embarrassing Things' For Saudi Government In 9/11 Documents" vom 18.04.2016 unter URL: http://www.breitbart.com/big-government/2016/04/18/dr-sebastian-gorka-potentially-embarrassing-things-saudi-government-911-documents/ (Zugriffe 27.04.2017).

low" und Direktor des "FDD's National Security Fellows Program" beschäftigt.[22] Gorka veröffentlichte 2016 das Buch "Defeating Jihad: The Winnable War". Wie es im Klappentext heißt, befinden sich die USA seit 9/11 im Krieg. Dieser könne aber nicht gewonnen werden, solange der Feind nicht klar benannt werde. Der Feind sei nicht "terror" oder "violent extremism", sondern die "global jihadi"-Bewegung, eine totalitäre Ideologie, die auf den Lehren und der gewalttätigen Geschichte des Islam beruhe. Gorka betrachtet die Muslimbruderschaft, wie auch unter 10.1.1 angeführt, als wichtige feindliche Organisation im Hintergrund des Kampfes, die als Terrororganisation eingestuft und bekämpft werden müsse (2016: 141). Er zieht ebenfalls Parallelen zum Kalten Krieg, denn die Ähnlichkeiten zwischen den damaligen Kommunisten und den heutigen Jihadisten seien "[…] multiple and fundamental. Both are ideologically driven, global in their stratetic ambition, absolutist and totalitarian" (2016: 125). Deshalb empfiehlt Gorka dieselbe Strategie wie damals zu verwenden und verweist als Blaupause auf den "National Security Council Report 68" von 1950, der vorsah, den Kalten Krieg durch massive Aufrüstung, Eindämmung und "rollback" der kommunistischen Expansion zu gewinnen (2016: 175ff.).

10.1.2.1 Transatlantische Vernetzung: FDD und EFD

Die *Foundation for the Defense of Democracies* (FDD, siehe 5.2) wurde 2001 kurz nach 9/11 in Washington, D.C. gegründet. Walid Phares, der außenpolitische Berater von Präsident Trump, wurde dort Direktor des "Future Terrorism Projects". Frank Gaffney (siehe 10.1.1) war bis Ende 2008 im FDD-*Board of Advisors*[23] und James Woolsey bis mindestens 2012 Vorsitzender (*chairman*, und wird nun als "Member of FDD's Leadership Council" geführt).

FDD-Gründer und Präsident ist Clifford D. May, ein Anhänger von *Bat Ye'ors Eurabia*-Theorie[24] (siehe 10.1.5.2) und Folter-Befürworter.[25] Walid Phares war von

22 Siehe etwa: "National Security Fellows Meet with Secretary of Homeland Security Janet Napolitano" unter URL: http://www.defenddemocracy.org/events/national-security-fellows-meet-with-director-of-homeland-security-janet-nap/ (Zugriff 27.04.2017).

23 Klausen, Hans-Werner: "Totgesagte leben länger: Altes und Neues von den Neocons", in: *Berliner Umschau* vom 11.09.2009, URL: http://www.berlinerumschau.com/dossier-neocons-in-den-usa/ (Zugriff 14.01.2017).

24 May, Clifford: "The European Caliphate" vom 15.09.2011, URL: http://www.cliffordmay.org/10314/european-caliphate (Zugriff 14.01.2017).

25 2003 verteidigte er Allen West im *FrontPage Magazine*, weil dieser als Offizier im Irak Muslime gefoltert hatte und nach einer Bestrafung aus dem Militär ausschied. West wurde

2001-2010 bei der FDD und von 2006-2010 auch bei der *European Foundation for Democracy* (EFD),[26] die 2005 durch Roberta Bonazzi in Brüssel gegründet wurde.[27] Auch Wahied Wahdat-Hagh war sowohl bei der FDD, als auch bei der EFD engagiert. Von 2006-2013 war er *Senior Fellow* bei der EFD[28] und bis mindestens 2013 auch *Fellow* bei der FDD, wo er u.a. zusammen mit Michael Ledeen im "FDD Iran Human Rights Project" mitwirkte.[29]

Roberta Bonazzi ist *Executive Director* der *Friends of the European Foundation for Democracy* (FEFD) in Washington, D.C., welche die EFD seit 2009 mit bis zu einer Million US-Dollar pro Jahr alimentiert.[30] FEFD-*Treasurer* ist Toby Dershowitz, Vizepräsident für "Government Relations and Strategy" der *Foundation for the Defense of Democracies* (FDD).[31]

Roberta Bonazzi ist auch *Europe Director* des 2006 gegründeten *Center for Liberty in the Middle East* (CLIME), einem gemeinsamen Projekt von EFD und FDD.

---

später IFPS-Beirat, war 2009 bei Geert Wilders Auftritt in Florida dabei (siehe 9.3.1.8), wurde 2011 dank der *Tea-Party*-Bewegung in Florida ins US-Repräsentantenhaus gewählt und wurde 2013 durch Elisabeth Sabaditsch-Wolff (siehe 4.4) an einem Gala-Diner von *ACT! for America* in Washington, D.C. mit einer Auszeichnung geehrt. Später verteidigte May die aufgedeckten US-Foltermethoden im Irak. May, Clifford: "Bring Back Tough Interrogation" vom 18.11.2003, URL: http://archive.frontpagemag.com/readArticle.aspx?ARTID=15422; May, Clifford: "Shock Therapy. So sleep deprivation is torture, but killing is not?" vom 23.04.2009, URL: http://www.cliffordmay.org/5379/torture-shock-therapy; May, Clifford: "Torture TV. A fantasy interview on 'enhanced interrogation techniques'" vom 30.04.2009, URL: http://www.cliffordmay.org/5408/torture-tv-enhanced-interrogation-techniques; May, Clifford: "America needs its rough men" vom 17.12.2014, URL: http://www.cliffordmay.org/15805/cia-torture-report (Zugriffe 14.01.2017).

26 "Short CV of Dr Walid Phares", Stand 2015, URL: http://walidphares.net/artman/publish/CV_8/Short_CV_of_Dr_Walid_Phares_1798.shtml (Zugriff 14.01.2017).

27 "Founder and President", URL: http://europeandemocracy.eu/expert/roberta/ (Zugriff 14.01.2017).

28 "Wahied Wahdat-Hagh", URL: http://europeandemocracy.eu/expert/wahied-wahdat-hagh/ (Zugriff 14.01.2017).

29 "New FDD Iran Human Rights Project to Serve as Resource for Policy Makers", URL: http://www.defenddemocracy.org/media-hit/new-fdd-iran-human-rights-project-to-serve-as-resource-for-policy-makers/ (Zugriff 14.01.2017).

30 Gemäß den öffentlich zugänglichen Formularen 990 für steuerbefreite gemeinnützige Organisationen des Typs 501(c)(3).

31 "Our Team", URL: http://www.defenddemocracy.org/about-fdd/team-overview/toby-dershowitz/ (Zugriff 14.01.2017).

CLIME-Gründerin und *US Director* war bis 2012 Eleana Gordon, *Senior Advisor* der EFD seit 2011 und von 2002 bis 2008 *Senior Vice President* der FDD.[32] Ein weiteres gemeinsames Projekt von EFD und FDD ist die *Coalition Against Terrorist Media* (CATM).

Die Bedrohungsszenarien durch die Muslimbruderschaft sind nicht nur im "Team B II"-Report "Shariah: The Threat to America" (siehe 10.1.1) sowie im FDD-Umfeld in den USA ein Thema, sondern auch bei EFD-Exponenten in Europa.

Alexander Ritzmann ist seit 2016 *Executive Director of EFD*, für die er seit 2007 unregelmäßig tätig war.[33] Er verfasste 2007 den Artikel "Muslimbrüder zerstören Deutschland von innen" für *Die Welt*.[34] Ritzmann bezeichnete darin die Muslimbruderschaft als "die Mutterorganisation des politischen Islams", die als "radikal-islamische Vereinigung" überall, wo sie beheimatet sei, versuche "einen islamistischen Gottesstaat auf der Grundlage der Scharia zu errichten". So auch in Deutschland. In den USA sei ein Strategie-Dokument der Muslimbruderschaft aufgetaucht, aus dem hervorgehe, dass mit einen "Gesellschafts-Dschihad" – *EuropeNews* übersetzt im selben Zusammenhang aus einem Artikel Frank Gaffneys mit "Zivilisationsjihad" (siehe oben) – die "westliche Zivilisation von innen heraus vernichtet werden" solle.

EFD-*Senior Policy Advisor*[35] Lorenzo Vidino befasst sich ebenfalls mit der Muslimbruderschaft, 2010 veröffentlichte er das Buch "The New Muslim Brotherhood in the West", in dem er sich mit dem politischen Islam im Westen befasst, spezifisch in den Ländern Großbritannien, Deutschland und den USA.[36]

Lorenzo Vidino, ein italienischer Jurist mit Doktorat in *International Relations* in den USA, setzte dort seine akademische Karriere mit Schwerpunkt Islamismus und Terrorismus in Europa in verschiedenen Institutionen fort und trat auch verschiedentlich als Sachverständiger vor politischen Ausschüssen auf. Mit ausgewiesenen Sprachkenntnissen in Englisch, Französisch und Italienisch publiziert

---

32 Gemäß Eleana Gordons LinkedIn-Profil, URL: https://www.linkedin.com/in/eleana-gordon-36198b8 (Zugriff 14.01.2017).

33 "Alexander Ritzmann Executive Director", URL: http://europeandemocracy.eu/expert/alexander/ (Zugriff 14.01.2017).

34 Ritzmann, Alexander: "Radikaler Islam. Muslimbrüder zerstören Deutschland von innen", auf *welt.de* vom 19.12.2007, URL: https://www.welt.de/politik/article1474736/Muslimbrueder-zerstoeren-Deutschland-von-innen.html (Zugriff 14.01.2017).

35 "Dr. Lorenzo Vidino", URL: http://europeandemocracy.eu/expert/lorenzo/ (Zugriff 14.01.2017).

36 URL: https://cup.columbia.edu/book/the-new-muslim-brotherhood-in-the-west/9780231151269 (Zugriff 14.01.2017).

er auch zu Islamismus und Muslimbruderschaft in deutschsprachigen Ländern, instruiert laut EFD-Website politische Entscheidungsträger und berät die Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und der Schweiz zu Thema Islamismus.[37]

2004 und 2005 war Lorenzo Vidino *Senior Analyst* bei Steven Emersons *Investigative Project on Terrorism* (IPT) in Washington, D.C., wo er stellvertretender Direktor wurde. Steven Emerson warnte bereits in den 1990er Jahren vor islamischer Unterwanderung der USA.[38] Bis mindestens 2015 war Emerson *Writing Fellow* des *Middle East Forums* (MEF, siehe 4.3.1) von Daniel Pipes, mit dem er zusammen einige Artikel in Zeitungen wie dem *Wall Street Journal* oder *National Review Online* veröffentlicht hatte. Im April 2009 gab er dem MEF ein Briefing, in dem er die Rede von Barack Obama in Kairo kritisierte und feststellte, dass die Gefahr durch den radikalen Islam weit über Terrorismus hinausgehe und sich bis hin zu gewaltlosem "stealth jihad" (zum Begriff siehe 10.1.1) erstrecke. Emerson verwies auf ein fast zwanzig Jahre altes Papier der Muslimbruderschaft, das einen Plan zur Zerstörung der westlichen Zivilisation von innen heraus skizziere.[39] Für das *Hudson Institute* (siehe 5.2) beschrieb Emerson Ende 2009 das geheime Treffen der Muslimbruderschaft in den USA von 1993, worauf das *Council on American Islamic Relations* (CAIR) als Vorfeldorganisation der Bruderschaft gegründet worden sei.[40] 2013 produzierte Emersons IPT den Film "Jihad in America: The Grand Deception", in dem er die Muslimbruderschaft als Ursprung der islamischen Organisationen darstellt, welche den Westen unterwandern würden.[41] In Europa nahm man 2015 von Emerson Notiz, als er als Kommentator des Nachrichtensenders *Fox News* erklärte, dass die englische Millionenstadt Birmingham eine "no-go zone" für Nicht-Muslime sei, diese also die "totally Muslim city" nicht mehr betreten

37 "Dr. Lorenzo Vidino", http://europeandemocracy.eu/expert/lorenzo/ (Zugriff 14.01.2017).

38 Sugg, John F.: "Steven Emerson's Crusade", in *Extra!* vom 01.01.1999, URL: http://fair.org/extra/steven-emersons-crusade/ (Zugriff 14.01.2017).

39 Rusin, David: "Is Jihad Outdated? How Islamists Work the System", Zusammenfassung des Briefings vom 04.06.2009, URL: http://www.meforum.org/2173/islamists-work-the-system (Zugriff 14.01.2017).

40 Emerson, Steven: "It's Radical Islam, Stupid", Bericht für das Hudson Institute, online unter URL: http://www.investigativeproject.org/1494/its-radical-islam-stupid (Zugriff 14.01.2017).

41 URL: http://www.granddeception.com (Zugriff 14.01.2017).

könnten. Der britische Premierminister David Cameron schimpfte Emerson daraufhin einen "Idioten".[42]

Für das 2005 unter dem Titel "Al Qaeda in Europe: The New Battleground of International Jihad" erschienene Buch von Lorenzo Vidino schrieb Emerson das Vorwort. Im Interview mit dem *FrontPage Magazine* (FPM) erklärte Vidino zu seinem Buch, dass die Muslimbruderschaft Europa in der 1950er Jahren erreicht hätte, als die noch kleine muslimische Gemeinschaft damit begonnen habe, Europa zu besiedeln. Auf die Frage, ob man nun Zeuge des Endes von Europa sei, antwortete Vidino, dass das Europa, wie man es vor 30 Jahren gekannt hätte, nicht mehr existiere. In ein paar Jahrzehnten würden "non-ethnic Europeans" die Mehrheit in vielen Städten stellen und ein Großteil davon würden Muslime sein. Die Europäer müssten ihre Arbeit machen: "It is crucial for Europe to find its soul and be proud once again of its history, tradition and values." Die Einwanderer wüssten sonst nicht, worin sie sich integrieren sollten. Doch die Europäer hätten Angst davor, andere Kulturen zu beleidigen und würden deshalb die Brutalitäten der Minderheiten wie Ehrenmorde und weibliche Genitalverstümmelung tolerieren.[43]

Für die Winter-Ausgabe 2005 des *Middle East Quarterly* (MEQ) des MEF verfasste Lorenzo Vidino den Aufsatz "The Muslim Brotherhood's Conquest of Europe", der übersetzt in Französisch, Deutsch, Arabisch, Dänisch und Italienisch bezogen werden kann.[44] Darin befasst sich Vidino hauptsächlich mit der Unterwanderung islamischer Organisationen in Deutschland. Viele Mitglieder der Muslimbruderschaft seien bereits mit Deutschland vertraut gewesen, da einige mit den Nazis kooperiert und auch in der bosnischen SS-Division gekämpft hätten. Vidino zitiert mehrfach aus dem Buch "Der Krieg in unseren Städten – Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern" von Udo Ulfkotte (siehe 9.1.1.2) von 2003. Vidino interviewte Ulfkotte auch als einen Experten für islamischen Terrorismus im Februar 2004 in Frankfurt. Gemäß Ulfkotte würde die Muslimbruderschaft in Deutschland unter verschiedenen Namen auftreten, um die deutschen Politiker an der Nase herumzuführen. Mit der Muslimbruderschaft verbundene Organisa-

---

42 Fishwick, Carmen: "Fox News man is 'idiot' for Birmingham Muslim comments – David Cameron", in: *The Guardian* vom 12.01.2015, URL: http://www.theguardian.com/media/2015/jan/12/fox-news-expert-ridiculed-over-birmingham-is-totally-muslim-city-claims?CMP=fb_ (Zugriff 14.01.2017).

43 "Al Qaeda in Europe", Interview von Jamie Glazov mit Lorenzo Vidino für *FrontPage Magazine* vom 14.11.2005, URL: http://archive.frontpagemag.com/readArticle.aspx?ARTID=6608 (Zugriff 14.01.2017).

44 Online unter URL: http://www.meforum.org/687/the-muslim-brotherhoods-conquest-of-europe (Zugriff 14.01.2017).

tionen hätten schließlich führende Positionen in ganz Europa gewonnen, stellt Vidino fest.

Für das Buch "The New Muslim Brotherhood in the West" von 2010 zitiert Vidino immer noch aus Ulfkottes "Der Krieg in unseren Städten – Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern" von 2003, obwohl dieser 2007 mit "Heiliger Krieg in Europa. Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht" nachgelegt hatte,[45] worin dieselbe Quelle als Beleg für die Weltverschwörung der Muslimbruderschaft angegeben wird, wie sie 2010 auch Vidino anführt: Ein Geheimpapier der Muslimbruderschaft zur Welteroberung von 1982, das 2001 bei einer Polizei-Razzia im schweizerisch-italienischen Grenzgebiet gefunden worden sei und seither in Geheimdienstkreisen als "The Project" zirkulieren würde. Vidino bezieht sich dabei auf das Buch "La conquête de l'Occident: Le projet secret des Islamistes" von 2005, das vom Journalisten Sylvain Besson verfasst und in *Le Temps* angekündigt wurde.[46] Sylvain Besson ließ das konfiszierte Dokument ins Französische übersetzen und veröffentlichte es in seinem Buch.

Ein englischer Blog übersetzte die französische Übersetzung in mehreren Einträgen ins Englische, woraus Patrick Poole, Mitautor des "Team B II"-Reports "Shariah: The Threat to America" (siehe 10.1.1), 2006 den Artikel "The Muslim Brotherhood 'Project'" für das *FPM* verfasste.[47] Im Oktober 2007 stieß die Bloggerin Gudrun Eussner auf der Website *Der Prophet des Islam* auf eine deutsche Übersetzung der im *FPM* abgedruckten englischen Übersetzung der französischen Übersetzung des arabischen Dokuments aus dem Buch von Sylvain Besson.[48] Im Beitrag auf *Der Prophet des Islam* wird zuerst Lorenzo Vidinos Artikel "Die Eroberung Europas durch die Muslim-Bruderschaft" (siehe oben) verlinkt, auf Patrick Pooles Artikel verwiesen und eine deutsche Übersetzung des Dokuments abgedruckt.[49]

---

45 Dazu erschien 2008 "SOS Abendland – Die schleichende Islamisierung Europas" und 2009 "Vorsicht Bürgerkrieg! Was lange gärt, wird endlich Wut".

46 Besson, Sylvain: "L'islamisme à la conquête du monde", in: *Le Temps* vom 06.10.2005, URL: https://www.letemps.ch/opinions/2005/10/06/islamisme-conquete-monde (Zugriff 14.01.2017).

47 Poole, Patrick: "The Muslim Brotherhood 'Project'", in: *FrontPage Magazine* vom 11.05.2006, URL: http://archive.frontpagemag.com/readArticle.aspx?ARTID=4476 (Zugriff 14.01.2017).

48 Eussner, Gudrun: "Die Eroberung des Westens durch den Islam", URL: http://www.eussner.net/artikel_2007-10-20_18-13-10.html (Zugriff 14.01.2017).

49 "The Muslim Brotherhood 'Project'", undatiert auf *Der Prophet des Islam*, URL: http://derprophet.info/inhalt/brotherhood-project.htm/ (Zugriff 14.01.2017).

Im November 2007 referierte Gudrun Eussner ihre Erkenntnisse auf *EuropeNews*,[50] im Januar 2008 ging Rainer Grell vom BPE-Landesverbandes Baden-Württemberg auf *PI-News* auf die Verschwörung der Muslimbruderschaft ein und verlinkte wie Eussner auf Lorenzo Vidinos Aufsatz im *Middle East Quarterly* sowie auf die Artikel im *FPM* und *Der Prophet des Islam*.[51] *Fjordman* (siehe 4.5) ging im Januar und Februar 2008 auf *Gates of Vienna*[52] und auf *Jihad Watch*[53] ebenfalls auf die Verschwörung ein. Patrick Haenni und Samir Amghar reagierten 2010 in *Le Monde diplomatique* auf die verbreitete Vorstellung einer Unterwanderung Europas durch die Muslimbruderschaft.[54]

10.1.2.2 Islam und Terrorismusbekämpfung

Patrick Poole, referierte seine Ansichten zur Unterwanderung durch die Muslimbruderschaft (siehe 10.1.2.1) im März 2007 an einer dreitägigen Konferenz zu Terrorismusbekämpfung des *International Intelligence Summit* (TIS, siehe 5.2, Abb. 10.1) in St. Petersburg, Florida (USA).[55]

An der Konferenz in Florida sprachen u.a. auch Brigitte Gabriel (siehe 7.3.1, 10.1.1) und Jerry Gordon von *ACT! for America*, die *Senior Fellows* des *Center for Security Policy* (CSP, siehe 10.1.1) Gordon Cucullu, Nonie Darwish (siehe 7.3.1) und Clare

---

50 Eussner, Gudrun: "Moschee-Areale im Westen, vom Islam erobertes Gebiet", auf *EuropeNews* vom 20.11.2007, URL: https://de.europenews.dk/-Moschee-Areale-im-Westen-vom-Islam-erobertes-Gebiet-86978.html (Zugriff 14.01.2017).

51 Grell, Rainer: "Aus absolut sicherer Quelle", auf: *PI-News* vom 09.01.2008, URL: http://www.pi-news.net/2008/01/aus-absolut-sicherer-quelle/ (Zugriff 14.01.2017).

52 Fjordman: "An Open Letter to Expo and the Expressen Newspaper", auf GoV vom 28.01.2008, URL: http://gatesofvienna.blogspot.ch/2008/01/open-letter-to-expo-and-expressen.html (Zugriff 14.01.2017).

53 Fjordman: "The Muslim Brotherhood's Infiltration of the West", auf: *Jihad Watch* vom 12.02.2008, URL: https://www.jihadwatch.org/2008/02/fjordman-the-muslim-brotherhoods-infiltration-of-the-west (Zugriff 14.01.2017).

54 Haenni, Patrick; Amghar, Samir: "Die falsche Angst. Die Islamisierung Europas findet nicht statt", in: LMD vom 12.02.2010, URL: http://monde-diplomatique.de/artikel/!484714 (Zugriff 14.01.2017).

55 "The Strategic Vision of the Muslim Brotherhood 'Project': Planning the Islamist Takeover of the West", Session Abstract von Patrick Poole, URL: http://www.intelligencesummit.org/speakers/PatrickPoole.php (offline, Zugriff 25.08.2012).

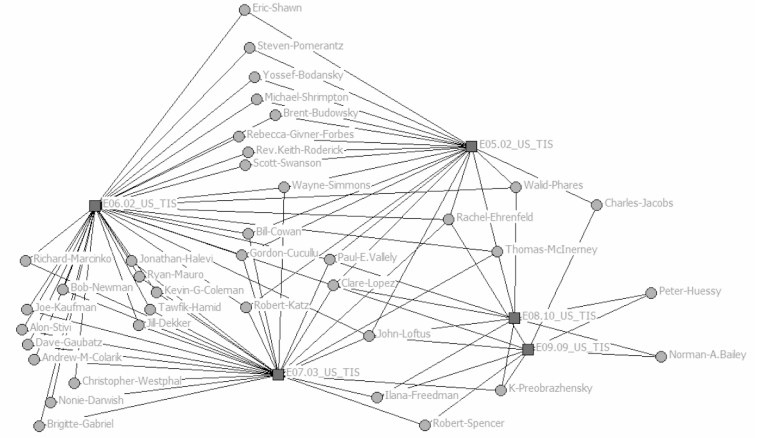

Abbildung 10.1: *International Intelligence Summit* Konferenzen mit Mehrfachbeteiligten.

Lopez sowie Thomas McInerney und Paul E. Vallely (siehe 8.3.2) vom CSP-*Military Committee*.

Bis mindestens August 2012 wurde auf der Website des *International Intelligence Summit* Clare Lopez als Vizepräsidentin und John J. Loftus als Präsident aufgeführt, die Ex-Generäle Thomas McInerney und Paul E. Vallely figurierten im *Executive Council*. Im *Advisory Council* erschienen u.a. Gordon Cucullu, Nonie Darwish, Brigitte Gabriel, Robert Spencer (siehe 9.2.5) sowie der 2007 verstorbene Tashbih Sayyed, der *Adjunct Fellow* bei der FDD und beim *Hudson Institute* (siehe 5.2) war.[56]

Die ehemaligen CIA-Direktoren John Deutch und James Woolsey verließen 2006 den Vorstand des *International Intelligence Summit*s als bekannt wurde, dass Michael Cherney Hauptsponsor ist.[57] Beide waren aber am Vorläufer-Kongress

56 "About the Intelligence Summit", URL: http://www.intelligencesummit.org/about2.php (offline, Zugriff 11.08.2012).

57 Lake, Eli: "Furor Erupts Over Recordings of Saddam" in: *The New York Sun* vom 16.02.2006, URL: http://www.nysun.com/foreign/furor-erupts-over-recordings-of-saddam/27684/ (Zugriff 14.01.2017).

vom 8. bis 10. Februar 2005 in Arlington, Virginia (USA) dabei, der noch unter dem Namen *National Intelligence Conference* lief, aber bereits von John J. Loftus als *Program Director* co-organisiert wurde. In der *Program Advisory Group* saßen u.a. Michael Ledeen, Tom McInerney, Walid Phares, Daniel Pipes (siehe 4.3.1) und Paul Vallely. Vom FDD referierten Clifford D. May, Michael Ledeen, Charles Jacobs (siehe 7.1) und Walid Phares, vom CSP Frank Gaffney (siehe 10.1.1) und Clare Lopez. Außerdem auch Pfarrer Keith Roderick als Generalsekretär der CDHR und Repräsentant von CSI (siehe 6.2.1) in Washington, D.C..[58]

Themen waren u.a. die Wirksamkeit und Legalität von Folter in Verhören sowie die Rechtfertigung des Irakkriegs. So berichtete etwa ein Referent von Verhören, die er als ziviler Auftragnehmer für die US-Armee in Bagdad durchgeführt hatte. Rhetorisch fragte er, ob man diesen Krieg prozessiere oder kämpfe und rechtfertigte die Folterung von Irakern mit den Worten: "I'm here to win. I'm here so our civilization beats theirs!", wie der *Boston Globe* berichtete. Ein ehemaliger Marine-Offizier habe zu Verhörmethoden erklärt: "I'm a fan of 220 volts".[59]

An der Konferenz des *International Intelligence Summit* im Februar 2006, wiederum in Virginia nahe Washington, D.C., war die Existenz von Maßenvernichtungswaffen im Irak das Hautthema, wie Kenneth R. Timmerman berichtete, der selbst referiert hatte. Demnach hätten russische Spezialeinheiten die Maßenvernichtungswaffen von Saddam Hussein abgeführt, damit sie nicht gefunden werden konnten.[60]

Der "4th Annual International Intelligence Summit" fand im Oktober 2008 im Marriott Hotel in Washington, DC statt. Zu den Hauptthemen gehörten "The Iranian Nuclear Threat" und "Radical Islamic Infiltration into Western Society". Es gab eine Vorpremiere des Films "Homegrown Jihad: The Terror Camps Around Us" des *Christian Action Networks* (CAN) von Martin Mawyer, der zuvor für Jer-

58 "INTELCON 2005. *National Intelligence Conference* and Exposition 'Widening the Intelligence Domain'", URL: http://www.intelligencesummit.org/2005/brochure05.htm (offline, Zugriff 12.08.2012).

59 Keefe, Patrick Radden: "Spy World", in *The Boston Globe* vom 13.02.2005, archivierter Online-Betrag unter URL: http://web.archive.org/web/20050404193300/www.boston.com/news/globe/ideas/articles/2005/02/13/spy_world?mode=PF (Zugriff 14.01.2017).

60 Timmerman, Kenneth R.: "Ex-Official: Russia Moved Saddam's WMD", 19.02.2006, URL: http://archive.newsmax.com/archives/articles/2006/2/18/233023.shtml?s=lh 19.02.2006 (offline, Zugriff 11.08.2012).

ry Falwell (siehe 8.2.2.2, 8.2.2.5) gearbeitet hatte. Im Film werden 35 islamisch-terroristische Ausbildungszentren in den USA aufgezeigt.[61]

Die bisher letzte Konferenz fand vom 29. September bis 2. Oktober 2009 in Boston statt. Als *Keynote Speaker* wurde John Bolton, ehemaliger Botschafter bei der UNO und *Senior Fellow* am *American Enterprise Institute* (AEI), angeführt. Seither trat der *International Intelligence Summit* nicht mehr groß öffentlich in Erscheinung. Zur Übersicht über die Referenten mit Mehrfachteilnahme an den fünf Konferenzen zwischen 2005 und 2009 siehe Abbildung 10.1.

Beim *Center for Security Studies* (CSS) der ETH Zürich wird der *International Intelligence Summit* als Partner-Organisation ausgewiesen,[62] wie auch das *Middle East Forum* (MEF, siehe 4.3.1).[63] Das CSS wird seit 2004 von der ETH und dem *Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport* (VBS) getragen und bildet zusammen mit den politikwissenschaftlichen Professuren der ETH Zürich und der Universität Zürich (UZH) seit 1997 das *Center for Comparative and International Studies* (CIS).[64]

Gemäß seinem LinkedIn-Profil[65] ist Lorenzo Vidino (siehe 10.1.2.1) *Senior Fellow* der ETH Zürich, wo er am *Center for Security Studies* (CSS) 2013 den Report "Ji-

61 Als schließlich eine Fernsehstation den Film ausstrahlte, kam es zu Übergriffen. Vgl. Terkel, Amanda: "Tennessee Mosque Vandalized After Local TV Station Airs Irresponsible Report On 'Homegrown Jihad'", *Think Progress* vom 11.02.2010, URL: https://thinkprogress.org/tennessee-mosque-vandalized-after-local-tv-station-airs-irresponsible-report-on-homegrown-jihad-3671f0f65c74 (Zugriff 14.01.2017).

62 "International Intelligence Summit", URL: http://www.css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/en/services/css-partners/partner.html/43479 (Zugriff 27.04.2017).

63 Das CSS beschreibt das Ziel seiner Partnerorganisation MEF: "[…] to define and promote American interests in the Middle East". Außerdem sollen "the forces of religious radicals" geschwächt, die Akzeptanz Israels durch die Palästinenser erreicht und eine Strategie zur Eindämmung Irans entwickelt werden. URL: www.css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/en/services/css-partners/partner.html/43479 (Zugriff 27.04.2017).

64 "CSS-Partner", URL: http://www.css.ethz.ch/ueber-uns/css-partner.html (Zugriff 14.01.2017).

65 "Lorenzo Vidino", URL: https://www.linkedin.com/in/lorenzo-vidino-0667285/de (Zugriff 14.01.2017).

hadist Radicalization in Switzerland" erstellte.[66] Darin geht er ausführlich auf die Muslimbruderschaft ein und zitiert sich dafür oft selbst. Durch die Kooperation von ETH und UZH erhielt Vidino auch einen Lehrauftrag an der UZH.

10.1.3 Islam als Integrationshindernis

10.1.3.1 Umstrittene Existenz eines moderaten Islams

Lorenzo Vidino, *Senior Policy Advisor* der *European Foundation for Democracy* (EFD), hat verschiedentlich zum politischen Islam in europäischen Ländern mit Fokus auf die Muslimbruderschaft geschrieben (siehe 10.1.2.1). Er beschäftigt sich auch mit Fragen der Prävention im Zusammenhang mit der Radikalisierung von Muslimen, etwa 2009 im *The Washington Quarterly*. Hier referierte er die sozial- und sicherheitspolitische Position, welche eine staatliche Zusammenarbeit mit gewaltfreien islamischen Organisationen zur Deradikalisierung von potentiellen zukünftigen Terroristen propagiert (insbesondere in England), um dann auf die Muslimbruderschaft zu sprechen zu kommen, die einen Islam vertrete, der mit "westlichen Werten" kollidiere und den Integrationsprozess der europäischen Muslime unterminiere. Hier sind ihm insbesondere Robert Leiken und Steven Brook ein Dorn im Auge, die im Frühjahr 2007 den Aufsatz "The Moderate Muslim Brotherhood"[67] in *Foreign Affairs* (86/2) veröffentlicht hatten und der Muslimbruderschaft zugute hielten, Muslime vom Weg in die Gewalt abzubringen (Vidino 2009: 62f.).

Vidino konkludiert (2009: 71), dass die Kooperation mit "nonviolent Islamists" wohl kurzfristig Erfolg haben könne, wenn es darum gehe, Terroranschläge zu verhindern. Wenn das längerfristige Interesse jedoch in der Marginalisierung von extremistischen und integrationsfeindlichen Ideen unter europäischen Muslimen liege, dann sei dieses Vorgehen kontraproduktiv. Das grundsätzliche Problem liege in der Identifizierung des Feindes. Wäre der Feind bloß "Terrorismus", dann wäre eine Partnerschaft mit "nonviolent Islamists" nachvollziehbar. Wenn die Gefahr jedoch umfassender als von "various forms of Islamism" kommend erkannt werde, dann sollte eine solche strategische Partnerschaft nicht zu einer permanenten Strategie werden.

---

66 Download unter URL: http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CH_radicalization_report.pdf (Zugriff 14.01.2017).

67 Online unter URL: https://www.foreignaffairs.com/articles/2007-03-01/moderate-muslim-brotherhood (Zugriff 14.01.2017).

Der von Vidino kritisierte Aufsatz aus *Foreign Affairs* wurde auch von Patrick Poole (siehe 10.1.2.1) in seinen FPM-Kolumnen zur Muslimbruderschaft angeführt. Robert Leiken und Steven Brook schrieben in ihrer Replik[68] auf Pooles "Mainstreaming the Muslim Brotherhood"[69], dass es falsch sei, von einer homogenen und global jihadistisch-orientierten Muslimbruderschaft auszugehen. Die Bruderschaft sei keine "Islamic Comintern", sondern unterscheide sich in ihrer Organisation je nach Land und beinhalte sehr unterschiedliche Strömungen sowie Abspaltungen, die nicht stellvertretend für die Bruderschaft als Ganzes angesehen werden dürften. Dabei habe sich die Bruderschaft über Jahrzehnte entwickelt und strebe auch keinen revolutionären Umsturz mehr an, seit sie sich entschlossen habe, an Wahlen teilzunehmen. Deshalb könnten auch ältere Stellungnahmen nicht einfach aus dem Kontext gerissen in die Gegenwart übertragen werden. Zudem habe sich die Muslimbruderschaft klar gegen den "Global jihad" eines Osama Bin Ladens und Ayman al Zawahiris gestellt und sollte daher in Analogie zum Kalten Krieg zum Verbündeten gemacht werden, denn "[…] the Muslim Brotherhood is to jihadism as Social Democracy was to Communism".

Lorenzo Vidino (2009: 71) argumentiert ganz auf der Linie von Poole, wenn er sich affirmativ auf europäische "Senior security officials" bezieht, die es ablehnen würden, den Feind nur in gewalttätigen Gruppen zu suchen. Er führt dazu etwa Alain Chouet an, der laut einem Zitat bei Caroline Fourest der Meinung sei, dass Al-Qaida bloß "[…] a brief episode and an expedient instrument in the century-old existence of the Muslim Brotherhood" sei. Die wahre Gefahr sei demnach die Ausbreitung der Muslimbruderschaft, die sich wie ein Wolf im Schafspelz gebärde.

Robert Lambert, der von Vidino ebenfalls kritisiert wurde, wehrt sich für die von ihm unterstützten Partnerschaften mit "non violent Islamists" in England. Für die behauptete Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes fehle die Evidenz. Er sieht die im Artikel von Vidino vertretene Haltung stellvertretend für die Position des britischen Thinktanks *Policy Exchange* und seiner Verbündeten, die davon ausgehen, dass Al-Qaida nur als Teil einer breiteren islamistischen Gefahr verstanden werden könne. Dadurch würden bisher zuverlässige Partner der Polizei wie Staatsfeinde behandelt und zu Mitgliedern grundsätzlich verdächtiger

68 Leiken, Robert S.; Brooke, Steven: "Response to Patrick Poole's 'Mainstreaming the Muslim Brotherhood'", in: *FrontPage Magazine* vom 11.04.2007, URL: http://archive.frontpagemag.com/readArticle.aspx?ARTID=25946 (Zugriff 14.01.2017).

69 Poole, Patrick: "Mainstreaming the Muslim Brotherhood", in: *FrontPage Magazine* vom 26.03.2007, URL: http://archive.frontpagemag.com/readArticle.aspx?ARTID=25452 (Zugriff 14.01.2017).

Gemeinschaften gemacht, die bloß noch fallweise – bei akuter Gefahr – als Informanten hinzugezogen würden, was Lambert für nicht praktikabel hält (Lambert 2011: 281-285).

Policy Exchange konnte etwa dank der Unterstützung der EFD ihren Report "The Hijacking of British Islam: how extremist literature is subverting mosques in the UK" 2008 in Brüssel vorstellen und u.a. mit Alexander Ritzmann diskutieren.[70]

Im *Middle East Forum* (MEF, siehe 4.3.1) hatte Raymond Ibrahim (siehe 9.3.2.4), *Shillman Fellow* des *David Horowitz Freedom Centers* (DHFC) und *MEF-Associate Fellow*, 2014 mit dem Blog-Beitrag auf *Christian Broadcasting Networks* (CBN) "Why 'Moderate Islam' Is an Oxymoron"[71] eine Debatte angestoßen. Ibrahim argumentiert, dass die Lehre des Islam, insbesondere gestützt auf den Koran, nur gewalttätige Muslime hervorbringen könne. "Moderate" könne nur sein, wer der islamischen Lehre nicht mehr folge und deren Gebote nicht praktiziere. Dann sei er aber auch kein Muslim mehr.

Da Ibrahims Aufsatz auf dem MEF-Blog nachgedruckt und über den MEF-Newsletter verteilt wurde, sah sich Daniel Pipes (siehe 4.3.1) genötigt, die Position seines Thinktanks darzulegen. Seine Replik erschien auf seinem Blog[72] und wurde am nächsten Tag auf *National Review Online*[73] nachgedruckt. Pipes kritisiert darin Ibrahims Ansicht, dass die Texte des Korans nicht interpretiert werden könnten und daher kein anderer Islam vorstellbar sei. Der Islam könnte sehr wohl reformiert und modernisiert werden, denn: "Nothing human is fixed; even a scripture believed to be written by God must be interpreted."

Daniel Pipes pflichtet Ibrahim allerdings bei, dass ein moderater Islam bisher nicht existiere. Die Möglichkeit bestehe jedoch grundsätzlich: "[…] it might potentially exist". Solange man aber keinen reformierten, modernen Islam vorfinde, würde dieser weiterhin u.a. "jihad, or suicide terrorism" billigen. Am Ende konsta-

---

70 Podiumsdiskussion vom 12.02.2008 im internationalen Pressezentrum in Brüssel, veranstaltet durch das *Transatlantic Institute* und die EFD.

71 Ibrahim, Raymond: "Why 'Moderate Islam' Is an Oxymoron", im Blog des *Christian Broadcasting Networks* (CBN) vom 24.03.2014, URL: http://www1.cbn.com/ibrahim/archive/2014/03/24/why-moderate-islam-is-an-oxymoron (Zugriff 14.01.2017).

72 Pipes, Daniel: "The Middle East Forum Debates Moderate Islam", auf *danielpipes.org* vom 30.03.2014, URL: http://www.danielpipes.org/blog/2014/03/the-middle-east-forum-debates-moderate-islam (Zugriff 14.01.2017).

73 Pipes, Daniel: "Is Moderate Islam Possible?" auf: *National Review Online*, vom 31.03.2014, URL: http://www.nationalreview.com/node/374539/print (Zugriff 14.01.2017).

tiert Pipes, dass er und Ibrahim es beide für notwendig halten, für liberale Werte einzustehen und "Islamism" zu bekämpfen. Pipes hält demnach Islamismus deckungsgleich mit dem real existierenden – in seinem Sinne noch unreformierten – Islam. Er bezieht sich auch auf keine islamischen Partner oder Verbündete im Kampf gegen den Terrorismus, denn solange er keinen moderaten Islam ausmachen kann, fehlen ihm wie Lorenzo Vidino auch die moderaten Muslime, mit denen er zusammenarbeiten könnte.

In Bezug auf die Muslime in den USA kritisierte Daniel Pipes kurz nach 9/11 George W. Bush, der Terroristen, die sich auf den Islam beziehen, von gewöhnlichen muslimischen Müttern und Vätern unterschieden haben wollte. Im *Commentary*-Beitrag "The Danger Within: Militant Islam in America" vom November 2001 bezeichnete Pipes die meisten organisierten muslimischen Gemeinschaften in den USA als islamistisch, was bedeute, dass sie einen Islamischen Staat anstreben würden. Dazu verdeutlichte er: "To put it another way, the major Muslim organizations in this country are in the hands of extremists."[74] 2003 veröffentlichte Pipes den Aufsatz "The Enemy Within and the Need for Profiling" in der *New York Post*, in dem er die Überprüfung und Überwachung von Muslimen in den USA forderte, um terroristische Anschläge zu verhindern. Eine Gruppe von Personen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit auszusondern, fühle sich zwar falsch an; um das Land zu schützen, müssten jedoch temporär Sicherheitsüberlegungen höher gewichtet werden als bürgerlich-freiheitliche Empfindsamkeiten.[75] Ein Buch, das die präventive Internierung japanischstämmiger Bürger in den USA während des Zweiten Weltkriegs verteidigte, rezensierte Daniel Pipes 2004 positiv und verband das Thema mit der aktuellen Situation der Muslime in den USA. Er zitierte affirmativ die Ansicht der Autorin, dass in Zeiten des Krieges die Nation an erster Stelle komme und Bürgerrechte dabei nicht sakrosankt seien.[76]

---

74 Pipes, Daniel: "The Danger Within: Militant Islam in America", *Commentary*-Beitrag vom November 2001 auf *danielpipes.org* in Englisch, Spanisch und Französisch, URL: http://www.danielpipes.org/77/the-danger-within-militant-islam-in-america (Zugriff 14.01.2017).

75 Pipes, Daniel: "The Enemy Within and the Need for Profiling", in: *New York Post* vom 24.01.2003, auf *danielpipes.org* in Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch, Schwedisch, Hebräisch und Chinesisch, URL: http://www.danielpipes.org/1009/the-enemy-within-and-the-need-for-profiling (Zugriff 14.01.2017).

76 Pipes, Daniel: "The Japanese Internment's Effects Today", in: *New York Sun* vom 28.12.2004, nachgedruckt als "Japanese Internment: Why It Was a Good Idea – And the Lessons It Offers Today" am 10.01.2005 auf *History News Network*, URL: http://historynewsnetwork.org/article/9289 (Zugriff 14.01.2017).

10.1.3.2 Täuschung durch Doppelzüngigkeit

In bereits oben angeführten Artikeln zur Gefahr der islamischen Unterwanderung kommt auch zum Ausdruck, dass islamische Organisationen ihre wahren Absichten verschleiern würden, um als Gesprächspartner in Integrations- und Sicherheitsfragen akzeptiert zu werden und dadurch gesellschaftspolitischen Einfluss nehmen zu können.

Daniel Pipes (siehe 4.3.1) hatte im oben erwähnten Artikel zu "The Danger Within: Militant Islam in America" von 2001 festgehalten, dass es nicht genüge, die öffentlichen Stellungnahmen der amerikanischen Muslime zu lesen, wenn man deren wahre Ansichten verstehen wolle. Wer tiefer grabe, entdecke, dass die Absicht die Vereinigten Staaten zu übernehmen ("to take over the United States"), bereits länger vorhanden sei.[77]

In "Die Eroberung Europas durch die Muslim-Bruderschaft" befand Lorenzo Vidino 2005, dass die islamischen Mainstream-Organisationen in Europa dank "moderater Rhetorik und gut klingendem Deutsch, Holländisch und Französisch" bei den europäischen Regierungen und in den Medien Akzeptanz gewonnen hätten. Gegenüber ihren Mitmuslimen würden sie jedoch auf Arabisch oder Türkisch die Maske fallen lassen und "Radikalismus" befürworten. Diese "Doppelzüngigkeit" würden "die Europäer" im "Eifer, einen Dialog mit ihrer zunehmend entfremdeten muslimischen Minderheit zu schaffen", übersehen.[78]

Alexander Ritzmann (siehe 10.1.2.1) kam 2007 in *Die Welt* unter "Radikaler Islam. Muslimbrüder zerstören Deutschland von innen" zum Schluss: "Islamisten, auch die in Nadelstreifen, wollen totalitäre Gottesstaaten errichten und unterscheiden sich von islamistischen Terroristen häufig nur durch die Wahl ihrer Mittel." Bei der Jahrestagung einer islamischen Organisation stellte er zwar eine "Modernisierung" in Bezug auf Kopftuch und Geschlechtertrennung fest, hinterfragte dies jedoch sogleich als möglichen Täuschungsversuch ("trojanische[s]

77 Pipes, Daniel: "The Danger Within: Militant Islam in America", *Commentary*-Beitrag vom November 2001 auf danielpipes.org, URL: http://www.danielpipes.org/77/the-danger-within-militant-islam-in-america (Zugriff 14.01.2017).

78 Vidino, Lorenzo: "Die Eroberung Europas durch die Muslim-Bruderschaft" in: *Middle East Quarterly* vom Winter 2005, S. 25-34, original in Englisch, übersetzt in Deutsch, Französisch, Italienisch, Dänisch und Arabisch, URL: http://www.meforum.org/758/die-eroberung-europas-durch-die-muslim (Zugriff 14.01.2017).

Pferd"), um durch einen "Gesellschafts-Dschihad" eine "Islamisierung der Gesellschaft von innen heraus" zu betreiben.[79]

Noch grundsätzlicher argumentieren jene, die das Verhalten von Muslimen Nicht-Muslimen gegenüber durch eine islamische Doktrin namens *Taqīya* verstanden haben wollen.[80] Gemäß der islamischen Lehre sollen Muslime demnach verpflichtet sein, den Islam weltweit zu verbreiten und wo nötig Nicht-Muslime zu belügen, um die Islamisierungsabsichten zu verschleiern.[81] Dies wird auch im Report des "Teams B II" so erklärt (2010: 32, siehe 10.1.1).

Zur Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei verwies etwa der evangelisch-reformierte Pfarrer Hansjürg Stückelberger (siehe 6.2) 2004 in einer Broschüre unter dem Titel „Durch die Türkei nach Eurabia?" darauf, dass der Islam keine „normale" Religion sei, denn im „Islam ist Täuschung (Taqiya) erlaubt, wenn es dem Islam nützt." Die "Welteroberung" strebe der Islam auch durch "Migration und Kinderreichtum" an (2004: 5f.).

PI-News bewarb etwa einen Beitrag des christlichen Missionssenders *Al Hayat TV* (siehe 9.3.2.4) unter dem Titel "Islam und Taqiyya – Lügentaktik und Verstellung für Allahs Sache", worin es hieß: "In keiner anderen Religion werden Lügen, Ränke schmieden und arglistige Täuschung wie im Islam legitimiert." Und weiter: "Da nun der Islam Lügen, Vortäuschung, Verstellung und Heuchelei, sogar die Leugnung des eigenen Glaubens erlaubt, macht ihn dies für Menschen mit abendländischen Werten unberechenbar und unvorstellbar skrupellos. Denn niemand kann es sicher wissen, ob es die Muslime und Islamverbände mit ihrer Positionierung zu Dialog, Integration, Toleranz und Frieden wirklich ernst meinen."[82] Dies sah auch Ralph Giordano so, der den Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland bei seiner Eröffnungsrede an der *Kritischen Islamkonferenz* 2008 (siehe 10.1.4.7) – die er *PI-News* vorab zum Abdruck zur Verfügung stellte – be-

---

79 Ritzmann, Alexander: "Radikaler Islam. Muslimbrüder zerstören Deutschland von innen", auf *welt.de* vom 19.12.2007, URL: https://www.welt.de/politik/article1474736/Muslimbrueder-zerstoeren-Deutschland-von-innen.html (Zugriff 14.01.2017).

80 Kritisch dazu etwa Benz (2011: 195f.) oder Schneiders (2009: 406).

81 So etwa Christine Schirrmacher (2008: 109f.), Heinz Gstrein (2008a: 25f.), Geert Wilders (2012: 87f.) oder Hans-Peter Raddatz (2002a: 32f., 2005: 205).

82 "Al Hayat TV: Islam und Taqiyya – Lügentaktik und Verstellung für Allahs Sache", auf *PI-News* vom 27.06.2015, URL: http://www.pi-news.net/2015/06/al-hayat-tv-islam-und-taqiyya-luegentaktik-und-verstellung-fuer-allahs-sache/. *PI-News* führt Beiträge zum Begriff in einer eigenen Kategorie: http://www.pi-news.net/category/taqiyya/ (Zugriff 30.01.2017).

zichtigte, es bei der Anwendung der *Taqīya* "zu wahrer Meisterschaft gebracht" zu haben.[83]

Conny Axel Meier berichtete 2009 auf *PI-News* über eine Kundgebung seiner *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) in Berlin mit Gastreferent Robert Spencer, Diakon der Melkitisch-Katholischen Kirche und *Counterjihad*-Vertreter (siehe 9.2.5) aus den USA, dessen Rede von der *PI-News*-Vertreterin und evangelisch-reformierten Pfarrerin Christine Dietrich übersetzt wurde. Conny Axel Meier dankte den Aktivisten von *PI-News*, der IGFM und von "stop-the-bomb", die teilgenommen hätten, und befand, dass der "Counter-Jihad" Fahrt aufgenommen habe und die "Kritik an der totalitären Herrschaftsideologie des Islams" an Kraft gewinne. Die "Agenda der Muslimbruderschaft" sei "praktisch die Handlungsgrundlage aller in Europa und Amerika vertretenen islamischen Organisationen" und in Deutschland sei Aiman Mazyek der „ Taqiyya-Meister". Wer mit diesen Leuten zusammenarbeitet, etwa kirchliche Vertreter interreligiöser Begegnungen, wird von Conny Axel Meier den "dialogisierenden 'Berufsdhimmies'" (zum Begriff siehe 10.1.5.2) zugerechnet. Wer wie etwa Barack Obama noch weiter geht und sich positiv zum Islam äußert, wird von Conny Axel Meier als "Kryptomoslem" denunziert.[84]

Seit Barack Obama 2007 seine Präsidentschaftskandidatur verkündet hatte, wurde unter seinen Kritikern diskutiert, ob er praktizierender, heimlicher oder ehemaliger Muslim sei. Seit Beginn war Daniel Pipes an der Debatte beteiligt. In die Spekulationen involviert waren auch etwa Walid Shoebat, Frank Gaffney, Pamela Geller, Nonie Darwish oder Avi Lipkin. Das US-amerikanische *Pew Research Center* veröffentlichte 2010 schließlich eine Umfrage, wonach 18 Prozent der Befragten ihren Präsidenten für einen Muslimen hielten.[85]

2012 schrieb der Blogger *Michael Mannheimer* (siehe 9.2.2): "Es gibt die offene Konversion zum Islam. Und die verdeckte." Letztere Form betreffe Personen, die sich "nach außen" als normale Mitglieder der Gesellschaft geben würden, die aber

---

83 Giordano, Ralph: "Nicht die Migration, der Islam ist das Problem", Eröffnungsrede zur "Kritischen Islamkonferenz – Aufklären statt Verschleiern" am 31.05.2008 an der Kölner Universität, Vorabdruck auf *PI-News* vom 30.05.2008, URL: http://www.pi-news.net/2008/05/nicht-die-migration-der-islam-ist-das-problem/?wpmp_tp=1 (Zugriff 30.01.2017).

84 Meier, Conny Axel: "Berlin-Demo: BPE sagt DANKE!", auf *PI-News* vom 08.10.2009, URL: http://www.pi-news.net/2009/10/berlin-demo-bpe-sagt-danke/ (Zugriff 30.01.2017).

85 "Growing Number of Americans Say Obama is a Muslim", Bericht des *Pew Research Centers* vom 18.08.2010, URL: http://www.pewforum.org/2010/08/18/growing-number-of-americans-say-obama-is-a-muslim/ (Zugriff 30.01.2017).

"in Wirklichkeit innerlich längst zum Islam konvertiert" seien. Meistens hätten diese Personen "hohe bis höchste Positionen inne" und seien Islamwissenschaftler ("von denen mutmaßlich die Mehrheit verdeckt zum Islam konvertiert ist"), Politiker, Publizisten oder Journalisten. Als "islamische U-Boote im Gewand von Nichtmuslimen" seien diese "bei weitem die gefährlichste Waffe bei der Islamisierung nichtislamischer Staaten".

Necla Kelek nahm etwa 2014 an der Diskussion um den NZZ-Gastbeitrag "Töten im Namen Allahs"[86] eines röm.-kath. Professors des *Opus Dei* teil und bezeichnete einen Islamwissenschaftler, der dazu eine Replik[87] verfasst hatte, als "islamischen Theologen".[88] Der Leiter des *Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft* (SZIG) der Universität Freiburg, dessen Kontaktdaten *PI-News* nach der Gründung des Zentrums 2015 veröffentlicht hatte, damit jeder ihm die Meinung sagen könne, wurde als "Islam-U-Boot" angegangen. Offenbar wird eine akademische Auseinandersetzung mit Islam als subversiver Akt angesehen. So wurde der Beitrag mit "Appeasement", "DiaLÜG", "Islam-Kollaboration" und "Islamisierung Europas" verschlagwortet.[89]

Shooman (2008: 82f.) stellt fest, dass es beim Täuschungsvorwurf keine Möglichkeit gibt, diesen zu entkräften, da jedes Abstreiten als List, als typisches islamisches Verhalten gedeutet werde.[90] Bielefeldt (2009: 190) bezeichnet diese Argumentation als Unterstellung einer „strukturellen Verlogenheit" Muslimen gegenüber, die dazu diene, ihnen ihren Anspruch auf Mitsprache und Gehör im öffentlichen Diskurs pauschal abzusprechen.[91]

---

86 Rhonheimer, Martin: "Töten im Namen Allahs" vom 06.09.2014, URL: https://www.nzz.ch/feuilleton/toeten-im-namen-allahs-1.18378020 (Zugriff 29.07.2018).

87 Der NZZ-Debattenbeitrag des Islamwissenschaftlers Andreas Tunger-Zanetti: "'Den' Islam gibt es nicht" von 17.09.2014, URL: https://www.nzz.ch/meinung/debatte/den-islam-gibt-es-nicht-1.18385729 (Zugriff 29.07.2018)..

88 Kelek, Necla: "Eine Religion der Beliebigkeit" vom 20.09.2014, URL: https://www.nzz.ch/feuilleton/eine-religion-der-beliebigkeit-1.18387125 (Zugriff 30.01.2017).

89 "Schizophrene Fachkräfte dringend gesucht", auf *PI-News* vom 22.07.2015, URL: http://www.pi-news.net/2015/07/schizophrene-fachkraefte-dringend-gesucht/ (Zugriff 30.01.2017).

90 So schrieb etwa Heinz Gstrein im „Kleinen Islamlexikon" zu „Taqiya": „Wenn Muslimsprecher bei uns das Prinzip der Taqiya ableugnen, so handelt es sich gerade um eine praktische Anwendung dieser Taktik." (2008a: 25f.).

91 Die *Schweizerzeit* erklärte etwa vor der Anti-Minarett-Abstimmung in der Schweiz in einem Kasten zum Begriff "Taqiya", dass nun oft "Imame oder einfache Muslime interviewt" wor-

10.1.4 Alternative "muslimische" Partner

Die Selbstorganisationen von Muslimen in den USA und in Europa werden, wie oben aufgezeigt, zum Teil kritisch beurteilt. So fand etwa 2010 in Wien ein "Atlantic Seminar on Understanding Political Islam" an der *Politischen Akademie* (PolAk) der christlichen *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) statt.[92] Finanziert wurde es vom *Centre for European Studies* (CES)[93] und dem *International Republican Institute* (IRI). Der US-amerikanische Thinktank IRI, dem der republikanische Senator John McCain als *Chairman* vorstand, ist eine Partnerorganisation[94] des CES und hat selbst etwa das *Hudson Institute* (HI, siehe 5.2) zum Partner.[95]

Das *Centre for European Studies* (CES) ist der europäische Thinktank der *European People's Party* (EPP), die als Zusammenschluss meist christlicher Parteien im Europäischen Parlament die größte Fraktion stellt.[96] CES-Mitglieder sind etwa die Thinktanks *Konrad-Adenauer-Stiftung* (KAS), *Hanns-Seidel-Stiftung* (HSS) oder die *Politische Akademie der ÖVP* (PolAk), die den national verankerten EPP-Mitgliedsparteien *Christlich Demokratische Union* (CDU), *Christlich-Soziale Union* in Bayern (CSU) und der ÖVP nahestehen.

Aus drei Präsentationen im oben erwähnten Seminar "Understanding Political Islam" in Wien ging mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments in Zusammenarbeit mit der PolAk 2011 die 130-seitige CES-Publikation "Political Islam in Europe and the Mediterranean: Three contributions" hervor.[97] Der erste Beitrag stammt von Walid Phares (siehe 10.1.2.1), dessen maronitisch-christlich geprägte Miliz, für die er im libanesischen Bürgerkrieg gearbeitet hatte (*Lebanese Forces*, siehe 10.1.1), nun als politische Partei unter gleichem Namen

---

den seien und sogar an Podien reden konnten, "dabei sind ihre Aussagen wegen der 'Taqiya' gar nichts wert." (*Schweizerzeit* vom 13.11.2009, S. 4).

92 "IRI Hosts the Atlantic Seminar: Understanding Political Islam" vom 30.03.2010, URL: http://www.iri.org/web-story/iri-hosts-atlantic-seminar-understanding-political-islam (Zugriff 30.01.2017).

93 Seit 2015 nennt sich das CES ergänzend: *Wilfried Martens Centre for European Studies* (CES), URL: http://www.martenscentre.eu (Zugriff 30.01.2017).

94 Siehe URL: http://www.martenscentre.eu/members/international-republican-institute (Zugriff 30.01.2017).

95 Siehe URL: http://www.iri.org (Zugriff 30.01.2017).

96 EPP-Mitglieder sind auch Parteien außerhalb der Europäischen Union, so ist etwa die *Christlichdemokratische Volkspartei* (CVP) der Schweiz assoziiertes Mitglied.

97 Download unter URL: http://www.martenscentre.eu/publications/political-islam-europe-and-mediterranean-three-contributions (Zugriff 30.01.2017).

EPP-Partner ist. EPP-Partner ist auch die *Lebanese Kataeb Party*, die *als Libanesische Phalange* im Bürgerkrieg Teil der *Lebanese Forces* war und nun als eigenständige politische Partei auftritt.[98]

Der zweite Beitrag in der CES-Publikation wurde von Lorenzo Vidino (siehe 10.1.2.1, 10.1.3.1, 10.1.3.2) erstellt. Vidino kritisiert islamische Organisationen darin in Anführungszeichen als Vertreter eines "Embassy-Islams" (2011: 45), wenn sie in Europa etwa unter Kontrolle der Regierungen der Türkei, Algeriens oder Marokkos stünden. Es dürften jedoch nur unabhängige "authentically European Muslim organisations" islamische Gemeinschaften in Europa repräsentieren (2011: 46). Andere Organisationen nennt er "participationist Islamist organisations", die er als *New European Brothers* (NEBs) zusammenfasst, weil sie sich zwar erheblich beim intellektuellen Erbe der Muslimbruderschaft bedient hätten, jedoch unabhängig voneinander operierten, indem sie ihre Ziele und Handlungsweisen ihrer jeweiligen Umgebung anpassen würden. Deshalb existiere in Europa formal auch keine Organisation der Muslimbruderschaft (2011: 47).

Einem nicht-formalistischen Ansatz folgend würden, so Vidino, jedoch in praktisch allen europäischen Ländern Organisationen und Netzwerke "[…] with historical, financial, personal, organisational and ideological ties to the Muslim Brotherhood and other Islamic revivalist movements worldwide" operieren, die er als NEBs bezeichnet (2011: 48). Das Netzwerk der NEBs sei exponentiell angewachsen und zähle nun zu den einflussreichsten islamischen Bewegungen in Europa. Dies hätten sie durch eine Kombination von unablässigem Aktivismus, einzigartigem Zugang zu Fördergeldern, ausgezeichneten Fähigkeiten, politisch zu mobilisieren, und einer bemerkenswerten Flexibilität, ihre Positionen den Umständen anzupassen, zustande gebracht. Dadurch würden die NEBs trotz verhältnismäßig weniger Mitglieder den islamischen Diskurs in den meisten europäischen Ländern monopolisieren und die meisten anderen islamischen Organisationen dabei in den Schatten stellen (2011: 49).

Bei der Einschätzung der Ziele der NEBs schließt sich Vidino offensichtlich den "Pessimists" an, da deren Positionen den Sichtweisen der meisten Geheimdienst- und Sicherheitsbehörden in Europa entsprechen würden. Demnach seien die NEBs dank ihren Ressourcen und der Naivität der meisten Europäer daran, ein "social engineering program" zur Islamisierung der europäischen Muslime durchzuführen, die dadurch in Loyalitätskonflikte zu ihren Regierungen geraten würden. Zusammengefasst würden Pessimisten die NEBs anklagen "[…] of being modern-day Trojan horses, engaged in a sort of stealth subver-

98 EPP-Mitglieder und Partner unter URL: http://www.epp.eu/parties-and-partners/ (Zugriff 30.01.2017).

sion aimed at weakening European society from within, patiently laying the foundations for its replacement with an Islamic order" (2011: 53f.).

Im Weiteren will Vidino das Verhältnis der NEBs zur europäischen Politik bestimmen und beginnt dazu mit der Aufzählung zweier "undeniable facts": Erstens hätten die europäischen Muslime traditionell mehrheitlich linke oder Mitte-links-Parteien gewählt und zweitens seien die NEBs traditionell auch Partnerschaften mit solchen Parteien eingegangen (2011: 57).

Es sei zwar unklar, so Vidino, ob die NEBs Muslime direkt dazu bringen könnten, einen ihrer Kandidaten zu wählen, doch seien sie in der Lage, jeden Gegner durch einen Islamophobie-Vorwurf zu diskreditieren. Dank ihrer "remarkable propaganda machine" könnten die NEBs solche Vorwürfe breit streuen, die auch dann erhoben würden, wenn bloß die NEBs kritisiert oder die Zusammenarbeit mit ihnen verweigert würde (2011: 60).

Schließlich rät Lorenzo Vidino davon ab, dass sich Mitte-rechts-Parteien um Partnerschaft mit den NEBs bemühen sollten. Einerseits stünden moralische Überlegungen dagegen, da die NEBs-Positionen mit den zentralen europäischen Werten kollidierten. Andererseits könnte auch die ungebundene muslimische Mehrheit eine solche Partnerschaft missbilligen. Zudem arbeite die Zeit für Mitte-rechts-Parteien: Durch die Verbesserung ihrer sozialen Stellung würden Migranten schließlich stärker nach rechts tendieren und eine kleine, aber vernehmbare Minderheit mache diesen Schritt, weil sie sich an der engen Verbindung stoßen würden, welche die linken und Mitte-links-Parteien mit den NEBs und anderen islamistischen Kräften eingegangen seien (2011: 62).

10.1.4.1 Quilliam Foundation

Lorenzo Vidino plädiert gegen eine Engführung auf eine rein terroristische Bedrohung (siehe 10.1.3.1) und hält deshalb auch islamische Organisationen, die sich moderat geben, nicht für vertrauenswürdig (siehe 10.1.3.2, 10.1.4).

Vidino bezog sich im bereits erwähnten *Washington-Quarterly*-Beitrag positiv auf die Londoner *Quilliam Foundation*, deren Gründer er als "former Islamists who have rejected the ideology" beschreibt, die "nonviolent Islamists" vorhalten würden, separatistische, konfrontative Ideen zu befürworten, die – zu Ende gedacht – zu Gewalt führen müssten. Deren Rhetorik böte die Musik, zu der die Selbstmordattentäter tanzen würden (2009: 72). *Quilliam* beschreibt sich selbst als "counter-extremism think tank" mit Schwerpunkt "Islamist extremism" auf der Grundlage von "religious freedom, equality, human rights and democracy".[99] Als

99 Siehe URL: https://www.quilliamfoundation.org/about/ (Zugriff 30.01.2017).

Thinktank seien sie weder ein "'representative' body", noch ein "mass movement actively seeking mass support" und auch keine "religious organisation seeking to preach". Innerhalb der Organisation seien auch unterschiedliche Glaubensrichtungen vertreten.[100]

Die *Quilliam Foundation* stellt sich gegen muslimische Selbstorganisation, denn "[…] representation should not be through self-styled 'community representative' organisations but as citizens through Parliament."[101] Diese kritische Haltung zeigte sich im grundsätzlichen Misstrauen gegenüber islamischen Organisationen und gläubigen Muslimen im Allgemeinen. So befand Ex-Islamist Ed Husain von *Quilliam* 2009 gegenüber dem *Guardian*, dass die Regierung die Muslime grundsätzlich überwachen sollte, um Terrorismus zu verhindern.[102] Husain bezog sich auf das staatliche Anti-Terror-Programm *Preventing Violent Extremism* (PVE), das als *Prevent* bekannt ist und 2006, nach den Selbstmordanschlägen in London von 2005, als ein Projekt im Rahmen des *war on terror* gestartet wurde. *Quilliam* selbst wurde von der britischen Regierung 2008 zur Terrorismusbekämpfung initiiert und in den ersten zwei Jahren mit über einer Million Pfund ausgestattet.[103]

Robert Lambert (siehe 10.1.3.1) und Jonathan Githens-Mazer entgegneten Ed Husains Aussagen ebenfalls im *Guardian*, dass "mainstream Islamists" im Kampf gegen den Terrorismus als zivilgesellschaftliche Partner gewonnen werden müssten und nicht als Spione in als feindlich angesehenen islamischen Gemeinschaften. Während Partnerschaftsprojekte positive Effekte gezeigt hätten, fehle für den Ansatz von *Quilliam* jegliche wissenschaftliche Evidenz. Durch die Unterstützung von *Quilliam* habe die Regierung den Schritt von "counter-terrorism" zu "counter-subversion" gemacht, was einerseits zur Stigmatisierung unschuldiger

100 Siehe URL: https://www.quilliamfoundation.org/about/faqs/ (Zugriff 30.01.2017).

101 Ebd.

102 Dodd, Vikram: "Spying morally right, says thinktank", in: *The Guardian* vom 16.10.2009, URL: https://www.theguardian.com/uk/2009/oct/16/spying-morally-right-says-thinktank (Zugriff 30.01.2017).

103 Siehe die Angaben des britischen *Home Office* unter URL: https://www.gov.uk/government/publications/home-office-funding-to-the-quilliam-foundation-from-2008-to-2012/home-office-funding-to-the-quilliam-foundation-2008-to-2012 (Zugriff 30.01.2017).

Muslime führen und sich andererseits als kontraproduktiv in der Terrorismusbekämpfung herausstellen könnte.[104]

2010 wurde im *Guardian* publik, dass *Quilliam* eine geheime Liste mit Namen von Muslimen und islamischen Organisationen an einen britischen Chefbeamten für Terrorismusbekämpfung gesendet hatte. Im Dokument "Preventing terrorism; where next for Britain?" wurden muslimische Politiker und Gruppen als mutmaßliche Extremismus-Sympathisanten aufgeführt, wobei die Auflistung von der größten britischen Dachorganisation islamischer Vereinigungen bis hin zur "Muslim Contact Unit" von *Scotland Yard* reiche. *Quilliam* schrieb im Dokument: "The ideology of non violent Islamists is broadly the same as that of violent Islamists; they disagree only on tactics."[105]

Robert Lambert, der die "Muslim Contact Unit" beim *Scotland Yard* mitbegründet und geleitet hatte, kritisierte die Liste, da dadurch ein großes Spektrum von Gruppierungen dämonisiert würde, welche gemäß seiner Erfahrung wertvolle Beiträge zur Terrorismusbekämpfung geleistet hätten. Lambert warnte denn auch, dass dadurch das Regierungsvertrauen von Muslimen beschädigt werden könnte.[106]

2013 konnte die *Quilliam Foundation* ihre Sichtweise an einer Tagung zu "Radicalisation and the media" im Europäischen Parlament präsentieren. Lorenzo Vidino leitete diese Veranstaltung, die von der *European Foundation for Democracy* (EFD, siehe 10.1.2.1), wo er Mitarbeiter ist, zusammen mit einer italienischen Parlamentarierin der EPP-Fraktion organisiert wurde.[107]

Im selben Jahr landete *Quilliam* einen Coup, als sie den Anführer der *English Defense League* (EDL, siehe 4.3, 4.3.2) als geläuterten Extremisten präsentierte. Da viele den angeblichen Gesinnungswandel von *Tommy Robinson* (siehe 4.2) nicht nachvollziehen konnten, wurde im Handeln von *Quilliam* der Versuch gesehen, ihren Tätigkeitsbereich auf Entradikalisierung im Allgemeinen auszuweiten. Denn die Regierung finanzierte *Quilliam* nicht mehr, da – wie vermutet wurde – nicht ersichtlich war, wie die Stiftung ihrem Auftrag gemäß Extremismus in den mus-

104 Githens-Mazer, Jonathan; Lambert, Robert: "Quilliam on Prevent: the wrong diagnosis", in: *The Guardian* vom 19.10.2009, URL: https://www.theguardian.com/commentisfree/belief/2009/oct/19/prevent-quilliam-foundation-extremism (Zugriff 30.01.2017).

105 Dodd, Vikram: "List sent to terror chief aligns peaceful Muslim groups with terrorist ideology", in: *The Guardian* vom 04.08.2010, URL: https://www.theguardian.com/uk/2010/aug/04/quilliam-foundation-list-alleged-extremism (Zugriff 30.01.2017).

106 Ebd.

107 Siehe URL: http://europeandemocracy.eu/2013/01/media-reporting-on-radicalisation/ (Zugriff 30.01.2017).

limischen Gemeinschaften bekämpfe, in denen es *Quilliam* zudem an Glaubwürdigkeit fehlen würde.[108] Schließlich erwies sich die Läuterung von *Tommy Robinson* nicht als nachhaltig. Dieser versuchte nach dem Abgang bei der EDL in die Politik einzusteigen und gründete schließlich *Pegida UK* als Ableger der in Deutschland initiierten Demonstrations-Bewegung, wo er auch Gastredner war (siehe 4.3.2).

Das britische *Prevent*-Programm stößt seit einer Gesetzesverschärfung[109] 2015 auf immer stärkeren Widerstand, da es – so der Vorwurf – Vertrauen zerstöre und die Gesellschaft spalte.[110] Der Ex-*Quilliam*-Mitbegründer Ghaffar Hussain hatte nun etwa zum ausgeweiteten *Prevent*-Programm gewechselt. Imame beklagten, dass bereits gewöhnliche religiöse Praktiken in den Fokus der Anti-Terror Aktivitäten geraten würden.[111]

Auf einer Plattform für investigativen Journalismus wurde 2016 ein Artikel zur *Quilliam Foundation* veröffentlicht, wonach die Stiftung seit dem Wegfall staatlicher Unterstützung u.a. eine Millionenspende der *John Templeton Foundation* erhalten hatte. Diese Stiftung habe in den USA die *Tea-Party*-Bewegung unterstützt sowie auch die Kampagnen von Mitt Romney und Rick Santorum. Unter den Spendern sei auch Sam Harris.[112] Zusammen mit Harris veröffentlichte Maajid Nawaz, ein anderer *Quilliam*-Mitbegründer, 2015 das Buch "Islam and the Future of Tolerance. A Dialogue". Der Publizist Harris befand etwa 2004 in der *Washington Times*: "It is time we admitted that we are not at war with 'terrorism'. We are at war with

---

108 Quinn, Ben: "Tommy Robinson link with Quilliam Foundation raises questions", in: *The Guardian* vom 12.10.2013, URL: http://www.theguardian.com/uk-news/2013/oct/12/tommy-robinson-quilliam-foundation-questions-motivation (Zugriff 30.01.2017).

109 "Counter-Terrorism and Security Act 2015" unter URL: http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2015/6/contents/enacted (Zugriff 30.01.2017).

110 Halliday, Josh; Dodd, Vikram: "UK anti-radicalisation Prevent strategy a 'toxic brand'", in: *The Guardian* vom 09.03.2015, URL: https://www.theguardian.com/uk-news/2015/mar/09/anti-radicalisation-prevent-strategy-a-toxic-brand (Zugriff 30.01.2017).

111 Ramesh, Randeep: "Prevent programme 'spying on our young people'", in: *The Guardian* vom 06.12.2015, URL: https://www.theguardian.com/uk-news/2015/dec/06/east-london-muslims-prevent-strategy (Zugriff 30.01.2017).

112 Ahmed, Nafeez: "The Quilliam Foundation is financed by Tea-Party conservatives investigated by Sam Harris", auf: *medium.com* vom 08.01.2016, URL: https://medium.com/insurge-intelligence/the-quilliam-foundation-is-financed-by-tea-party-conservatives-investigated-by-sam-harris-1e43d54f0bee#.kdlc6kt32 (Zugriff 30.01.2017).

Islam."[113] 2012 befürwortete Harris das *Profiling* von Muslimen mit den Worten: "We should profile Muslims, or anyone who looks like he or she could conceivably be Muslim, and we should be honest about it."[114] 2015 verteidigte er "practices like 'water-boarding'" als unter Umständen notwendig.[115]

2016 weiteten sich die Proteste gegen das *Prevent*-Programm weiter aus. Ein Sonderberichterstatter der UNO kritisierte die britische Regierung, mit ihrem Anti-Terror-Programm einen Überwachungsstaat installiert zu haben, der unter Muslimen Verunsicherung und Misstrauen auslöse. Eltern sprächen z.B. nicht mehr offen vor ihren Kindern, da diese in der Schule etwas sagen könnten, was verdächtig klingen und Anti-Terror-Massnahmen auslösen könnte.[116] Denn Lehrer werden nun angehalten, Auffälligkeiten zu melden, wogegen sie sich zur Wehr setzen.[117] Auch Menschenrechtsorganisationen sprachen sich gegen *Prevent* aus.[118] Ende September 2016 kritisierten Wissenschaftler die dem Programm zugrunde liegenden Annahmen in einem offenen Brief als wissenschaftlich nicht

113 Harris, Sam: "'Mired in a religious war'", in *The Washington Times* vom 01.12.2004, URL: http://www.washingtontimes.com/news/2004/dec/1/20041201-090801-2582r/ (Zugriff 30.01.2017).

114 Harris, Sam: "In Defense of Profiling", auf: *samharris.org* vom 28.04.2012, URL: http://www.samharris.org/blog/item/in-defense-of-profiling (Zugriff 30.01.2017).

115 Harris, Sam: "Response to Controversy", auf: *samharris.org* vom 21.06.2014, URL: http://www.samharris.org/blog/item/response-to-controversy (Zugriff 30.01.2017).

116 Gayle, Damien: "Prevent strategy 'could end up promoting extremism'", in: *The Guardian* vom 21.04.2016, URL: https://www.theguardian.com/politics/2016/apr/21/government-prevent-strategy-promoting-extremism-maina-kiai (Zugriff 30.01.2017).

117 Adams, Richard: "Teachers back motion calling for Prevent strategy to be scrapped", in: *The Guardian* vom 28.03.2016, URL: https://www.theguardian.com/politics/2016/mar/28/teachers-nut-back-motion-calling-prevent-strategy-radicalisation-scrapped (Zugriff 30.01.2017).

118 Bowcott, Owen;Adams, Richard: "Human rights group condemns Prevent anti-radicalisation strategy", in: *The Guardian* vom 13.07.2016, URL: https://www.theguardian.com/politics/2016/jul/13/human-rights-group-condemns-prevent-anti-radicalisation-strategy (Zugriff 30.01.2017).

fundiert.[119] Es wird auch bemängelt, dass die Studie, aus der Risikofaktoren definiert und in Gesetze gegossen wurden, unter Verschluss gehalten werde.[120]

10.1.4.2 American Islamic Forum for Democracy

In Phoenix, Arizona (USA) hatte Zuhdi Jasser 2003 mit dem *American Islamic Forum for Democracy* (AIFD) einen Thinktank gegründet, der sich ähnlich positioniert wie die *Quilliam Foundation* (siehe oben) in Großbritannien und die Einstellungen und Ziele der bestehenden islamischen Organisationen in den USA hinterfragt.

Das AIFD versteht sich zwar wie *Quilliam* als Thinktank gegen Islamismus, darüber hinaus jedoch auch als Teil eines innerislamischen *Muslim Reform Movements* (MRM).[121] Der praktizierende Arzt Zuhdi Jasser, ein Sohn syrischer Einwanderer, beschreibt sich stets als gläubiger Muslim. Als solcher wurde er etwa 2011 zum Hearing des "Committee on Homeland Security" zum Thema "The Extent of Radicalization in the American Muslim Community and that Community's Response" eingeladen.[122] Gegen das Hearing des republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses Peter T. King regte sich Widerstand, der in eine Protest-Kundgebung mündete.[123] Der *Spiegel* notierte eine "seltsam beliebige Zeugenliste": "Kein Vertreter einer Moschee, einer Gemeinde oder einer größeren Muslimgruppe. Kein Vertreter der Regierung. Kein Vertreter des FBI oder anderer Behörden, die Statistiken über die Radikalisierung der US-Gesellschaft füh-

119 "Anti-radicalisation strategy lacks evidence base in science", offener Brief vom 29.09.2016, URL: https://www.theguardian.com/politics/2016/sep/29/anti-radicalisation-strategy-lacks-evidence-base-in-science (Zugriff 30.01.2017).

120 "Academics criticise anti-radicalisation strategy in open letter", in: *The Guardian* vom 29.09.2016, URL: https://www.theguardian.com/uk-news/2016/sep/29/academics-criticise-prevent-anti-radicalisation-strategy-open-letter (Zugriff 30.01.2017).

121 Siehe URL: https://aifdemocracy.org/our-work/our-programs/ (Zugriff 30.01.2017).

122 Siehe URL: https://homeland.house.gov/hearing/extent-radicalization-american-muslim-community-and-communitys-response/ (Zugriff 30.01.2017).

123 Stolberg, Sheryl Gay: "White House Seeks to Allay Muslims' Fears on Terror Hearings", in: *The New York Times* vom 06.03.2011, URL: http://www.nytimes.com/2011/03/07/us/politics/07muslim.html?ref=us (Zugriff 30.01.2017).

ren."[124] Walid Phares wurde als Zeuge wieder ausgeladen, nachdem seine Vergangenheit im libanesischen Bürgerkrieg öffentlich gemacht wurde.[125]

Das *American Islamic Forum for Democracy* (AIFD) beschreibt sich selbst als "American Muslim organization",[126] und initiierte 2015 das erwähnte *Muslim Reform Movement* (MRM). Dabei wurde eine Deklaration verabschiedet, die sich auf den "progressive spirit" eines ursprünglichen Islams beruft. Im Kern wird mit dem Slogan "We separate mosque and state" und der Bezugnahme auf "secular governance, democracy and liberty" eine Privatisierung und Individualisierung von Religion gefordert, die anstatt der "Sharia" die UN-Menschenrechtserklärung von 1948 zur Grundlage hat, einen Exklusivanspruch auf – in Anführungszeichen – "heaven" zurückweist und "ummah" nicht als Gemeinschaft der Muslime verstanden haben will, sondern die gesamte Menschheit umfassen soll.[127]

Jassers AIFD besteht laut der Website bloß aus ihm und einer Mitarbeiterin. Bis mindestens 2012 war etwa noch Manda Zand Ervin (sowie eine weitere Person) als AIFD-Vorstandsmitglied aufgeführt. Manda Zand Ervin ist *Senior Fellow* am *Center for Security Policy* (CSP, siehe 10.1.1).[128] Die AIFD ist Mitglied der *Coalition Against Terrorist Media* (CATM), wo etwa auch die FDD und die EFD dazugehören (siehe 10.1.2.1).

Zuhdi Jasser selbst sitzt im *Clarion*-Beirat.[129] Das *Clarion Project* wurde 2006 als *Clarion Fund* gegründet, um Dokumentarfilme mit "Islam-Experten" zu produzieren und zu vertreiben (siehe 8.3.2). Jasser, der 2009 an der Konferenz des *International Intelligence Summit* auftrat (siehe 10.1.2.2), war in verschiedene solcher Filmprojekte involviert.

2008 beteiligte sich Zuhdi Jasser beim *Clarion*-Film "The Third Jihad" als Erzähler. Laut Website des Films werde die Strategie des "cultural jihads" vorgestellt,

---

124 Pitzke, Marc: "Kongressanhörung: USA stürzen sich in emotionale Islam-Debatte", auf: *spiegel.de* vom 11.03.2011, URL: http://www.spiegel.de/politik/ausland/kongressanhoerung-usa-stuerzen-sich-in-emotionale-islam-debatte-a-750221.html (Zugriff 30.01.2017).

125 Zornick, George: "Peter King Drops Controversial Witness From Hearings, Following Pressure From CAIR", auf: *thinkprogress.org* vom 24.02.2011, URL: https://thinkprogress.org/peter-king-drops-controversial-witness-from-hearings-following-pressure-from-cair-b3b9dc0343dd (Zugriff 30.01.2017).

126 Siehe URL: https://aifdemocracy.org/our-work/ (Zugriff 30.01.2017).

127 Das AIFD verlinkt auf die Deklaration unter URL: http://www.muslimreformmovement.org/MRMDeclaration.pdf (Zugriff 30.01.2017).

128 Siehe: http://www.centerforsecuritypolicy.org/about-us/fellows/ (Zugriff 30.01.2017).

129 "The Clarion Project's Advisory Board", URL: http://www.clarionproject.org/content/clarion-project-advisory-board (Zugriff 30.01.2017).

die darauf beruhe, die Gesellschaft zu infiltrieren und von innen her zu untergraben.[130] Der Film wurde zu Schulungszwecken etwa von der New Yorker Polizei eingesetzt, bis dies 2012 öffentlich bekannt und skandalisiert wurde (siehe 9.2.2). Im Film waren als Experten etwa Manda Zand Ervin, Ayaan Hirsi Ali, Clare M. Lopez, James Woolsey oder Walid Phares zu sehen.

Zuhdi Jasser verteidigte die Präsentation des Films als Schulungsvideo bei der New Yorker Polizei in der *New York Post*. Der Film zeige, dass CAIR und viele andere Organisationen aus der Muslimbruderschaft entstanden und deshalb gefährlich seien, denn: "The Muslim Brotherhood may have vast differences with al Qaeda on tactics, but they share the same Islamist, global goals."[131] Kurz darauf verteidigte Jasser ein umstrittenes Überwachungsprogramm der New Yorker Polizei, das von Muslimen kritisiert wurde. *Mother Jones* titelte dazu: "That message was: Thanks for spying on us".[132]

10.1.4.3 Umstrittene islamische Repräsentanz im deutschsprachigen Raum

Eine ähnliche Deklaration wie jene des AIFD (siehe oben) findet sich auch in Deutsch, verlinkt etwa auf der Website[133] des schweizerischen *Forums für einen fortschrittlichen Islam* (FFI).[134] Die "Freiburger Deklaration" vom September 2016 sei eine "Gemeinsame Erklärung säkularer Muslime in Deutschland, Österreich und der Schweiz".[135] Unterzeichnet wurde sie u.a. von FFI-Präsidentin Saïda Keller-

130 Siehe URL: http://www.thethirdjihad.com/ (Zugriff 26.07.2012, die Website ist neu gestaltet).

131 Jasser, Zuhdi: "Of films and fear", in: *New York Post* vom 30.01.2012, URL: http://nypost.com/2012/01/30/of-films-and-fear/ (Zugriff 30.01.2017).

132 Serwer, Adam: "Muslim Group Leader to NYPD: Thanks for Spying on Us", auf: *motherjones.com* vom 19.03.2012, URL: http://www.motherjones.com/politics/2012/03/muslim-group-leader-nypd-thanks-spying-us-zuhdi-jasser (Zugriff 30.01.2017).

133 Siehe URL: http://www.forum-islam.ch/de/index.php (Zugriff 30.01.2017).

134 "Gemeinsame Erklärung säkularer Muslime in Deutschland, Österreich und der Schweiz (Freiburger Deklaration)", URL: http://saekulare-muslime.org/freiburger-deklaration/ (Zugriff 04.11.2017).

135 Der Islamwissenschaftler Andreas Ismail Mohr hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Deklaration ursprünglich als "Gemeinsame Erklärung der Reformmuslime in Deutschland, Österreich und der Schweiz" verfasst wurde. Zudem wurde noch Amer Albayati (siehe 10.1.4.5) als Kontaktperson für Österreich angeführt, wie auch als erster Unterzeichner der Deklaration. Die Ursprungsversion kann weiterhin von der Website des Humanistischen Pressedienstes (hpd) runtergeladen werden, URL: https://hpd.de/sites/hpd.de/files/field/file/freiburger_deklaration.pdf (Zugriff 04.11.2017).

Messahli und von Abdel-Hakim Ourghi aus Deutschland, der in einem Interview mit *Die Zeit* zur Deklaration über die "Grundsätze von einem privaten, säkularen Islam" spricht.[136]

Die Aussagen von Abdel-Hakim Ourghi weisen darauf hin, dass "säkular" in diesem Zusammenhang nicht nur die Trennung von Staat und Religion meint, sondern sich auch auf die Trennung zwischen öffentlich und privat bezieht. Dies passt zur Deklaration, wo im zweiten Punkt unter den "Zielen" von einer "neuen modernen, aufgeklärten und humanistisch angelegten Theologie" die Rede ist, die "den Glauben als persönliche Angelegenheit versteht".

Als "säkulare Musliminnen und Muslime" setzen sich die Unterzeichnenden der Deklaration "für ein humanistisches, modernes und aufgeklärtes Islamverständnis" ein, wonach "der Glaube auf der ganz persönlichen und individuellen Beziehung des Einzelnen zu Gott" beruhe. Wie in der oben erwähnten Deklaration des nordamerikanischen *Muslim Reform Movements* (MRM) soll die angestrebte, reformierte Theologie demokratie- und menschenrechtskonform sein.

Auch im "Positionspapier"[137] des FFI wird auf Menschenrechte rekurriert. Gemäß der Selbstbeschreibung auf der Website sieht sich das FFI als *modern, menschlich, lebensbejahend, human, harmonisch* und *befreiend*. Unter "Willkommen" heißt es: "Wir sind keine Islamische Organisation, die die Worte des Koran eins zu eins verkündet und eins zu eins umgesetzt haben will."[138]

Die beschriebenen Thinktanks von *Quilliam* über das AIFD bis zum FFI definieren sich zu einem großen Teil über die Abgrenzung zu bestehenden islamischen Organisationen, die eben nicht als *modern, reformiert* oder *fortschrittlich* angesehen

---

Die Deklaration wurde laut einem Bericht auf kath.ch am 16. September 2016 in Freiburg (Deutschland) unterzeichnet, URL: https://www.kath.ch/newsd/schweizer-refoschweizer-reformmuslime-wollen-einen-rat-schaffenmmuslime-wollen-einen-rat-als-ansprechpartner-fuer-den-staat-schaffen/ (Zugriff 04.11.2017). Der Bericht verlinkt zur Deklaration auf die Website von Amer Albayati. Bemerkenswerterweise wurde Amer Albayati in der aktualisierten Version gelöscht, womit kein österreichischer Kontakt mehr angegeben werden kann. Zudem erscheint "Freiburger Deklaration" nur noch in Klammern im Untertitel der Deklaration, als Ort und Datum der Zusammenkunft wird nun Zürich, 16.09.2016 ausgewiesen.

136 "Deklaration säkularer Muslime", Interview mit Abdel-Hakim Ourghi, in: *Die Zeit* vom 22.09.2016, URL: http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/deklaration-saekulare-muslime-abdel-hakim-ourghi/komplettansicht (Zugriff 01.11.2016).

137 "Positionspapier", URL: http://www.forum-islam.ch/de/ueber-uns/positionspapier.php (Zugriff 01.11.2016).

138 "Willkommen", URL: http://www.forum-islam.ch/de/index.php (Zugriff 01.11.2016).

werden. Auch die positive Bezugnahme auf "Demokratie" und "Menschenrechte" erscheint in einer exklusiven Absetzung von den etablierten Organisationen. In der "Freiburger Erklärung" wird zudem das Recht auf "Islamkritik" eingefordert, ohne dass man der "Islamophobie" bezichtigt werde.

Vergleichbar ist auch das Selbstverständnis des *Muslimischen Forums Deutschland* (MFD), das laut der Gründungserklärung "für Demokratie und Menschenrechte" eintritt und sich "[…] für die Etablierung eines Islamverständnisses, das mit unseren Grundwerten und der deutschen Lebenswirklichkeit übereinstimmt", einsetzten will.[139] Demnach hatte sich bis zur MFD-Gründung am 11. April 2015 in der Akademie der *Konrad-Adenauer-Stiftung* (KAS) in Berlin ein solches grundwertkonformes Islamverständnis in Deutschland noch nicht etablieren können.

Es stellt sich weiter die Frage, wer wen wem gegenüber vertritt. Während sich *Quilliam Foundation* (siehe 10.1.4.1) explizit davon distanziert, ein Vertretungsorgan für eine bestimmte Gruppe zu sein und sich als multireligiöser politischer Thinktank präsentiert, will das AIFD eine Organisation amerikanischer Muslime sein, die in der US-amerikanischen Gesellschaft die "silent majority" der Muslime vertritt.[140]

Das FFI möchte die "Plattform der großen Mehrheit der Muslime in der Schweiz" sein, "primär" jedoch sind sie "Schweizer Bürgerinnen und Bürger", welche "[…] die Befreiung des Islams aus der festgefahrenen kulturfeindlichen Sackgasse […]" anstreben.[141] Auch das MFD möchte "[…] der Mehrzahl der in Deutschland lebenden und bisher nicht vertretenen Muslime Gehör verschaffen."[142] Wie beim FFI ist beim MFD die Staatsbürgerschaft ein zentrales Kriterium, wenn es in der Gründungserklärung heißt: "Wir sind Menschen, die sich als Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und zugleich als Muslime sehen." Das MFD möchte "[…] der Politik einen weiteren Ansprechpartner anbieten, der die unartikulierten Positionen von Muslimen in Deutschland wiedergibt."[143]

Unklar bleibt demnach, ob sich die gewünschte Repräsentation der "schweigenden" – weil bisher nicht-organisierten – Mehrheit bloß auf die Minderheit der Muslime in Deutschland und der Schweiz bezieht, welche über die entsprechende

---

139 Gründungserklärung unter URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_41089-544-1-30.pdf?150701160939 (Zugriff 30.01.2017).

140 Siehe URL: https://aifdemocracy.org/muslim-liberty-project/ (Zugriff 30.01.2017).

141 Siehe URL: http://www.forum-islam.ch/de/index.php (Zugriff 30.01.2017).

142 Siehe URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_41089-544-1-30.pdf?150701160939 (Zugriff 30.01.2017).

143 Ebd.

Staatsbürgerschaft verfügt, oder ob die dort lebenden muslimischen Ausländerinnen und Ausländer mitgemeint sind und nur nicht mitwirken dürfen.

Zur expliziten Nachrangigkeit der Religionszugehörigkeit passt die Hervorhebung der multireligiösen Zusammensetzung des *Muslimischen Forums Deutschland* (MFD): "Einzigartig ist die ethnische und religiöse Vielfalt des Forums. So zählen neben Sunniten und Schiiten auch Aleviten, Yeziden und christliche Unterstützer zu den Teilnehmern des Forums."[144] Dies steht dann jedoch im Widerspruch mit dem oben beschriebenen Selbstverständnis als Forum von *Muslimen*, das der Politik alternativer *muslimischer* Ansprechpartner sein möchte.

Beim *Forum für einen fortschrittlichen Islam* (FFI) darf man den erwähnten Satz auf der Startseite des Webauftritts: "Wir sind keine Islamische Organisation, die die Worte des Koran eins zu eins verkündet und eins zu eins umgesetzt haben will" nicht dahingehend missverstehen, dass das FFI eine *islamische* Organisation wäre, die die Worte des Koran *nicht* "eins zu eins verkündet und eins zu eins umgesetzt haben will."[145] Denn sie verstehen sich im übernächsten Absatz wie das MFD multireligiös: "Wir sind Menschen muslimischer und nichtmuslimischer Konfession, die den Koran als Text seiner Zeit und seines Raums lesen und verstehen."[146]

Wie die NZZ zum FFI 2005 festhielt, gehörte zum Vorstand auch der Katholik Karl Gruber, ein ehemaliger Verfassungsrat des Kantons Zürich, der sich nach der Pensionierung mit dem Koran zu beschäftigen begann.[147] Gruber war es denn auch, der die FFI-Stellungnahme zur Anti-Minarett-Initiative verantwortete. Als weiterer Christ wurde 2005 der evangelisch-reformierte Pfarrer von Thalwil in den Vorstand des FFI berufen, das sich laut einem Zeitungsbericht über den Pfarrer "nicht als islamische Organisation" verstehe.[148] Ansonsten wurde das FFI durchaus als islamische Organisation wahrgenommen, so führte die *NZZ am Sonntag* das FFI in der Überblicksdarstellung zu "Muslim-Organisationen" auf.[149] Im Schweizer Fernsehen wurde die FFI-Präsidentin Saïda Keller-Messahli mehr-

144 Ebd.

145 Hier stellt sich die Frage, ob der Satz dann bedeutet, dass *jede* islamische Organisation den Koran derart auslegt und sich das FFI damit grundsätzlich von islamischen Organisationen abgrenzt.

146 Siehe URL: http://www.forum-islam.ch/de/index.php (Zugriff 30.01.2017).

147 "Das Forum für einen fortschrittlichen Islam wird aktiv", in: *NZZ* vom 14.12.2005, URL: http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleDERJ1-1.190812 (Zugriff 01.11.2016).

148 "Die innerislamische Debatte ist erstarrt", Interview von Karin Landolt mit Pfarrer Arend Hoyer in: *Der Landbote* vom 14.12.2010.

149 "Zwietracht unter den Muslimen", in: *NZZ am Sonntag* vom 18.04.2010, URL: http://www.nzz.ch/zwietracht-unter-den-muslimen-1.5469875 (Zugriff 01.11.2016).

fach im Sinne einer Vertreterin organisierter Muslime eingeladen, zudem ist sie als "Islamkennerin" eine begehrte Interviewpartnerin in den Medien.

10.1.4.4 Vernetzung der "alternativen" Islam-Organisationen

Die *European Foundation for Democracy* (EFD), die eng mit der *Foundation for the Defense of Democracies* (FDD) in den USA verbunden ist (siehe 10.1.2.1), erweist sich als Knotenpunkt in der Vernetzung von Organisationen, die sich als mehr oder weniger islamisch fundierte zivilgesellschaftliche Akteure verstehen, die vor "Islamismus" warnen und gleichzeitig "Islam" reformieren oder modernisieren wollen.

Wie oben aufgezeigt, arbeitete das EFD punktuell mit *Quilliam* zusammen und ist mit der FDD und dem *American Islamic Forum for Democracy* (AIFD) Teil der *Coalition Against Terrorist Media* (CATM).

Neben den angelsächsischen Bezügen weist die EFD auch Verbindungen in den deutschsprachigen Raum auf. EFD-*Senior Policy Advisor*[150] Lorenzo Vidino hatte (wie oben ausgeführt) 2010 zusammen mit EFD-*Visiting Fellow* Walid Phares an der *Politischen Akademie* (PolAk) der christlichen *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) in Wien zu "Understanding Political Islam" referiert, woraus 2011 eine Publikation entstand, die durch das *Centre for European Studies* (CES) herausgegeben wurde. CES-Mitglieder sind neben der PolAk u.a. die *Hanns-Seidel-Stiftung* (HSS)[151] und die *Konrad-Adenauer-Stiftung* (KAS).

Die zu 98.3 Prozent aus öffentlichen Zuwendungen finanzierte *Konrad-Adenauer-Stiftung*[152] versteht sich als eine politische Stiftung mit christlichem Verständnis und als Teil einer "[…] christlich-demokratischen Bewegung in Deutschland, in Europa und vielen Ländern der Welt". Durch ihre Arbeit will sie an der "Schaffung einer internationalen Ordnung" und der "Vertretung deutscher Interessen in der Welt" mitwirken.[153] Mitglied im KAS-Planungsstab[154] war etwa Udo Ulfkotte (siehe 9.1.1.2), "einer der renommiertesten Sicherheitsexper-

150 "Dr. Lorenzo Vidino", http://europeandemocracy.eu/expert/lorenzo/ (Zugriff 14.01.2017).

151 Die HSS war über Rainer Glagow personell mit der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) verbunden (siehe 9.2.3.2) und publizierte Beiträge von Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2), der auch als Referent eingeladen wurde (siehe 9.2.2).

152 "Finanzierung", URL: http://www.kas.de/wf/de/71.3712 (Zugriff 14.01.2017).

153 "Leitlinien", URL: http://www.kas.de/wf/de/71.4972/ (Zugriff 14.01.2017).

154 Hein, Jan-Philipp: "Autor Ulfkotte plant anti-islamische Partei", auf: *spiegel.de* vom 16.03.2007, URL: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neokonservatives-projekt-autor-ulfkotte-plant-anti-islamische-partei-a-472151.html (Zugriff 14.01.2017).

ten in Deutschland".[155] Mitglied des wissenschaftlichen Beirats und Autor der KAS-Zeitschrift *Die Politische Meinung* sowie Autor der *Jungen Freiheit* ist Klaus Hornung, IGFM-Kuratoriumsmitglied[156] (siehe 6.3) und Beirat des *Studienzentrums Weikersheim* (SZW, siehe 10.2.2),[157] das er früher auch präsidiert hatte.

Die KAS initiierte[158] 2015 das *Muslimische Forum Deutschland* (MFD), wo EFD-*Programme Director*[159] Ahmad Mansour *Vorsitzender Sprecher* wurde.[160] Wie die *Quilliam*-Gründer (siehe 10.1.4.1) ist Mansour ein Ex-Islamist.[161]

Im Oktober 2016 führte die KAS zusammen mit dem MFD ein gemeinsames Symposium an der *Evangelischen Akademie im Rheinland* zum Thema "Reformation und Islam – Reformation im Islam?" durch.[162] Aus den Beiträgen und Diskussionen des mit Mitteln des Bundesministeriums des Inneren geförderten Symposiums soll 2017 ein Sammelband "im Reformationsjahr" hervorgehen.[163]

---

155 "Paderborner Gespräch" der KAS vom 14.06.2004 zum Thema "Madrid, 11. März 2004 - und wir?" mit Udo Ulfkotte, URL: http://www.kas.de/westfalen/de/events/10950/ (Zugriff 30.01.2017).

156 Siehe URL: https://www.igfm.de/ueber-uns/igfm-auf-einen-blick/ (Zugriff 30.01.2017).

157 Siehe URL: http://www.studienzentrum-weikersheim.de/9-0-Praesidium.html (Zugriff 30.03.2017).

158 Ursprünglich hieß es einleitend zur MFD-Gründungserklärung: "Auf Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich das 'Muslimische Forum Deutschland' gegründet." Nun heißt der erste Satz: "Das 'Muslimische Forum Deutschland' wurde gegründet." URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_41089-544-1-30.pdf?150701160939 (Zugriff 30.01.2017).

159 Siehe URL: http://europeandemocracy.eu/expert/ahmad (Zugriff 30.01.2017).

160 Siehe URL: http://www.muslimisches-forum-deutschland.de. In der "Gründungserklärung" auf der MFD-Website heißt es: "Zum kommissarischen Sprecher des Forums wurde AHMAD MANSOUR bestimmt." (URL: http://www.muslimisches-forum-deutschland.de/_PDF/Muslimisches-Forum-Deutschland-Gruendungserklaerung.pdf). In der ursprünglichen Fassung der KAS steht: "Zum kommissarischen Sprecher des Forums wurde ABDUL-AHMAD RASHID (ZDF) bestimmt." (Zugriffe 30.01.2017).

161 Mansour, Ahmad: "Ich war einmal ein Islamist", in: *Der Tagesspiegel* vom 26.03.2013, URL: http://www.tagesspiegel.de/kultur/religioeser-fundamentalismus-ich-war-einmal-ein-islamist/7982968.html (Zugriff 01.11.2016).

162 Flyer zum Symposium vom 7. bis 8. Oktober 2016 in Düsseldorf unter URL: http://www.muslimisches-forum-deutschland.de/wp-content/uploads/20161007_Islam-Reformation.pdf (Zugriff 30.01.2017).

163 "Rückblick auf Symposium zum christlich-islamischen Dialog", URL: http://www.fremd-vertraut.de/Reformation-und-Islam-Rueckblick.php#1 (Zugriff 30.01.2017).

Ex-Islamistin[164] ist wie Mansour auch EFD-*Senior Fellow*[165] Elham Manea, die im Vorstand des *Forums für einen fortschrittlichen Islam* (FFI) sitzt.[166] Manea wurde zusammen mit Zuhdi Jasser vom AIFD im *Clarion*-Beirat geführt (siehe 10.1.4.2).[167]

10.1.4.5 Initiative Liberaler Muslime in Österreich

In der oben erwähnten Deklaration "säkularer Muslime in Deutschland, Österreich und der Schweiz" (siehe 10.1.4.3) vom September 2016 sind keine Ansprechpartner aus Österreich aufgeführt. Unter den Erstunterzeichnern figuriert als einzige islamische Organisation aus Österreich die *Initiative Liberaler Muslime in Österreich* (ILMÖ). Für die ILMÖ gezeichnet hatte Thomas Tartsch als deren "Berater".[168]

Die ILMÖ versteht sich – analog dem MFD in Deutschland und dem FFI in der Schweiz – als Vertreterin "[…] der Mehrheit der Muslime und (sic!) Österreichs […]", wie es auf der Website heißt.[169] Der bisher letzte ILMÖ-Jahresbericht vom 11.01.2016 wurde von ILMÖ-Präsident und "Islam- und Terrorexperte" Dr. Amer Albayati, zusammen mit Michael Ley, Gerhard Engelmayer und Thomas Tartsch verantwortet.[170]

Amer Albayati hatte 2016 das Buch "Auf der Todesliste des IS: Ein Islam-Insider & Reformer als bedrohter Warner vor Radikalismus und Terror" im Wiener *Seifert Verlag* veröffentlicht. Thomas Tartsch hat dazu ein Kapitel verfasst, das Vorwort stammt vom Publizisten Michael Ley.

---

164 "Mit 16 verfiel Elham Manea dem radikalen Islam. Heute ist sie seine schärfste Kritikerin." Aus: Serafini, Sarah: "'Der IS ist wie eine Krankheit'", in *Schweiz am Sonntag* vom 02.01.2016, URL: http://www.schweizamsonntag.ch/ressort/nachrichten/der_is_ist_wie_eine_krankheit/ (Zugriff 30.01.2017).

165 Siehe URL: http://europeandemocracy.eu/expert/elham-manea/ (Zugriff 30.01.2017).

166 URL: http://www.forum-islam.ch/de/ueber-uns/lokalsektionen.php (Zugriff 30.01.2017).

167 Siehe URL: http://www.clarionproject.org/content/clarion-project-advisory-board (Zugriff 30.01.2017).

168 In der Ursprungsversion der "Freiburger Deklaration" war noch ILMÖ-Präsident Amer Albayati als Kontakt für Österreich angegeben (siehe Fußnote 135). Thomas Tartsch erscheint erst in der aktualisierten Version der Deklaration.

169 Siehe URL: http://www.initiativeliberalermuslime.org/ (Zugriff 30.01.2017).

170 "Realitäten in Europa und die neuen Herausforderungen", Jahresbericht unter URL: http://www.initiativeliberalermuslime.org/jahresbericht-11-01-2016/ (Zugriff 30.01.2017).

Michael Ley veröffentlicht regelmäßig in *Die Presse*, 2014 rezensierte er dort *Bat Ye'ors* "Europa und das kommende Kalifat" (siehe 10.1.5.2), das von Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2) ins Deutsche übertragen und kommentiert wurde.[171]

Ley stellt eingangs seiner Rezension "[…] eine weitgehend gescheiterte Integration muslimischer Migranten […]" fest, bevor er sich lobend dem Werk *Ye'ors*, einer "[…] mahnenden Stimme[n] hinsichtlich der Islamisierung Europas […]" zuwendet. Gemäß *Ye'or* sei es das Ziel der EU, die europäischen Nationalstaaten "zu schwächen respektive zu überwinden", um eine "gemeinsamen Zivilisation" zu schaffen. Dazu versuche die EU seit Jahrzehnten "Multikulturalismus" und "Diversität" durchzusetzen und unterstütze deshalb auch die Bestrebungen der *Organisation of Islamic Cooperation* (OIC) zur "Islamisierung Europas" durch "vermehrte islamische Migration nach Europa", was mit dem "Kampf gegen 'Islamophobie'" abgesichert werde.

Am Ende der Rezension verwies Ley auf die Eröffnung des König-Abdullah-Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog in Wien im Jahr 2012 als Beispiel für die erfolgreiche "Islamisierung Europas".

Zur Eröffnung des König-Abdullah-Zentrums rief die ILMÖ 2012 zu einer "Mahnwache mit symbolischem Hungerstreik" auf und wurde dabei durch eine "Allianz gegen das wahabitische Zentrum in Wien" unterstützt. Zu dieser Allianz gehörten u.a. der *Freidenkerbund Österreichs* (FDBÖ), die *Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte* (GAM) und der Osnabrücker *Hintergrund-Verlag*.[172]

FDBÖ-Vorsitzender ist Gerhard Engelmayer, der zum ILMÖ-Jahresbericht beigetragen hatte (siehe oben). Engelmayer nahm als Vertreter des *Freidenkerbundes* etwa 2011 gemeinsam mit BPE-Vertreterin Elisabeth Sabaditsch-Wolff (siehe 4.4), Henrik Clausen von ICLA (siehe 4.2) und Bruce Lieske (siehe 9.3.1.8) von *ACT! for America* (siehe 7.3.1) an einem OSCE-Treffen in Wien (siehe 10.2.4.1) teil.[173]

Hintergrund-Verleger ist Hartmut Krauss, der etwa über das "1. Deutsche Islamkritikertreffen" 2007 in Wertheim berichtet hatte (siehe 9.2.3.3). Michael Ley

171 Ley, Michael: "Der Prophet in Brüssel", am 11.01.2014 in der *Die Presse*-Print-Ausgabe, seit 10.01.2014 auf *diepresse.com*, URL:http://diepresse.com/home/spectrum/literatur/1544591/Der-Prophet-in-Bruessel (Zugriff 30.01.2017).

172 Siehe den Aufruf vom 19.11.2012 unter URL: http://www.initiativeliberalermuslime.org/pressemitteilungen/19-11-2012/ (Zugriff 30.01.2017).

173 Lieske, Bruce: "Report on my Experience at the OSCE Meeting" auf: *Gates of Vienna* vom 29.11.2011, URL: http://gatesofvienna.blogspot.ch/2011/11/act-for-america-report-on-osce-meeting.html (Zugriff 30.01.2017).

hatte 2015 sein Buch "Der Selbstmord des Abendlandes – Die Islamisierung Europas" im *Hintergrund-Verlag* veröffentlicht.

Hartmut Krauss ist auch GAM-Mitbegründer. Die *Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte* (Motto: "Säkularisierung vollenden - Islamisierung beenden") wurde 2011 u.a. mit Initiatoren der *Kritischen Islamkonferenz* wie Mina Ahadi vom *Zentralrat der Ex-Muslime* (ZdE, siehe 10.1.4.7) und mit Autoren des Sammelbandes "Feindbild Islamkritik" in Osnabrück gegründet.[174]

Der Band "Feindbild Islamkritik" erschien 2010 im *Hintergrund-Verlag* und resultierte zum Teil aus der *Kritischen Islamkonferenz* 2008 an der Universität Köln.[175] Diese wurde u.a. vom *Zentralrat der Ex-Muslime* (ZdE), der *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs) und dem *Hintergrund-Verlag* organisiert. Es referierten etwa Mina Ahadi, Hartmut Krauss und Ralph Giordano (siehe 10.1.3.2), deren Beiträge im Sammelband veröffentlicht wurden. Zusätzlich erschienen u.a. Beiträge von BPE-Bundesgeschäftsführer Conny Axel Meier (siehe 10.1.3.2) und Felix Strüning, der Bundesschriftführer der Partei *Die Freiheit* war und im Juli 2012 an der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel (siehe 4.1, 10.2.4.1) teilgenommen hatte.

Felix Strüning war Geschäftsführer der 2011 in Jena gegründeten *Gustav-Stresemann-Stiftung* und leitete auch deren Stiftungsmagazin *Citizen Times*. Die *Gustav-Stresemann-Stiftung* wurde laut Website bis mindestens 2017 durch das *Middle East Forum* (MEF, siehe 4.3.1) von Daniel Pipes mitfinanziert und kooperierte "eng" mit der *International Civil Liberties Alliance* (ICLA), wie auch mit *EuropeNews* (siehe 5.3).[176] Ende 2017 wurde die *Gustav-Stresemann-Stiftung* von Funktionären der AfD übernommen, wie *Die Zeit* berichtete.[177] Demnach wurde sie von Alexander Gauland als zukünftige parteinahe Stiftung der AfD favorisiert. Schließlich machte jedoch die von Alice Weidel unterstützte *Desiderius-Erasmus-*

174 "Gründungserklärung der Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte e.V. (GAM)", URL: http://www.gam-online.de/ (Zugriff 30.01.2017).

175 Siehe URL: http://kritische-islamkonferenz.de/category/kritische-islamkonferenz-2008/ (Zugriff 30.01.2017).

176 "Partner & Sponsoren", URL: http://www.stresemann-stiftung.de/partner/ (Zugriff 30.01.2017).

177 Schmidt, Nico: "Stresemann-Stiftung erhielt Geld rechter US-Finanziers", auf: zeit.de vom 22.12.2017, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/afd-stiftung-gustav-stresemann-usa-finanzierung (Zugriff 30.09.2018).

Stiftung das Rennen.[178] Im Kuratorium sitzen dort etwa Wolfgang Ockenfels, Rainer Rothfuss und Albrecht Schachtschneider.[179]

ILMÖ-Berater Thomas Tartsch schrieb mehrfach für *Citizen Times* und verantwortete 2012 und 2013 Diskussionspapiere der *Gustav-Stresemann-Stiftung*. Tartsch erschien auch mit einem Beitrag im Sammelband "Der Islam und der Westen", der von Felix Strüning herausgegeben wurde. Andere Autoren waren etwa Daniel Pipes, *Sabatina James*, Udo Ulfkotte, Manfred Kleine-Hartlage (siehe 4.5) oder Ali Sina, Beirat der *Former Muslims United* (FMU) und Beirat von *Stop Islamization of Nations* (SION, siehe 4.2).

10.1.4.6 *Wiener Akademikerbund*

2010 wurden im Vorfeld der Wiener Gemeinderatswahl der Obmann des *Wiener Akademikerbundes* (WAB) Josef M. Müller sowie Christian Zeitz (siehe 5.3), WAB-Vorstandsmitglied und ehemaliger Landesparteisekretär der Wiener ÖVP, aus der ÖVP ausgeschlossen. Dies nachdem der WAB in einem Positionspapier die Aufhebung des NS-Verbotsgesetzes gefordert hatte.[180] Ebenfalls im WAB-Vorstand vertreten ist Elisabeth Sabaditsch-Wolff (siehe 4.4).[181] Im Mai 2011 spaltete sich die Wiener Landesorganisation schließlich von der ÖVP-Vorfeldorganisation Akademikerbund ab und wurde eigenständig.[182]

Die Haltung des *Wiener Akademikerbundes* (WAB) zum Islam war zuvor kein Grund zur Kritik der ÖVP bzw. ihrer Vorfeldorganisation. So veröffentlichte der WAB etwa 2006 eine Medienmitteilung unter dem Titel "Islam – Nicht integrierbar!". Gefordert wurde, dass Muslime nicht mehr eingebürgert werden, keine Auf-

178 Peters, Benedikt: "Die AfD schafft sich eine rechte Kaderschmiede", auf: *sueddeutsche.de* vom 30.06.2018, URL: https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulisten-die-afd-schafft-sich-eine-rechte-kaderschmiede-1.4035412 (Zugriff 30.09.2018).

179 "Kuratorium", URL: http://erasmus-stiftung.de/kuratorium (Zugriff 01.08.2018).

180 Fritzl, Martin: "NS-Verbotsgesetz: Akademikerbund macht reinen Tisch", in: *Die Presse* vom 26.03.2010, URL: http://diepresse.com/home/innenpolitik/554367/NSVerbotsgesetz_Akademikerbund-macht-reinen-Tisch (Zugriff 30.01.2017).

181 Moser, Karin: "Akademikerbund: SP kritisiert VP-Zögern", in: *Der Standard* vom 25.03.2010, URL: http://derstandard.at/1269448199376/Akademikerbund-SD-kritisiert-VP-Zoegern (Zugriff 30.01.2017).

182 Fritzl, Martin: "Verbotsgesetz-Eklat: Akademikerbund spaltet sich", in: *Die Presse* vom 04.05.2011, URL: http://diepresse.com/home/innenpolitik/657383/VerbotsgesetzEklat_Akademikerbund-spaltet-sich?from=simarchiv (Zugriff 30.01.2017).

enthaltsgenehmigung und kein Asyl mehr erhalten, wenn ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung eine bestimmte Grenze überschreitet.[183]

Im November 2008 führte der WAB gemeinsam mit der *Politischen Akademie* (PolAk) der ÖVP eine Podiumsdiskussion zu "Gibt es einen Euro-Islam?" durch. Gefragt wurde etwa nach den "[…] tatsächlichen religiösen Grundlagen des Koran, die im Spannungsverhältnis zu unserem europäischen Wertekonsens stehen". Referate hielten u.a. Christian Zeitz und Mouhanad Khorchide (ursprünglich war Tariq Ramadan vorgesehen).[184]

Kurz darauf stellte der WAB fünfzehn "Forderungen an die österreichischen Muslime". Dabei sollten sich etwa Muslime, die in den öffentlichen Dienst eintreten, von bestimmten Koranversen schriftlich distanzieren müssen. Verboten werden sollten u.a. die Burka, der Bau von Moscheen mit Kuppeln und Minaretten oder der Handel und Verkauf von geschächtetem Fleisch.[185]

2010 waren Vertreter der *Initiative Liberaler Muslime in Österreich* (ILMÖ) zur Weihnachtsfeier des *Wiener Akademikerbundes* (WAB) eingeladen,[186] im März 2011 präsentierten die zwei Organisationen schließlich ein "Integrations-Manifest" im Festsaal des *Wiener Akademikerbundes*. Unter "25 wegweisende Vorschläge & Forderungen zur Integration der Muslime in Österreich"[187] wurden etwa Punkte aus dem WAB-Forderungskatalog von 2006 (siehe oben) wiederholt und ergänzt. Die Rede ist von einem "Wildwuchs" an Moscheen, die nur durch "gesetzlich anerkannte moslemische Glaubensgemeinschaften" gebaut und betrieben werden dürften. Vereine, die ohne Erlaubnis "Gottesdienste und religiöse Lehrveranstal-

183 Zeitz, Christian: "Islam – Nicht integrierbar!", WAB-Medienmitteilung vom 05.05.2006, URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060505_OTS0159/wiener-akademikerbund-islam-nicht-integrierbar (Zugriff 30.01.2017).

184 Kasper, Christian: "Gibt es einen Euro-Islam?", PolAk-Medienmitteilung vom 05.11.2008, URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20081105_OTS0147/gibt-es-einen-euro-islam (Zugriff 30.01.2017).

185 "Wiener Akademikerbund stellt 15 Forderungen an österreichische Muslime", auf *EuropeNews* vom 22.11.2008, URL: https://de.europenews.dk/Wiener-Akademikerbund-stellt-15-Forderungen-an-oesterreichische-Muslime-84564.html (Zugriff 30.01.2017).

186 Zwander, Wolfgang: "Islam im Visier", in: *Die Zeit* vom 10.03.2011, URL: http://www.zeit.de/2011/11/A-Anti-Islamismus/komplettansicht (Zugriff 30.01.2017).

187 "Wiener Integrations-Manifest: 25 wegweisende Vorschläge & Forderungen zur Integration der Muslime in Österreich", auf: *EuropeNews* vom 04.03.2011, URL: https://de.europenews.dk/Wiener-Integrations-Manifest-25-wegweisende-Vorschlaege-Forderungen-zur-Integration-der-Muslime-in-Oesterreich-80367.html (Zugriff 30.01.2017).

tungen durchführen oder religiöse Rituale vollziehen", seien "unverzüglich aufzulösen". Moscheen dürften auch nicht betrieben werden, wenn sie "Einrichtungen anderer Staaten sind oder unter deren Einfluss stehen". Es werden Fragen wie: "Sind radikal fastende Mosleme (sic!) während des Ramaden (sic!) verkehrstauglich?" oder zu "Schweinewurst essende[n] Kinder[n] auf Schulausflügen" aufgeworfen, die auf "Integrationsunwilligkeit" schließen lassen würden. Solche Fragen aufzuwerfen, dürfe nicht als – in Anführungszeichen – "rassistisch" oder "islamophob" stigmatisiert werden. Zum "Zweck des Monitorings" und der "Aufarbeitung derartiger Probleme" seien "Task-Forces" einzurichten. Zudem sei die "Antidiskriminierungsgesetzgebung" zu revidieren, damit Arbeitgeber abweichendes "Alltagsverhalten" wie etwa "das Tragen des Kopftuches" oder "die Zur-Schau-Stellung von Gebetsritualen" nicht tolerieren müssen, wenn es nicht in deren "betriebliche[s] Umfeld passt".

Im Juni 2012 initiierte der WAB die *Identitäre Bewegung* in Wien durch eine Präsentation in den Räumlichkeiten des Akademikerbundes. Die "Gruppe von Jugendlichen" sei "patriotisch, islamkritisch, antirassistisch und konservativ" und unzufrieden "mit der selbstgefälligen Politik der herrschenden Klasse". Eingeladen waren alle, "[…] die an einer Vernetzung der vernünftigen Kräfte interessiert sind".[188]

Ende des selben Monats folgte ein "Identitärer Vortragsabend", wiederum in den Räumlichkeiten des *Wiener Akademikerbundes*. In der *Facebook*-Einladung war von einem "überalterten, impotenten Kontinent" die Rede. Es wurde u.a. gefragt: "Wie besteht oder verweht die Wiener Identität in der Zugluft der Moderne?". Es referierten dazu Christian Zeitz vom Akademikerbund, Martin Lichtmesz (siehe 4.5) von der *Sezession* und Alexander Markovics von den *Identitären*.

Am 18. Februar 2013 wurde auf *Facebook* die Gründung der *Identitären Bewegung Österreich* (IBÖ) in Wien bekanntgegeben, nachdem in der Zwischenzeit auch in anderen Landesteilen Gruppen gebildet wurden. Man sei mit der *Identitären Bewegung Deutschland* (IBD) und der *Génération Identitaire* in Frankreich "bestens vernetzt". [189]

188 Siehe unter URL: http://sosheimat.wordpress.com/2012/06/09/hinweise-pax-europa-w-i-r/ (offline, letzter Zugriff 20.08.2013).

189 Siehe URL: https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=155763527911581&id=368508229847074 (Zugriff 30.01.2017).

10.1.4.7 Ex-Muslime

D*er Österreichische Freidenkerbund* (FDBÖ) veranstaltete im April 2014 gemeinsam mit der *Gesellschaft für wissenschaftliche Aufklärung und Menschenrechte* (GAM, siehe 10.1.4.5) die Tagung "Menschenrechte statt Scharia" an der Universität Wien.[190] Unter Moderation des stellvertretenden Vorsitzenden des Freidenkerbundes referierten u.a. deren Vorsitzender Gerhard Engelmayer, Mina Ahadi vom *Zentralrat der Ex-Muslime* (ZdE) und Hartmut Krauss von der GAM. Über den Anlass berichtete die *Citizen Times* (siehe 10.1.4.5).[191]

Zwei Tage nach der Tagung wurde der "Wiener Appell: Gegen die Ausbreitung islamischer Herrschaftskultur in Europa " im Namen des FDBÖ und der GAM erstellt und im Mai veröffentlicht.[192] Schließlich beteiligte sich auch die *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) und eine weitere deutsche Organisation am Appell, so dass dieser im November erneut publiziert wurde.[193] Verbreitet wurde der Appell etwa über den BPE-Blog,[194] *PI-News*[195] und *EuropeNews*[196].

Der "Wiener Appell" bezieht sich auf die "Islamdiskussion in Deutschland und Österreich" und konstatiert einen "völlig oberflächlichen, unkritischen und unwissenschaftlichen Religionsbegriff". Es wird die Differenzierung zwischen "Islam" und "Islamismus" kritisiert und der "Mainstreamislam" als eine "menschenrechtsfeindliche Weltanschauung" angesehen, die sich in der Moderne zu "Isla-

---

190 "Menschenrechte statt Scharia", siehe URL: http://www.atheisten-info.at/infos/info1902.html (Zugriff 30.01.2017).

191 Elberfeld, Lukas: "Islam für Schwule tödlich?" auf: *citizentimes.eu* vom 27.04.2014, URL: http://www.citizentimes.eu/2014/04/27/islam-fuer-schwule-toedlich/ (Zugriff 30.01.2017).

192 "Wiener Appell", auf f*reidenker.at* vom 06.05.2014 (offline, letzter Zugriff 08.05.2014).

193 "WIENER APPELL" auf *gam-online.de* vom November 2014, URL: http://www.gam-online.de/text-Wiener%20Appell.html (Zugriff 30.01.2017).

194 "WIENER APPELL", auf: *bpeinfo.wordpress.com* vom 19.11.2014, URL: https://bpeinfo.wordpress.com/2014/11/19/wiener-appell-gegen-die-ausbreitung-islamischer-herrschaftskultur-in-europa-fur-ein-breites-bundnis-der-fortschrittlich-menschenrechtlichen-islamkritik (Zugriff 30.01.2017).

195 "'Wiener Appell' gegen Islamherrschaft in Europa", auf: *PI-News* vom 20.11.2014, URL: http://www.pi-news.net/2014/11/wiener-appell-gegen-islamherrschaft-in-europa/ (Zugriff 30.01.2017).

196 Krauss, Hartmut: "Wiener Appell - Gegen die Ausbreitung islamischer Herrschaftskultur in Europa", auf: *EuropeNews* vom 10.12.2014, URL: http://europenews.dk/de/node/87817 (Zugriff 30.01.2017).

mismus" gewandelt habe und nun dem "Westen" als ein "neuartiger islamischer Totalitarismus" entgegentrete, dem man nicht mehr uneingeschränkt "Religionsfreiheit" einräumen könne. Gefordert wird eine "nachhaltige Umwälzung der öffentlichen Debattenkultur über den Islam", da die Kritik am "grund- und menschenrechtswidrigen Islam" durch ein "antiislamkritisches Diffamierungskartell" als "rassistisch", "fremdenfeindlich" und "islamophob" verleumdet werde.

2007 initiierte die *Giordano Bruno Stiftung* (gbs, eine "Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung"[197]) mit der Medienkampagne "Wir haben abgeschworen!"[198] den *Zentralrat der Ex-Muslime* (ZdE) in Deutschland. Vorsitzende wurde die österreichische Staatsbürgerin Mina Ahadi, die gemäß dem Verfassungsschutzbericht des deutschen Bundesministeriums des Innern von 2002 Generalsekretärin der Deutschlandsektion der *Arbeiterkommunistischen Partei Iran* (API) ist, welche den "revolutionären Umsturz im Iran" (S. 211) anstrebe. Der Verfassungsschutz vermutete 2011, dass es sich beim ZdE um eine API-Umfeldorganisation handle.[199] Mina Ahadi wurde bis mindestens 2012 als Mitglied des API-Politbüros bezeichnet.[200]

Wie gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon im MIZ-Editorial[201] – der Zeitschrift des *Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) – ausführt, hatte er selbst die Idee für die Gründung des ZdE sowie für die Medienkampagne, die er schließlich leitete und die durch einen "nicht unbedeutenden Teil" (2007: 4) des gbs-Budgets getragen wurde. Michael Schmidt-Salomon hatte auch die Website der *Ex-Muslime* aufgesetzt, die von der gbs weiterhin unterstützt

197 Siehe URL: https://www.giordano-bruno-stiftung.de/ (Zugriff 30.01.2017).

198 Etwa Mönch, Regina: "Ein 'Zentralrat der Ex-Muslime'", in *faz.net* vom 05.03.2007, URL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/mina-ahadi-ein-zentralrat-der-ex-muslime-1407519.html (Zugriff 30.01.2017).

199 Laut Verfassungsschutzbericht des deutschen Bundesministeriums des Innern von 2011, S. 366.

200 Gemäß deutschsprachiger API-Website (URL: http://wpiran.org/germany/archiv.htm [offline, letzter Zugriff 25.6.2011]) und gemäß Interview im Magazin des Freidenkerbundes Österreich *freidenker* 2012, Nr. 2 (URL: http://www.atheisten-info.at/downloads/Mina_Ahadi_klagt_an.pdf [Zugriff 30.01.2017]).

201 Schmidt-Salomon, Michael: "'Wir haben abgeschworen!' Hintergründe einer erfolgreichen Kampagne" in MIZ 2007, Nr. 1: 1-5, URL: http://www.schmidt-salomon.de/Editorial107.pdf (Zugriff 30.01.2017).

wird.[202] Mina Ahadi wird bei der gbs seither unter "Mitarbeiter/Stipendiaten" geführt.[203]

Der Gründung des ZdE gingen laut Schmidt-Salomon Treffen "islamkritischer Säkularisten" (MIZ-Editorial, 2007: 1) voraus. Beteiligt waren neben Mina Ahadi u.a. Hartmut Krauss, Vertreter der gbs, IBKA oder der *Aktion 3.Welt Saar*. Letztere organisierten 2008 die *Kritische Islamkonferenz* (siehe 10.1.4.5) mit und unterzeichneten auch die "Freiburger Deklaration" (siehe 10.1.4.3).

Im September 2008 führte die nun seit Mai durch den ZdE, den *Hintergrund-Verlag* und die gbs institutionalisierte *Kritische Islamkonferenz* in Köln eine "Sonderveranstaltung" durch. Diese war gegen den "Anti-Islamisierung-Kongress" von *Pro Köln* (siehe 6.3.1) und *Pro NRW* gerichtet, an dem Vertreter von FPÖ, Lega Nord und Vlaams Belang (Schmid 2011: 118f.) sowie des *Counterjihads*[204] (siehe 4.1) teilnahmen. An der Gegenveranstaltung[205] traten Ralph Giordano, Mina Ahadi, Hartmut Krauss und Udo Ulfkotte auf.

Im Mai 2013 fand in Berlin die 2. *Kritische Islamkonferenz* zum Thema "Selbstbestimmung statt Gruppenzwang!"statt.[206] Es sprachen u.a. Hartmut Krauss, Mina Ahadi, gbs-Beirat Hamed Abdel-Samad[207] und Necla Kelek, die auch die "Freiburger Deklaration" (siehe 10.1.4.3) unterschrieben hatte und bis 2007 im gbs-Beirat saß.

Nach der Gründung des *Zentralrats der Ex-Muslime* (ZdE) im Februar 2007 wurden Ableger in anderen Ländern gegründet.[208] Im Juni 2007 wurde Mina Ahadi et-

202 "Von der gbs unterstützte Websites", siehe URL: https://www.giordano-bruno-stiftung.de/verbindungen (Zugriff 30.01.2017).

203 Siehe URL: https://www.giordano-bruno-stiftung.de/mitarbeiter/ahadi-mina (Zugriff 30.01.2017).

204 ICLA- bzw. CVF-Aktivistin Ann Marchini (siehe 4.2) berichtete als *Gates of Vienna*-Korrespondentin am 26.09.2008 unter "Gaia" und für *PI-News* am 20.09.2008 unter "Dominique Devaux" über den Anlass, wo sie u.a. mit Stefan Herre und Christine Dietrich von *PI-News* zusammentraf.

205 Eussner, Gudrun: "Sonderveranstaltung der Kritischen Islamkonferenz anlässlich des Anti-Islamisierungskongresses", auf: *EuropeNews* vom 25.08.2008, URL: https://de.europenews.dk/-Sonderveranstaltung-der-Kritischen-Islamkonferenz-anlaesslich-des-Anti-Islamisierungskongresses-111322.html (Zugriff 30.01.2017).

206 Siehe URL: http://kritische-islamkonferenz.de/programm (Zugriff 30.01.2017).

207 Siehe URL: https://www.giordano-bruno-stiftung.de/beirat/abdel-samad-hamed (Zugriff 30.01.2017).

208 Von 2010 bis 2011 existierte auch ein Z*entralrat der Ex-Muslime* in Österreich.

wa zur Gründungsveranstaltung des *Councils of ex-Muslims of Britain* (CEMB) nach London eingeladen.[209]

Im Oktober reiste Mina Ahadi wieder nach London, um die Auszeichnung "Secularist of the Year" von der *National Secular Society* entgegenzunehmen. Sie hatte sich dabei gegen Sam Harris (siehe 10.1.4.1) durchgesetzt.[210] Zu den Gratulanten gehörte Richard Dawkins, dem im selben Monat in Frankfurt ein hoch dotierter Preis der gbs verliehen wurde.[211]

In der Schweiz wurde im März 2009 ein *Zentralrats*-Ableger gegründet. An der ersten Pressekonferenz nahmen auch Mina Ahadi, Michael Schmidt-Salomon und der Co-Präsident der Freidenker-Vereinigung der Schweiz teil.[212]

Laut der Medienmitteilung zur Pressekonferenz lehnte der *Zentralrat der Ex-Muslime* in der Schweiz die anstehende Volksinitiative für ein Minarettbauverbot ab, "[…] da sie das Recht auf Religionsfreiheit untergräbt und Fremdenfeindlichkeit schüren kann".[213] In derselben Mitteilung wurde den islamischen Organisationen in der Schweiz unterstellt, an der "Einführung islamischer Herrschaftskultur in Europa" zu arbeiten, was "Isolations- und Abschottungstendenzen" forciere und "Zwietracht und Hass zwischen Einheimischen und Zuwanderern" befördere. Deshalb wird ein "Moscheebaustopp in der Schweiz" gefordert, ein "Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen" sowie die "Ersetzung des religiösen Bekenntnisunterrichts durch die Einführung eines neutralen Fachs 'Religions- und Weltanschauungskunde'".[214]

Ende März 2009 reagierte der ZdE in der Schweiz auf einen parlamentarischen Vorstoß von SVP-Nationalrat Lukas Reimann, wonach Imame staatlich überprüft werden sollten. Gemäß dem ZdE ist Religion aber "eine rein private Sache", weshalb es in der Schweiz keine Imame, "weder einheimische noch im-

209 "Launch of the Council of ex-Muslims of Britain", Medienmitteilung vom 19.06.2007 unter URL: http://www.scoop.co.nz/stories/WO0706/S00319.htm (Zugriff 30.01.2017).

210 "Mina Ahadi (ZdE) ist Säkularistin des Jahres!" Mitteilung vom 22.10.2007, URL: https://www.giordano-bruno-stiftung.de/meldung/mina-ahadi-zde-ist-saekularistin-des-jahres (Zugriff 30.01.2017).

211 "Deschner-Preis an Richard Dawkins", Ankündigung vom 01.06.2007, URL: https://www.giordano-bruno-stiftung.de/meldung/deschner-preis-richard-dawkins (Zugriff 30.01.2017).

212 Siehe URL: http://www.ex-muslime.ch/indexAktuell.html (Zugriff 30.01.2017).

213 "Seite zur Presskonferenz vom 13.3.09 in Bern", URL: http://www.ex-muslime.ch/de/pressekonferenz/text1.htm (Zugriff 30.01.2017).

214 Ebd.

portierte" brauche.[215] Ab Mai 2009 setzte sich der ZdE für ein Burka-Verbot in der Schweiz ein.[216]

Nachdem durch eine Volksabstimmung Ende November 2009 ein Minarettbauverbot in die Schweizer Bundesverfassung aufgenommen wurde, trat der schweizerische *Zentralrat der Ex-Muslime* nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Einer der letzten Einträge auf der Website thematisierte nochmals die Anti-Minarett-Abstimmung. Wiederum wurde die Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen, da es sich bloß um einen "Kampf gegen ein Symbol" handle. Da Religion "in erster Linie eine private Angelegenheit" sei und zudem Integration behindere, sprach man sich "gegen den Bau von Moscheen" aus.[217] Die Websites des schweizerischen und des deutschen ZdE verlinken auf *Jihad Watch*, den Blog von Robert Spencer (siehe 9.2.5).[218]

Mina Ahadi trat verschiedentlich zusammen mit Hartmut Krauss auf, im Februar 2009 etwa bei der Seminarveranstaltung "Islamophobie – Krankheit oder Totschlagsargument" der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) in Stuttgart, wo sie mit Willi Schwend und Wilfried Puhl-Schmidt auf dem Podium saßen.

10.1.4.8 Innerislamische vs. innergesellschaftliche Islamdebatte

Durch die öffentliche Etablierung der oben angeführten, z.T. multi- oder explizit nicht-religiösen, Organisationen wurden innergesellschaftliche "islamische" Ansprechpartner geschaffen, die es erlauben, bestehende muslimische Vertretungen zu umgehen. Diese neuen Dialog-Partner sollen mit zivilgesellschaftlicher und politischer Unterstützung innerislamische Reformdebatten anstoßen, um auf gesamtgesellschaftliche Ziele wie etwa Integration und Sicherheit hinzuwirken.

Allerdings ist eine innerislamische Diskursteilnahme der neuen "alternativen" Organisationen kaum festzustellen, da es deren Vertreter einerseits vorziehen,

---

215 "Wir brauchen keine Imame", ZdE-Stellungnahme vom 23.03.2009, URL: http://www.ex-muslime.ch/indexAktuell.html (Zugriff 30.01.2017).

216 "Stellungnahme des Zentralrates der Ex-Muslime zum Burkaverbot in der Schweiz" vom 07.05.2009, URL: http://www.ex-muslime.ch/indexAktuell.html (Zugriff 30.01.2017).

217 "Position des Zentralrates der Ex-Muslime Schweiz zur Anti-Minarett-Initiative" vom 22.10.2009, URL: http://www.ex-muslime.ch/de/aktuell/20091022.htm (Zugriff 30.01.2017).

218 Siehe URL: http://exmuslime.com/links/ bzw. http://www.ex-muslime.ch/indexLinks.html (Zugriff 30.01.2017).

innerhalb einer gesamtgesellschaftlichen Islamdebatte *über* Muslime und deren Organisationen zu sprechen und dabei andererseits ein für diese islamischen Organisationen kaum anschlussfähiges Vokabular verwenden.

Zur Gründung des FFI hatte die NZZ beispielsweise darauf hingewiesen, dass dem Vorstand "kein einziger Islamwissenschafter angehört" und dieser "vorwiegend aus jungen gebildeten Musliminnen der zweiten Generation" bestehe.[219] Man hätte bei einem *Forum für einen fortschrittlichen Islam* auch nach islamisch-theologischer Expertise fragen können; es schien aber wohl klar, dass sich das Forum nicht innerhalb eines islamisch-religiösen, sondern innerhalb eines gesellschaftspolitischen Diskurses verortet.

In diesem gesellschaftspolitischen Diskurs wird durch die "alternativen" Organisationen u.a. vor "Parallelgesellschaften" gewarnt und insbesondere eine Stärkung der Individualrechte von Mädchen und Frauen eingefordert; Themen sind hier etwa Zwangsheiraten oder die weibliche Genitalverstümmelung (englisch: *female genital mutilation*, FGM). Wenn dabei religiös konnotierte Begriffe wie "Scharia" oder "Koran" Verwendung finden, dann vor allem in der Ursachenbeschreibung von Missständen in Abgrenzung etwa zu "Menschenrechten", die als nicht-islamisch begriffen werden. Dadurch wird der Eindruck verstärkt, dass die Konfliktlinie zwischen einem säkular-fortschrittlichen und aufgeklärt-pluralistischen nicht-islamischen "Westen" einerseits und einem reformbedürftigen, einförmig religiös-kulturalisierten "Islam" andererseits bestehen würde.

Die von den neuen Dialog-Partnern vertretenen Positionen legen die Vorstellung nahe, dass innerislamische Reform und gesellschaftliche Integration dann erfolgreich sind, wenn der Einfluss islamischer Organisationen möglichst eingedämmt wird, da "der Islam" an sich als größtes Integrationshindernis sowie Quelle terroristischer Bedrohung ausgemacht wird. Dazu wird etwa – wie oben beschrieben – die Überwachung oder Kontrolle von islamischen Organisationen, Moscheen und Muslimen im Allgemeinen gefordert.

Was sich herauskristallisiert, ist ein Fortschrittsverständnis, das auf Privatisierung von Religion und Individualisierung von Glauben fußt. Das Heil wird in einer Überwindung kollektiver islamischer Identität gesehen, wodurch Islam in der Gesellschaft nicht mehr durch islamische Gemeinschaften, sondern nur noch durch muslimische Staatsbürger repräsentiert wird. Deshalb werden Forderungen nach separater Regelung von Abläufen und Gesetzgebungen unter Rücksichtnahme auf religiös begründete Bedürfnisse – etwa in Bezug auf Essen (*ḥalāl*), Be-

219 "Das Forum für einen fortschrittlichen Islam wird aktiv", in: NZZ vom 14.12.2005, URL: http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/articleDERJ1-1.190812 (Zugriff 01.11.2016).

kleidung (Kopftuch), Gebet (Gebetsräume und -möglichkeit) oder Tod (Friedhöfe) – generell als unnötige und integrationshemmende "Sonderrechte" delegitimiert.

Paradox erscheint in diesem Zusammenhang, dass "islamische" Organisationen benötigt werden, um kollektive islamische Repräsentation zu überwinden. Dies liegt in der Diskurslogik der innergesellschaftlichen Islamdebatte begründet, wonach in erster Linie Ansprechpartner benötigt werden, um vordringlich islamistisch motivierten Terrorismus zu bekämpfen oder Integration von Muslimen einzufordern. Über die Suche nach Verbündeten zur Umsetzung dieser Ziele hinaus scheint in der Islamdebatte jedoch keine gesellschaftliche Anerkennung und Teilhabe von Muslimen auf Augenhöhe angestrebt zu werden.

Deshalb können zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich beispielsweise für Frauenrechte einsetzen, insbesondere dann mit (massenmedialer) Aufmerksamkeit rechnen, wenn sie sich als islamische Ansprech- und Dialogpartner in Szene setzen (lassen).[220] Dies bringt einige Vertreterinnen und Vertreter ins Dilemma, dabei primär als "Muslime" markiert zu werden (oder sich auf Nachfrage als solche bekennen zu müssen), wo sie doch gerade darum kämpfen, als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit privat gehaltenem Glauben angesehen zu werden. Dies betrifft neben den selbsterklärten "säkularen" Muslimen auch z.B. eine Atheistin wie Mina Ahadi, wenn sie sich darüber beschwert, am Fernseh-Bildschirm etwa mit "Mina Ahadi, muslimische Frau" untertitelt zu werden.[221]

Dadurch, dass Forderungen nach Überwachung oder nach Verboten von bestimmten islamischen Organisationen, Moscheen oder Kopftüchern aus einer innermuslimischen Debatte zu kommen scheinen, werden diese gegen den Vorwurf der Islamfeindlichkeit immunisiert und können in Zitatform in der Islamdebatte verwendet werden.

---

220 2005 teilte etwa Ayaan Hirsi Ali Muslime in einem Kommentar in der *Weltwoche* (Nr. 31) in drei Gruppen ein: Terroristen, Reformer und der große Rest, um den erstere buhlen würden. Sie selbst, "als Muslimin geboren und aufgewachsen", zähle sich zu den Reformern, die sich für eine "offene Gesellschaft" einsetzen würden. Die Gruppe der "Unentschiedenen" würde sich noch in einem "Zustand kognitiver Dissonanz" befinden, da sie Mohammed dazu auffordere "Ungläubige abzuschlachten", was ihnen aber widerstrebe. Im amerikanischen Magazin *reason* erklärte sie sich im November 2007 dagegen als Atheistin, die bereits im Mai 2004 (sic!) dem Islam und allem Religiösen abgeschworen hätte. Sie mache keinen Unterschied zwischen Islam und radikalem Islam, da der Islam insgesamt besiegt werden müsse: "I think that we are at war with Islam".

221 Lau, Jörg: "'Wir haben abgeschworen' – Ex-Muslime bilden 'Zentralrat'", *blog.zeit.de* vom 28.02.2007, URL: http://blog.zeit.de/joerglau/2007/02/28/wir-haben-abgeschworen-ex-muslime-stellen-sich-vor_339 (Zugriff 30.01.2017).

10.1.5 Fünfte Kolonne und deren Unterstützer

Die Vorstellung eines "Kampfes der Kulturen" (siehe 2.4) unterteilt die Welt in Kulturkreise, die sich grundsätzlich voneinander unterscheiden und deshalb auch voneinander getrennt bleiben müssen, wollen Konflikte vermieden werden. Dies kann dazu führen, dass muslimische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger oder langjährige muslimische Einwohnerinnen und Einwohner etwa in der Schweiz oder in Deutschland als "Gäste" betrachtet werden, die ihren Gastgebern nicht zur Last fallen und keine Ansprüche stellen sollten. Prekär wird die Lage muslimischer Minderheiten, wenn sie als verlängerter Arm eines Landes oder eines Kulturkreises wahrgenommen werden. Dann fallen sie nicht mehr unter die Vorstellung eines gesellschaftlichen Pluralismus, sondern unter Schlagworte wie "Parallelgesellschaft". Vorwürfe, dass Muslime den Westen unterwandern würden, um eines Tages die Macht zu übernehmen und die Gesellschaft nach ihren (völlig anderen) Vorstellungen zu gestalten, haben wir unter 10.1.1 bis 10.1.4 gesehen. Hier geht es in einem ersten Teil um die Verknüpfung von Christenverfolgung (siehe 9.3) und Islamfeindlichkeit (siehe 2.1) zum Nachteil der muslimischen Minderheiten. Daraufhin (siehe 10.1.5.2) wird mit der Eurabia-Theorie eine verbreitete Verschwörungstheorie dargestellt, die muslimische Migration nicht nur als kolonisierende "Islamisierung" versteht, sondern europäischen "Eliten" auch noch unterstellt, die "Islamisierung" durch Absprachen zu befördern, um die Bevölkerungsstruktur Europas in ihrem Sinne umzugestalten.

10.1.5.1 Christenverfolgung und Reziprozitätsforderung

Seit den 1990er Jahren wird bei umstrittenen Moschee- oder Minarettbauprojekten im deutschsprachigen Raum regelmäßig auf die Schwierigkeit verwiesen, etwa Kirchen in mehrheitlich muslimischen Ländern zu erbauen. Daraus wird die Forderung nach Reziprozität abgeleitet, wonach Muslime in mehrheitlich christlichen Ländern erst dann religiöse Bauten erstellten dürften, wenn in "ihren" Ländern im Gegenzug christliche Bauten erstellt und werden das religiöse Leben nicht repressiven Maßnahmen ausgesetzt wird (Halm 2008: 21f.).

Der Reziprozitätsgedanke macht muslimische Minderheiten im "Westen" zu Repräsentanten einer "islamischen Welt", die für die Diskriminierung von Christen in Ländern wie Ägypten, Saudi-Arabien oder dem Iran in die Pflicht genommen werden. Deshalb folgen nach islamistisch motivierten Anschlägen auch reflexartig Forderungen an islamische Organisationen, sich von den Gewalttaten zu distanzieren, da hierbei Muslime nicht ebenfalls als von der Gewalt betroffen angesehen werden, sondern in eine Art Sippenhaft mit den Tätern genommen werden. Die muslimische Minderheit soll ihre Loyalität durch Distanzierungen und

Zugehörigkeitsbekenntnisse stets wieder neu versichern müssen, selbst – oder gerade dann –, wenn man ihren Bekundungen misstraut (siehe 10.1.3).

Alexander Häusler stellte in Deutschland eine "Kulturalisierung der öffentlichen Debatte" (2008: 166) fest und verwies auf eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Mai 2006, wonach sich 56 Prozent der Befragten für ein Verbot von Moscheebauten in Deutschland ausgesprochen hätten, weil in „manchen islamischen Ländern keine Kirchen gebaut werden dürfen". Ebenso viele hätten auch die Ansicht vertreten, es herrsche "zur Zeit ein Kampf der Kulturen" (ebd., vgl. 2.4).

Nach dem per Volksabstimmung im November 2009 durchgesetzten Minarettbauverbot in der Schweiz rechtfertigten 16 Prozent der JA-Stimmenden das Verbot spontan als Vergeltungsmaßnahme gegen die Diskriminierung von Christen in islamischen Ländern. Bei der gezielten Frage nach einer Beurteilung der Reziprozitätsforderung: "Ein Minarettverbot ist gerechtfertigt, weil die Ausübung der christlichen Religion in islamisch geprägten Staaten auch eingeschränkt wird" zeigte sich in derselben Wählernachbefragung eine Mehrheit von 56 Prozent der Abstimmenden eher oder sehr damit einverstanden, unter den JA-Stimmenden waren es 86 Prozent (Hirter und Vatter 2010: 23-25).

Frank Mathwig, Ethik-Beauftragter des *Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes* (SEK), schrieb zur Verknüpfung von Christenverfolgung (siehe 9.3) und Minarettbauverbot von einer "Vergeltungslogik", die eine "moralische Pattsituation" suggerieren würde. In den Ohren jener, die in die Schweiz geflohen seien, weil sie in jenen Ländern selbst verfolgt wurden, müsse das "zynisch klingen". Dadurch würden sie für die politisch prekären Zustände in den Herkunftsländern mitverantwortlich gemacht, wobei "ihre Anerkennung als Rechtssubjekte" in Frage gestellt werde (Mathwig 2009: 155-159).

Vor der Abstimmung hatte Henryk Broder die Anti-Minarett-Initiative als "albern" bezeichnet, da sie "das Kind nicht beim Namen nennen" wolle. Klüger wäre es demnach, den Bau von Moscheen in der Schweiz, Deutschland oder Österreich an eine Bedingung zu knüpfen: "Bei uns können Moscheen gebaut werden, wenn bei euch Kirchen gebaut werden dürfen."[222] Bereits 2008 befand Broder, man könne "die Frage der Moscheen und Minarette" nicht diskutieren, ohne die "globale Komponente" zu berücksichtigen. Man sollte "auf Gegenrecht" bestehen. Sollten "die Saudis" etwa "weiterhin keine christlichen Kirchen in Mekka zulassen", so sol-

222 Broder, Henryk: "Die hohe Schule der Kapitulation. Das Gesicht der Schweiz", in: *Schweizerzeit* vom 06.11.2009, S. 5 (Erstabdruck in *Die Weltwoche* Nr. 43, 2009).

le "Europa" entscheiden, ob es die "Moscheen und Minarette bei uns abreißen" oder einfach "wie bisher" weitermachen wolle.[223]

Auch Udo Ulfkotte (siehe 9.1.1.2) empfahl vor der Anti-Minarett-Abstimmung das Reziprozitätsprinzip: In einem *Schweizerzeit*-Leitartikel beschrieb Ulfkotte, wie Christen unter muslimischer Herrschaft seit je her systematisch unterdrückt würden. So hätten Muslime etwa in ihrem Einflussgebiet überall Kirchen geplündert und zerstört. Mit "Brachialgewalt" würden sie daran arbeiten, ihre Länder "christenfrei" zu machen. Die Schweizer sollten nun die Muslime "getrost" so behandeln, "wie diese auch Sie behandelt wissen wollen".[224]

Damit hatte Ulfkotte auch zum Ausdruck gebracht, dass Muslime, die er ironisierend als "unsere Mitbürger" bezeichnete, keine Schweizer sind. Etwas ernsthafter meinte es wohl der damalige Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, als er sich vor der Abstimmung in einer Videobotschaft gegen das Minarettbauverbot aussprach, indem er für "Gastfreundschaft" gegenüber "unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern" plädierte. Denn gastfreundlich sei er in arabischen Ländern empfangen worden. In der NZZ wurde dazu kritisch angemerkt, dass der Bundespräsident "ein seltsames Verständnis der Schweizer Muslime" offenbare. Ihre Religionsfreiheit sollte nicht "von der Gastfreundschaft in anderen Ländern" abhängen und auch nicht "vom Umgang arabischer Staaten mit christlichen Minderheiten".[225]

Auch die *Schweizerische Evangelische Allianz* (SEA, siehe 6.1.1) schrieb in ihrer Stellungnahme vor der Anti-Minarett-Abstimmung vom "Gastrecht der Schweiz", das die Muslime mit "Forderungen nach Sonderrechten und Ausnahmebewilligungen" nicht "überstrapazieren" sollten. Sie werden gebeten, "aus freien Stücken" auf den Bau von Minaretten zu verzichten. Ein Verbot wurde aber abgelehnt.[226]

Bereits 2007 verfasste die SEA-Fachgruppe *Arbeitsgemeinschaft für Interkulturelle Zusammenarbeit* (AGiK) eine Orientierungshilfe für Christen, da durch die zu-

---

223 Broder, Henryk: "Verlogener Widerstand", in: *Das Magazin* vom 09.02.2008. Bemerkenswerterweise ordnet sich der jüdische Publizist in dieser Wir/Ihr-Unterscheidung einem *christlichen Europa* unter.

224 Ulfkotte, Udo: "Das Minarett und die Folgen. Die schleichende Islamisierung Europas", in: *Schweizerzeit* vom 06.11.2009, S. 1f.

225 Gemperli, Simon: "Präsidialvideos", auf: *nzz.ch* vom 18.11.2009, URL: https://www.nzz.ch/praesidialvideos-1.4030741 (Zugriff 30.01.2017).

226 Stellungnahme der SEA vom März 2009: "Minarette verbieten hilft Kirchen und Christen nicht. Die Schweizerische Evangelische Allianz zur Debatte um ein Minarettverbot". Zürich, S. 10.

nehmende Opposition gegen Minarette "in der SEA und in Freikirchen" eine "Unsicherheit im Umgang mit dem Islam" festgestellt worden sei. Religiöse Minderheiten sollten daher gemäß Nachrichtenagentur "von unnötigen Provokationen absehen", u.a. sollten Grundstücke für Moscheen "von Nicht-Muslimen zurückgekauft werden können".[227]

Kurz nach der Anti-Minarett-Abstimmung wurde von der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG, siehe 6.1) eine Stellungnahme veröffentlicht, wonach das Ergebnis des Schweizer Volksentscheides mit "Verständnis und Zustimmung aufgenommen" wurde. Die IKBG verstehe das Nein zum Bau von Minaretten "als ein Nein zum politischen Machtanspruch des Islam und zur Überfremdung der christlich-abendländischen Kultur". Für den Islam bleibe das Ziel die "Islamisierung der ganzen Welt mit der damit bestimmenden Rechtsprechung durch die Scharia gemäß dem Koran." Gleichzeitig wird die Diskriminierung und Verfolgung der "christliche[n] Minderheiten in den meisten islamischen Ländern" verurteilt und ein "leidenschaftliche[s] Eintreten für die Religionsfreiheit der Christen gerade auch in islamischen Ländern" gefordert.[228]

Auch Daniel Pipes (siehe 4.3.1) begrüßte das Minarettbauverbot in *Die Welt* als ein weitreichendes Signal über die Grenzen der Schweiz hinaus. Es bestätige und ermutige den "Widerstand auf dem gesamten Kontinent gegen die Islamisierung" und könnte gar "einen möglichen Wendepunkt für den europäischen Islam" bedeuten. Denn es werde gefragt, weshalb Christen anderswo unter "Erniedrigungen" leiden müssten, "während die Muslime in historisch christlichen Ländern volle Rechte genießen" würden. Pipes nennt drei Zukunftsaussichten: "[A]lle kommen miteinander aus, Muslime dominieren, Muslime werden abgelehnt". Während er ersteres für "höchst unwahrscheinlich" hält, könnte letztere Perspektive dank der Schweizer Abstimmung an Boden gewinnen, da diese eine "möglicherweise wichtige Legitimation antiislamischer Ansichten" darstelle.[229]

Da neben der SEA auch die evangelisch-reformierten und römisch-katholischen Landeskirchen das Minarettbauverbot ablehnten, ihre Mitglieder jedoch stark für "Christenverfolgungen" sensibilisiert wurden (siehe 9.3), sahen sich die Kirchen zunehmend veranlasst, auf diesem Feld aktiver zu werden.

---

227 "Opposition gegen Minarette: Evangelische Allianz will Christen Orientierungshilfe geben", *SDA*-Meldung vom 07.02.2007.

228 "Stellungnahme der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften zum Schweizer Volksentscheid" vom 09.12.2009.

229 Pipes, Daniel: "Schweizer Minarette und der europäische Islam", in: *Die Welt* vom 10.12.2009. Der Artikel erschien bereits am Tag zuvor in Englisch in der *Jerusalem Post.*

In der NZZ wurde zwei Monate vor der Anti-Minarett-Abstimmung festgestellt, dass die Stellungnahmen der Kirchen und die Diskussionen um die Rechte der Muslime in der Schweiz "einen gewissen Druck auf die christlichen Gemeinschaften" ausüben würden, "[…] ihr an sich nicht neues Engagement für die vielen Glaubensgeschwister in der Welt zu konkretisieren, die ihrerseits in einer Minderheitsposition leben und oft sehr bedrängt sind". So habe etwa der SEK eine Broschüre zu dem Thema herausgegeben und mehrere Kirchen hätten Projekte gestartet.[230]

Diese Projekte waren einerseits auf Friedens- und Versöhnungsarbeit in Konfliktgebieten ausgerichtet, andererseits sollten auch direkt verfolgte Christen unterstützt werden. Die Präsidentin der Reformierten Landeskirche Aargau forderte, dass Muslime "ihre Religiosität auch mit einem Minarett ausdrücken dürfen", umgekehrt sollte sich die Schweiz aber gegen die Verfolgung von Christen – etwa in Iran, Eritrea oder (Nord-)Nigeria – aussprechen und "einer bestimmten Anzahl" Christen auch Schutz in der Schweiz bieten.[231]

Als Informationsgrundlage wird auf die Öffentlichkeitsarbeit der christlichen Hilfs- und Missionsorganisationen (siehe 9.3.1) referiert, so berief sich etwa der Zürcher Kirchenrat 2009 in seinem Bericht[232] an die Kirchensynode auf die Zahl von "200 Millionen Christen in Bedrängnis" (S. 4). Es wurde gefordert, dass sich die evangelisch-reformierte Landeskirche "verstärkt für bedrängte Christen einsetzen" solle (S. 15). Für den Kollektenplan wurden neue Projekte angeführt und zur Unterstützung weiterhin explizit etwa die *Mission am Nil* (siehe 9.3.2) und *Christian Solidarity International* (CSI, siehe 6.2.1) empfohlen.

Nach der Anti-Minarett-Abstimmung zeigte sich, dass Angehörige von christlichen Kirchen der Volksinitiative überdurchschnittlich stark zugestimmt hatten, während sie etwa von Personen, die sich als religionslos bezeichnen, abgelehnt wurde (Hirter und Vatter 2010: 21). Die Konfessionslosen unterschieden sich auch signifikant von Protestanten und Katholiken in der Beurteilung der Reziprozitätsforderung. So lehnten sie die Aussage: "Ein Minarettverbot ist gerechtfertigt, weil

230 Wehrli, Christoph: "Einsatz für bedrängte Christen im Irak", in: *NZZ* vom 04.09.2009.

231 Küng, Mathias: "Hilfe an verfolgte Christen: Engagement der reformierten Kirchen Aargau und Solothurn", in: *Aargauer Zeitung* vom 25.08.2009, S. 18.

232 Der Bericht des Kirchenrates an die Kirchensynode der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich betreffend "Einsatz für verfolgte Christen" wurde Anfang September 2009 den Medien vorgestellt. Dieser Bericht wurde 2006 beantragt, lag bereits im Juli 2009 vor und galt erst für die Kirchensynode im Dezember 2009.

die Ausübung der christlichen Religion in islamisch geprägten Staaten auch eingeschränkt wird" mehrheitlich ab.[233]

Einige Monate nach der Abstimmung stellte die *NZZ am Sonntag* fest, dass der Zürcher Kirchenrat im Dialog mit den Muslimen den Ton verschärft habe. Die reformierte Kirchen-Exekutive habe den muslimischen Dachverbänden etwa vorgehalten, dass sie sich "bis heute nicht eindeutig und bedingungslos für die Akzeptanz des schweizerischen Rechtssystems ausgesprochen" hätten. Der "schärfere Ton des Kirchenrats" werde von Experten des interreligiösen Dialogs allerdings weniger als Signal an die Muslime beurteilt, sondern sei vielmehr an die Schweizer Bevölkerung gerichtet, die "zurzeit sehr verunsichert" sei. Denn im Gespräch mit anderen Religionen seien immer auch schon die Differenzen angesprochen worden, wobei am "Bekenntnis der Muslime zum Schweizer Rechtssystem" nie gezweifelt worden sei.[234]

In den letzten Jahren wurde auch der Druck auf die Politik erhöht, sich explizit für christliche Minderheiten einzusetzen und christliche Flüchtlinge prioritär aufzunehmen. In Deutschland arbeitet die christliche CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dabei eng mit Evangelikalen zusammen. So stammen die Informationen zur "Christenverfolgung" etwa oft von *Open Doors* (siehe 9.3.1.1),[235] deren Experten etwa zusammen mit IGFM- und IIRF-Vertretern – wie Thomas Schirrmacher (siehe 9.3.1.3) – angehört werden.[236] Thomas Schirrmacher wurde im Juni 2015 in die Arbeitsgruppe "Christenverfolgung" des Bundesfachausschusses "Aussen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik" der CDU Deutschlands berufen. Er ist auch "Sachverständiger für Religionsfreiheit und Christenverfolgung" des *Evangelischen Arbeitskreises* (EAK) der CDU/CSU, einer offiziellen Parteiorganisation der beiden Unionsparteien.[237] Dort ist auch seine Ehefrau Christine Schirrmacher (siehe 9.1.2.1) Sachverständige, die ebenfalls EAK-Positionspapiere verfasst.

---

233 Eigene Auswertung der Wählernachbefragung (Datensatz VOX 101).

234 Herren, Matthias: "Zürcher Kirchenrat kritisiert Muslime", in: *NZZ am Sonntag* vom 30.05.2010.

235 Die 30-seitige Broschüre der CDU/CSU-Fraktion "Unsere Politik – Religionsfreiheit verteidigen, Christen schützen" vom Januar 2011 stützt sich bspw. praktisch ausschließlich auf Material von *Open Doors*.

236 Steinbach, Erika: "Weltweites Engagement für verfolgte Christen. Das 'C' ist für uns Programm", Medienmitteilung zur Experten-Diskussion mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 22.02.2013.

237 Siehe URL: http://www.thomasschirrmacher.info/aemter/ (Zugriff 30.01.2017).

Im Januar 2017 hatte der US-amerikanische Präsident Donald Trump ein befristetes Einreiseverbot für Menschen bestimmter Nationalitäten verfügt, das als "Muslim ban"[238] bekannt wurde. Demnach bezog sich das Verbot auf sieben Länder mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, wobei Flüchtlinge aus religiösen Minderheiten – also nicht-muslimische Flüchtlinge – explizit davon ausgenommen wurden.[239] Mit dem "Muslim ban" versuchte Trump ein Wahlkampfversprechen vom Dezember 2015 umzusetzen (siehe 10.1.1).

Eine evangelikale Plattform berichtete nun von Befürchtungen, dass durch den Sonderstatus für Christen ein Keil zwischen Christen und Muslime getrieben werde. Denn Muslime könnten in der Ansicht bestärkt werden, dass es sich bei den christlichen Minderheiten um "Vorposten des Westens" handle, wodurch diese von ihren muslimischen Nachbarn entfremdet würden.[240] Auch im oben erwähnten Bericht des Zürcher Kirchenrates betreffend "Einsatz für verfolgte Christen" wurde festgehalten: "Oft werden die Christen in den islamischen Ländern als Verbündete des Westens und damit als 'innere Feinde' angesehen und entsprechend angefeindet – obwohl sie, ethnisch gesehen, meistens zu den Einheimischen zählen. Diese Sicht wird oft noch dadurch bestärkt, dass es (insbesondere amerikanische) Missionswerke gibt, die in islamischen Ländern auf problematische Weise tätig sind".[241]

10.1.5.2 Eurabia-Verschwörung

"Eurabia" bzw. "Eurabien" ist ein Begriff, der durch *Bat Ye'or* (hebräisch: "Tochter des Nils") in den Diskurs eingeführt wurde (zur Rezeption im *Counterjihad* siehe 4.5, zu *Ye'ors* zentraler Stellung im Gesamtnetzwerk siehe 5.1.2 mit Abb. 5.2). Unter diesem Pseudonym publiziert die in der Schweiz lebende jüdische Historikerin Gisèle Littman, die als Gisèle Orebi mit einer französischen Mutter und einem italienischen Vater in Ägypten aufwuchs und dort eine französische Schule be-

238 Siehe "EDITORS' NOTE: ThinkProgress will call Trump's order a Muslim ban", Kommentar des Thinktanks *ThinkProgress* vom 31.01.2017 unter URL: https://thinkprogress.org/thinkprogress-will-call-trumps-order-a-muslim-ban-e1f42b6eb6f (Zugriff 20.02.2017).

239 Ebd.

240 Scharnowski, Reinhold: "Das Trump-Dilemma. Christen in islamischen Ländern fürchten Vergeltung", auf: *livenet.ch* vom 13.02.2017, URL: http://www.livenet.ch/magazin/gesellschaft/ethik/304907-christen_in_islamischen_laendern_fuerchten_vergeltung.html (Zugriff 13.02.2017).

241 Bericht des Kirchenrates an die Kirchensynode der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich betreffend "Einsatz für verfolgte Christen" vom 08.07.2009, S. 8.

suchte. Die Familie emigrierte aufgrund der Suez-Krise nach England, wo Gisèle Orebi David Littman heiratete und mit ihm als nun britische Staatsbürgerin in den 1960er Jahren in den frankophonen Teil der Schweiz zog, da David Littman als Lobbyist bei der UNO in Genf arbeitete.[242] David Littman vertrat etwa CSI bei der UNO (siehe 7.1.2).

Als Voraussetzung für *Ye'ors Eurabia*-These gilt für Carr (2006: 8) die Annahme einer islamischen Verschwörung zur Unterwerfung Europas sowie die Annahme, dass eine europäische Elite im Geheimen alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen Europas in unterwürfige Instrumente des *Jihads* verwandelt. Zusätzlich konstatiert *Ye'or* gemäß Shooman (2008: 74f.) eine unterwürfige Geisteshaltung gegenüber immer mächtiger werdenden Muslimen in Europa: Das "Dhimmitum" bzw. "Dhimmitude". Sie schließt damit an den arabischen Begriff *dhimmī* an, der sich auf Nicht-Muslime bezieht und so viel wie "Schutzbefohlener" bedeutet.

Zum 2005 veröffentlichten Buch „Eurabia: The Euro-Arab Axis" schrieb *Ye'or* auf ihrer Website: "This book is about the transformation of Europe into 'Eurabia', a cultural and political appendage of the Arab/Muslim world. Eurabia is fundamentally anti-Christian, anti-Western, anti-American, and antisemitic. The institution responsible for this transformation, and that continues to propagate its ideological message, is the Euro-Arab Dialogue, developed by European and Arab politicians and intellectuals over the past thirty years."[243]

Den Begriff „Eurabia" verwendete *Ye'or* bereits seit 2002 in französischen, italienischen und englischen Aufsätzen. 2003 und 2004 erschienen Artikel von ihr im *Frontpage Magazine*. 2004 veröffentlichte Robert Spencer (siehe 9.2.5), den Carr (2006: 9) einen der feurigsten Bewunderer *Ye'ors* nennt, im *Frontpage Magazine* den Artikel "The Rise of Eurabia" mit Bezug auf *Ye'or*.[244]

Erst nach 9/11 publizierte der *Resch Verlag* 2002 das erste Buch von *Bat Ye'or* in Deutsch: "Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam. 7.-20. Jahrhundert. Zwischen Dschihad und Dhimmitude". Laut einem CSI-Bericht auf *jesus.ch* wurde die deutsche Übersetzung des Buches von CSI (siehe 6.2.1) finanziert.[245]

---

242 Informationen von ihren Websites http://www.dhimmi.org/ (offline), http://www.dhimmitude.org/ und aus ihren Interviews.

243 http://www.dhimmi.org/Eurabia.html (offline, zuletzt 22.8.2011).

244 Spencer, Robert: "The Rise of 'Eurabia'" vom 18.03.2004, URL: http://archive.frontpagemag.com/readArticle.aspx?ARTID=13756 (Zugriff 14.01.2017).

245 "Sklaverei und Glaubensverfolgte in unserer Zeit", CSI-Bericht auf *jesus.ch* vom 22.05.2003, URL: http://www.jesus.ch/themen/kirche_und_co/interkulturelles_mission/not_und_ent

Nach 9/11 trat Walid Phares als Sprecher der *Coalition for the Defense of Human Rights* (CDHR) auf, die 2002 bei der UNO in New York City demonstrierte, um die UNO aufzufordern, die *Jihad*-Ideologie des radikalen Islams zu verurteilen. Außerdem sollte die UNO zur Kenntnis nehmen, dass auch andere Opfer der *Jihads* existierten.[246] Die CDHR vertritt seit den frühen 1990er Jahren diverse christliche Organisationen von Kopten, Assyrern oder Maroniten, darunter etwa die *World Maronite Union* (WMU), wo Phares als Generalsekretär fungiert. Das *World Council for the Cedars Revolution* (WCCR) von John Hajjar gehört ebenso zur CDHR wie zur *Coalition Against Terrorist Media* (CATM) von FDD und EFD (siehe 10.1.2.1).

CDHR-Generalsekretär war der 2014 verstorbene Pfarrer Keith Roderick, der auch CSI-Repräsentant in Washington, D.C. war. CSI gehört ebenfalls zum CDHR, wie auch das *Institute on Religion and Democracy* (IRD, siehe 9.3.1.8) und die kurz nach 9/11 gegründete FDD.

Der europäische CDHR-Zweig wurde von David Littman und seiner Frau *Bat Ye'or* über deren Websites dhimmi.com und dhimmitude.com geleitet, die zudem das *Journal for the Study of Dhimmitude* (JSD) herausgaben.

Nach der CDHR-Jahreskonferenz 2004 wurde eine Pressekonferenz im US-Capitol in Washington, D.C. durchgeführt. Pfarrer Roderick moderierte dazu ein Panel der Experten von der Konferenz, darunter Walid Phares und Nina Shea, der Direktorin des "Centers for Religious Freedom" am *Hudson Institute* (siehe 5.2). Pfarrer Roderick begrüßte neue Organisationen in der CDHR, darunter Robert Spencers *Jihad Watch* oder den *Serbian Unity Congress* und forderte dazu auf, *Bat Ye'ors* 2005 erscheinendes Buch zu "Eurabia" über die CDHR vorzubestellen.[247]

Im April 2005 organisierten Pfarrer Roderick, David Littman, John Eibner (siehe 5.3) und Pfarrer Stückelberger von CSI "a major Parallel NGO Day Conference"[248], die im Rahmen der "61st session of the UN Commission on Human Rights" im Palais des Nations in Genf unter dem Titel "Conference VICTIMS OF JIHAD: Muslims, Dhimmis, Apostates, and Women" durchgeführt wurde. Sessi-

---

wicklungshilfe/114212-sklaverei_und_glaubensverfolgte_in_unserer_zeit.html (Zugriff 14.01.2017).

246 Moore, Art: "Victims of jihad to rally at U.N." auf: *wnd.com* vom 01.08.2002, URL: http://www.wnd.com/2002/01/12289/ (Zugriff 14.01.2017).

247 "Coalition for the Defense of Human Rights Minutes of Annual Meeting November 19 & 20 2004" Bericht auf *dhimmi.com* (offline, letzter Zugriff 13.06.2012).

248 "NGO PARALLEL HRC CONFERENCES: 2001 / 2004 / 2005", aus David Littmans biographischen Angaben, URL: http://www.dhimmitude.org/littman-biography.html (Zugriff 14.01.2017).

on 2 zu "Dhimmis and Dhimmitude" wurde von Pfarrer Stückelberger geleitet, es sprachen dazu Walid Phares und *Bat Ye'or*.[249] Heinz Gstrein (siehe 9.1.1.2) berichtete für die NZZ, dass *Bat Ye'or* an der Konferenz die im islamischen Recht enthaltene militärische Doktrin zur weltweiten Verbreitung des muslimischen Glaubens behandelt und davor gewarnt habe, dass sich Europa in seinen Kontakten zur muslimischen Welt unterwürfig gebe.[250]

Im Oktober 2007 referierte *Bat Ye'or* an der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel (siehe 4) als Hauptrednerin zu "Eurabia: How far has it gone?". Sie wurde dabei mit dem "Oriana-Fallaci"-Preis ausgezeichnet. Die geheimgehaltene Konferenz gastierte am ersten Tag im Europäischen und am zweiten Tag im Flämischen Parlament. Aus den USA angereist waren Robert Spencer und Pamela Geller. Konferenzberichte erschienen auf den alternativen Websites und Blogs der Teilnehmenden.

2008 wurde die Organisation "European Freedom Alliance" als Ablegerin der "American Freedom Alliance" in der Schweiz gegründet. Gleichzeitig wurde ein "Institute for Eurabian Studies" in Lausanne (Schweiz) initiiert. Am Gründungsakt im Februar 2008 sprachen *Bat Ye'or* und John Eibner als "Chairman and CEO of Christian Solidarity International". Per Video wurde Marcello Pera, der ehemalige Präsident des italienischen Senats zugeschaltet. Einen Monat später wurde die Gründung der "European Freedom Alliance" mit einer internationalen Konferenz an der katholischen Europa-Universität in Rom begangen. Zum Thema "Identity Crisis: Can European civilization survive?" referierten etwa *Bat Ye'or*, David Littman, Robert Spencer, Daniel Pipes, Baroness Caroline Cox oder Pfarrer Stückelberger. Co-finanziert wurde die Konferenz u.a. von CSI (siehe 6.2.1) und dem *Middle East Forum* (MEF, siehe 4.3.1) von Daniel Pipes. Das MEF co-finanzierte gemäß dem Formular 990 für gemeinnützige Zuwendungen von 2008 auch die 2007 gegründete "American Freedom Alliance" sowie *Jihad Watch* und das *Center for Security Policy* (CSP). Das CSP referierte *Ye'ors* Buch „Eurabia: The Euro-Arab Axis" im Report "Shariah: The Threat to America", um mit dem Begriff *Dhimmitude* Unterwürfigkeit und Anpassertum des Westens zu geißeln, die ihren Ausdruck in der "Political Correctness" fänden (2010: 128f., siehe 10.1.1).

Nach der Gründung des Eurabia-Instituts in Lausanne im Februar und der Konferenz in Rom im März trat *Bat Ye'or* im April 2008 in Augsburg am "3. Internationalen Kongress Treffpunkt Weltkirche" des katholischen Hilfswerks *Kirche*

249 "Victims of Jihad Conference Programme" archiviert unter URL: https://web.archive.org/web/20130118014606/http://iheu.org/node/1547 (Zugriff 14.01.2017).

250 Gstrein, Heinz: "Arbeit an sich selbst oder heiliger Krieg? Tagung über Aspekte des Jihad in Genf", in: NZZ vom 22.04.2005, S. 9.

in Not auf. Dort wurde mit mehreren Tausend Teilnehmern eine Gebets-Aktion für ein "geeintes christliches Europa" gestartet, wie es auf der Website von *kirche-in-not.de* hieß. Das Kongress-Thema lautete: "Zeit, vom Schlafe aufzustehen". In der Ankündigung wurden *Bat Ye'ors* Bücher als "Klassiker" für alle, die sich mit dem Islam befassen, bezeichnet. *Bat Ye'or* weise darauf hin, dass Europa Gefahr laufe, seine eigenen Wurzeln zu verleugnen, "quasi Selbstmord zu begehen". *Ye'or* sprach englisch mit deutscher Simultanübersetzung. Ihre Rede wird von *Zukunft CH* (siehe 9.2.3.4) als Broschüre in Deutsch in der "Reihe Islam" vertrieben. Gemäß dieser Übersetzung warnte sie vor der "tödliche[n] Bedrohung, die uns in nicht allzu ferner Zukunft zerstören könnte" (S. 3), denn: "Der Djihad ist so alt wie der Islam selbst. Es ist eine Ideologie, eine Doktrin, ein Gesetz, basierend auf religiösen Texten. Er beruht auf einer weltweit greifenden Strategie, auf einer Vision für die Welt, und heutzutage breitet er sich durch ein globales Netzwerk aus." Das "Dhimmitum" bedeute die Unterwerfung unter die "Djihad-Doktrin" (S. 4). Das Europa des "Dhimmitums" sei zu "Eurabia" geworden, weil die Europäer "politisch und intellektuell" darauf vorbereitet worden seien, durch die Verleugnung ihrer jüdisch-christlichen Wurzeln "Dhimmis" zu werden (S. 8). Die *Europäische Union* (EU) verschleiere aus Angst, "Muslime zu verärgern", die "Diskriminierung gegen Christen in muslimischen Ländern" und verurteile stattdessen "Israels Existenz und Selbstverteidigungspolitik" und sehe im Widerstand "der Opfer des Djihad" eine "islamophobische Aggressionstat" (S. 9). Europa habe "seine eigene Geschichte vernebelt, indem es den muslimischen Djihad gegen Israel unterstützt" habe. Dabei sei ein Kontinent, der "sein Überleben an Appeasement-Politik, Unterwerfung und Selbstverleugnung" kopple, bereits "ein toter Kontinent". Israel dagegen repräsentiere "die Befreiung der Menschheit von der Versklavung durch das Dhimmitum, während Palästina für die Djihad- und Dhimmitum-Ideologie" stehe (S. 10).

Am Kongress der *Kirche in Not* wurde *Bat Ye'or* von der *PI-News* Mitarbeiterin und ev.-ref. Pfarrerin Christine Dietrich interviewt. *Ye'or* sagte, dass sie *PI-News* gut kenne und schätze, denn die "Mainstream-Medien sind allesamt kontrolliert und unterliegen der Maxime der politischen Korrektheit". Pfarrerin Dietrich meinte, dass man "schnell unter Rassismusverdacht" gerate,[251] obwohl "der Islam

251 Pfarrerin Dietrich wurde in der Schweiz wegen ihres Engagements bei *PI-News* wiederholt kritisiert. Im August 2008 verteidigte sie im Namen von *PI-News* die FPÖ-Politikerin Susanne Winter in einer Fernseh-Reportage von *Russia Today* (RT). Susanne Winter hatte eine Woche vor den Grazer Gemeinderatswahlen vom 20. Januar 2008 als FPÖ-Spitzenkandidatin mit einer Rede einen "Totalangriff auf den Islam" ausgeführt, wie der ORF berichtete. Winter sprach demnach von einem "muslimischen Einwanderungs-

ja keine Rasse" sei. *Ye'or* entgegnete, dass "die wahren Rassisten", genau diejenigen seien, "die diesen Rassismusvorwurf äußern".[252]

2013 erschien bei Duncker & Humblot in Berlin *Bat Ye'ors* "Europa und das kommende Kalifat. Der Islam und die Radikalisierung der Demokratie", nachdem die französische Originalausgabe 2010 in Paris erschienen war und 2011 die Übersetzung ins Englische erfolgte. Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2) übersetzte das Buch ins Deutsche und verfasste ein Nachwort.

Die angebliche Kollaboration von Eliten mit dem Islam bezeichnet Riexinger (2009: 461) als ein Leitmotiv in den Büchern von Raddatz. Widmann (2008: 58f.) stellt fest, dass Raddatz „eine Reihe von *Bat Ye'ors* Deutungen bis in die Wortwahl hinein" kopiere und ihre Argumentation übernehme, wonach sich die EU „unter Führung proislamischer Eliten in Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur und Medien" der "islamischen Expansionsideologie des Djihad" unterwerfe. Auch Sozialwissenschaftler gehören nach Raddatz zur proislamischen Konspiration, denn die Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer aktualisiere die "Protokolle der Weisen von Zion": "Als Mischung aus Fälschung und Plagiat begründen die ‚Protokolle' die Tradition einer Verschwörungstechnik, die proislamische Ideologen heute mit Variationen über ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit', ‚Islamophobie' etc. fortsetzen" ("Allah und die Juden" Raddatz 2007: 169, zitiert nach Widmann 2008: 59).

Tsunami" und einer "schleichende[n] Islamisierung". Der Islam sei ein "totalitäres Herrschaftssystem" und gehöre "dorthin zurückgeworfen, wo er hergekommen ist, nämlich jenseits des Mittelmeers" ("Graz-Wahl. Wüste Islam-Attacke bei FPÖ-Neujahrstreffen", *orf.at* vom 13.01.2008). Den Propheten Mohammed bezeichnete sie dabei als "Feldherrn" und "Kinderschänder", der den Koran "im Rahmen von epileptischen Anfällen" geschrieben habe (Youtube-Ausschnitt der Rede: https://www.youtube.com/watch?v=meypJb9Ic0Q, Zugriff 14.01.2017). Laut RT sehe *PI-News* Winters Fall nicht als eine Attacke auf den Islam, sondern als eine Sache der Meinungsfreiheit und unterstütze deshalb Winter, die angezeigt wurde. Pfarrerin Dietrich erklärte gegenüber RT: „Islam opresses women, abuses children for hatred education, kills homosexuals and is persecuting Jews. We feel that all this very archaic ideas are very much against what we understand as human rights."

252 "Bat Ye'or: 'Europa ist fest in Dhimmi-Hand'", Interview von Christine Dietrich mit *Bar Ye'or* auf *PI-News* vom 12.04.2008, URL: http://www.pi-news.net/2008/04/bat-yeor-europa-ist-fest-in-dhimmi-hand/ (Zugriff 14.01.2017).

10.2 Backlash

Die Ablehnung des Islam ist auch in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten. In einer kulturpessimistischen Gesellschaftskritik steht die "Islamisierung" symptomatisch für eine Krise, die nicht durch einen äußeren Feind ausgelöst wurde, sondern auf innergesellschaftliche Fehlentwicklungen zurückzuführen ist. Der Islam gilt hier nur deshalb als stark und bedrohlich, weil die Stärke und Widerstandskraft der eigenen Gesellschaft als unnatürlich zurückgebunden wahrgenommen wird. Dies wird etwa auf eine kollektive Verunsicherung durch unterminierende Kritik an Nation, Geschichte und Tradition zurückgeführt, wobei die Resilienz der Gesellschaft durch politische Korrektheit, Sprechverbote und Gleichstellungspolitik weiter geschwächt würde.

Als Feindbild wird mit den "68ern" eine soziale Bewegung ausgemacht, die für bis heute wirksame unerwünschte politische wie kulturelle Umwälzungen und Neuerungen steht. Diskursive und machtpolitische Auseinandersetzungen drehen sich um Fragen der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt in Bezug auf Migration und Integration wie auch in Bezug auf unterschiedliche Lebensentwürfe und Familienmodelle (siehe 10.2.1). In diesem Kontext kann von einer sozialen Gegenbewegung gesprochen werden, die bestrebt ist, eine seit den 1960er Jahren durch sozialen Wandel aus den Fugen geratene Welt wieder zurechtzurücken und die Fundamente für eine prosperierende, zukunftsfähige Gesellschaft wieder herzustellen (siehe 10.2.2). Es handelt sich dabei um einen Kulturkampf, da das, was die einen als Fortschritt erachten – etwa kritisches Geschichtsverständnis, Individualismus und Emanzipation –, von den anderen als Dekadenz wahrgenommen und bekämpft wird.

Im Kampf um die Deutungshoheit gesellschaftlicher Zustände steht die Sprache im Zentrum (siehe 10.2.3). Die Art und Weise wie – insbesondere in Medien – Begriffe verwendet, delegitimiert oder (wieder) salonfähig gemacht werden, entscheidet darüber, was als erstrebenswert oder kritikwürdig gilt und wer dazugehört und wer nicht (siehe 10.2.4). Für die Anti-68er-Bewegung gehören Muslime nicht dazu und die gesichtslose "Islamisierung" steht für die Gefahr eines Identitäts- und Traditionsverlustes, der verhindert werden soll. Politisch wird darauf mit Forderungen nach Ausgrenzung und Diskriminierung von Muslimen reagiert, sowie mit Aufrufen zum Widerstand gegen das "Establishment" (siehe 10.2.5).

10.2.1 Reaktion auf "1968"

10.2.1.1 Links-grüne "Machtergreifung"

Thorsten Hinz schrieb 2008 einen Leitartikel in der *Jungen Freiheit* zu: "1968/1933: Zwei politische Kulturrevolutionen und ihre verheerenden Folgen für Deutschland".[253] Vierzig Jahre nach "1968" sei die "Kapitulation" heute "total". Die "68er" hätten erstens "die Institutionen erobert", zweitens "diese umgeformt" und drittens darüber bestimmt, wie "über ihren Siegeszug" geredet werden dürfe. Die "geistig-kulturelle Hegemonie" der 68er bedeute eine "innere und äußere Vormundschaft über Deutschland". So existiere "gar kein öffentliches historisches Bewusstsein vom Jahr 1933" mehr, das diesen Namen verdiene. Hinz machte das an der "zwanghaften" Koppelung von 1933 mit 1945 fest, die einer "ahistorischen, moralistischen" Geschichtsinterpretation entspringe, die den "schuldhaften internationalen Vorlauf" der "sogenannt[e] Machtergreifung der Nationalsozialisten" von 1933 ausblende.

Auch auf *PI-News* wird bemängelt, dass man "Generationen von Schulklassen" die "Umstände und die historischen Konstellationen vor der Machtergreifung Hitlers" bewusst vorenthalte oder einseitig zensiere. Durch diese "systematische Geschichtsverfälschung" werde das "Volk" auf "die Staatsreligion der Kollektivschuld gedrillt". Durch den "Schuldkomplex" erniedrige man sich immer wieder vor der Weltöffentlichkeit.[254]

Götz Kubitschek (siehe 10.2.5.1) schrieb 2009 diesbezüglich in der *Sezession* von einem anti-nationalen "Schuldstolz", weshalb sich Deutschland nicht mehr gegen die "Überfremdung" verteidige. Er weitete nun seine festgestellte "allgemeine Schwäche" auch auf die "anderen weißen Völker und Nationen" aus, denn ganz Europa stehe einem "Massenzustrom muslimischer Migranten" in einem zu "Selbsthass" gesteigerten "Selbstzweifel" hilflos gegenüber.[255]

Daniel Pipes (siehe 4.3.1) kritisiert "sich selbst hassende Westler", besonders "in den USA, Großbritannien und Israel", die dem Terrorismus mit "Appeasement" begegnen würden. Denn die westliche "Software" beinhalte drei tödliche Fehler: "Pazifismus, Selbsthass, Selbstgefälligkeit". Diese Akteure seien als "Meinungs-

253 Hinz schrieb unter Pseudonym: *Neujahr, Doris*: "1968/1933: Zwei politische Kulturrevolutionen und ihre verheerenden Folgen für Deutschland" in: *Junge Freiheit* vom 04.01.2008, S. 1.

254 *Pythagoreer*: "Kollektiver Schuldkomplex", auf *PI-News* vom 15.12.2013, URL: https://www.pi-news.net/2013/12/kollektiver-schuldkomplex/ (Zugriff 30.01.2017).

255 Kubitschek, Götz: "Wir und die anderen – 12 Punkte zur Überfremdung", in: *Sezession* 2009, Nr. 33: 50.

macher an Universitäten, in den Medien, in religiösen Institutionen und den Künsten" die "Hilfs-*Mujahidihn*" der Islamisten.[256]

Als Teil einer FPÖ-Delegation (siehe 8.3.1) hielt Elisabeth Sabaditsch-Wolff (siehe 4.4) 2010 eine Rede in Israel, wobei sie die *Bürgerbewegung PAX EUROPA* (BPE, siehe 9.2.3.5) und den österreichischen *ACT! For America*-Ableger (siehe 7.3.1) repräsentierte. Beide würden eine christliche Zivilisation verteidigen, die gegenwärtig sowohl von außen, "aber insbesondere von innen heraus" bedroht würde. Denn das "europäische zivilisatorische Selbstbewusstsein" sei verschwunden, worauf der "Multikulturalismus zur dominanten Ideologie in Europa" geworden sei. Würde "das Herz der europäischen Zivilisation" noch schlagen, dann wäre der Islam keine Bedrohung. So aber lasse man sich von "Millionen nicht anpassungsfähiger Ausländer" demütigen. Die "Millionen muslimischer Immigranten" seien von den "Oligarchen, die die Europäische Union kontrollieren" importiert worden, die damit das "Programm" verfolgen würden, "[…] die Menschen Europas abzuschaffen und durch andere zu ersetzen". Israel stehe an der "Frontlinie desselben Krieges", in dem es darum gehe, die "westliche Zivilisation" wieder zurückzuerobern.[257]

Mit ihrer Analyse referiert Elisabeth Sabaditsch-Wolff die *Eurabia*-Verschwörungstheorie (siehe 10.1.5.2) von *Bat Ye'or*, was sie auch in einem Statement auf ihrer Website klarmacht, wo sie *Ye'or* als eine "persönliche Freundin" bezeichnet, deren "vertiefte Kenntnis von Eurabia" ihr bei ihrer Israelreise sehr dienlich waren. Darunter ist ein Dankesbrief von *Bat Ye'or* an "Elisabeth" angehängt, worin *Ye'or* ihre Bewunderung zum Ausdruck bringt und ihr ihre Unterstützung im "Kampf gegen das Böse" zusichert.[258]

2012 übernahm der *Michael Mannheimer*-Blog den *Fjordman*-Beitrag "Warum die Linken und nicht der Islam unser Hauptfeind sind", der ebenfalls auf der *Eurabia*-Vorstellung aufbaut (siehe 4.5). In der Vorbemerkung schrieb *Mannheimer* von

256 Pipes, Daniel: "How the West Could Lose", in: *New York Sun* vom 26.12.2006, nachgedruckt und ins Deutsche übertragen unter URL: www.danielpipes.org/4227/how-the-west-could-lose; Dort finden sich weiter Übersetzungen in Arabisch, Chinesisch, Dänisch, Niederländisch, Esperanto, Französisch, Hebräisch, Hindi, Italienisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Slowakisch, Spanisch, Schwedisch und Urdu (Zugriff 30.01.2017).

257 Abdruck der Rede in Englisch auf *Gates of Vienna* am 07.12.2010. Deutsche Übersetzung auf *EuropeNews* am selben Tag unter: "Eine Oase der Zivilisation in einer Wüste der Barbarei", URL: https://de.europenews.dk/-Eine-Oase-der-Zivilisation-in-einer-Wueste-der-Barbarei-84816.html (Zugriff 30.01.2017).

258 Beitrag vom 01.01.2011 auf *savefreespeech.org*, ins Deutsche übertragen am 04.01.2011 auf *EuropeNews* unter URL: http://europenews.dk/de/node/38622 (Zugriff 30.01.2017).

einem "ethnisch-zivilisatorischen Vernichtungsprogramm", das "linke Politiker" durch das Öffnen der Tore der "Festung Europa", die einem "1300jährigen erbitterten Abwehrkampf" gegen den "unentwegten Ansturm des Islam" standgehalten hätte, eingeleitet hätten. Die "Immigrationswelle" diene der "Eurabisierung" – einer "Multikulturisierung" zur "Zerstörung" Europas durch einen "Totalaustausch" der Bevölkerung.[259]

Sehr ähnlich befand Inge Thürkauf 2012 an der *Schweizerzeit*-Tagung[260] die "Migrationswelle", die Europa durchziehe, als eine "wirksame Maßnahme" zur "Auflösung der einzelnen Nationalstaaten" (S. 14) und zur "Schaffung des Bundesstaates Europa" sowie der "Neuen Weltordnung" (S. 16). Sie bezog sich dabei u.a. auf *Fjordmans* Aufsatzsammlung "Europa verteidigen", die 2011 in Götz Kubitscheks *Antaios Verlag* erstmals in Deutsch erschienen war (siehe 4.5).

Bereits 1994 befürchtete Rolf Stolz (siehe 9.1.1.2, 9.2.3.3) in "Die Mullahs am Rhein. Der Vormarsch des Islam in Europa", dass eine "Brüsseler Clique aus Euro-Bürokraten und Lobbyisten der multinationalen Firmen" aus militärischen und ökonomischen Überlegungen einen "westeuropäischen Bundesstaat" anstreben würden, wozu die "europäischen Nationalstaaten und ihre Kulturen" vernichtet und die Demokratie geopfert würde. Dazu würde die "Massenzuwanderung" aus "außereuropäischen Kulturkreisen" ausgenutzt, die "teils politisch geplant" worden sei (1994: 296).

10.2.1.2 Von Werteverfall und Niedergang

Thorsten Hinz hatte im oben (siehe 10.2.1.1) erwähnten JF-Leitartikel von 2008 über den Zusammenhang von "1933" und "1968" geschrieben und dabei festgestellt, dass sich "1968" auf zwei Ebenen ausgewirkt hätte: einer kulturellen und einer politisch-ideologischen. Beschrieben hatte er mit seinem erinnerungspolitischen Fokus nur letztere. Die kulturelle Ebene sprach dagegen etwa Alexander Segert an, als er 1999 in *Bürger und Christ* die Autobiographie von Christa Meves ("die wohl bekannteste Einzelkämpferin im 20. Jahrhundert") empfahl und ihr Re-

259 Am 26.07.2012 auf *michael-mannheimer.info* unter "Fjordman über Eurabia: 'Warum die Linken und nicht der Islam unser Hauptfeind sind'" erschienen (offline), am 07.02.2015 wieder publiziert unter URL: https://michael-mannheimer.net/2015/02/07/fjordman-ueber-eurabia-warum-die-linken-und-nicht-der-islam-unser-hauptfeind-sind/ (Zugriff 30.01.2017).

260 *Schweizerzeit*-Herbsttagung vom 03.11.2012 im Hotel Hilton, Zürich-Flughafen. Referat zu "Gender Mainstreaming und die Neue Weltordnung", als Broschüre 2013 in der *Schweizerzeit*-Schriftenreihe erschienen.

sümee formulierte: "Zweimal hat sich Deutschland Ideologien zugewandt und seine christliche Basis aufgegeben, einmal im Dritten Reich, das andere mal unter dem Einfluss der 68er-Bewegung. Die Ergebnisse sind jedesmal katastrophal, ein zerstörtes Land im ersten, zerstörte Seelen im zweiten."[261]

Auch Thomas Schirrmacher (siehe 9.3.1.3) stellt mit Co-Autoren in der bereits erwähnten EDU-Festschrift fest, dass seit den "1960er Jahren" zwar mehr "über Liebe gesprochen" werde als je zuvor, jedoch "Verbrechen, Hass und Lieblosigkeit im Kleinen wie im Großen" seitdem "ungeheuer angewachsen" seien. Da die Gesellschaft die "Gebote Gottes" verwerfe, verwerfe und verliere sie auch die Liebe: "Nur eine Rückkehr zu den Ordnungen Gottes kann die Liebe in unsere Familien, unsere Kirchen, unsere Arbeitsbeziehungen, unsere Gesellschaft, unsere Politik und unseren Staat zurückbringen" (Schirrmacher et al. 2005: 63f.).

Dieter Stein, Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, sieht ebenfalls die "religiöse Substanz" der europäischen "Völker" in Auflösung, deren "Überlebenswille" demographisch am Ende sei, da ihre "Eliten" infolge einer "Kulturrevolution" "kapitulationsbereit" seien. Der Feind sei somit nicht "der Islam", sondern die "eigene politisch-religiöse Schwäche".[262]

"Marsch durch die Institutionen"

Günter Rohrmoser, Referent an der CSI-Jahrestagung 2005 zur "Bedeutung des christlichen Erbes für die Identität Europas", bewunderte 1999 den "Ansatz der Kulturrevolution von 1968", die "Schlacht um die Systemveränderung" nicht in der revolutionären Veränderung der Politik zu führen, "[…] sondern an all den Orten der Gesellschaft und in all den Institutionen, in denen nicht die Realität hergestellt und verändert, sondern in denen primär Wirklichkeit interpretiert wird." Zum großen Teil sei die 68er-Kulturrevolution daher ein "Kampf um die Schule" gewesen. Dabei sei "Erziehung" abgeschafft und durch "Emanzipation" ersetzt worden. Die "Familie" sei der zweite entscheidende Ort gewesen, um die Gesellschaft im Ganzen zu transformieren. Das Ziel sei die "Liquidation und die Zerschlagung der bürgerlichen Familie" gewesen. Nun sehe man in der Zunahme von Single-Haushalten Tendenzen der Auflösung der Familie. Die "Erziehungsschwäche" habe zu "Vandalismus" und sich ausbreitender "Gewaltbereitschaft" an den Schulen geführt (Rohrmoser 1999: 61f.).

---

261 Segert, Alexander: "Christa Meves: Mein Leben", Buchempfehlung in: *Bürger und Christ* 1999 Nr. 9: 7.

262 Stein, Dieter: "Debatte um Islamisierung: Wilders, Sarrazin und unsere Schwäche", in: *Junge Freiheit* vom 08.10.2010.

Diese Dekadenz stellte auch Oskar Freysinger 2007 an einer Medienkonferenz der SVP zum Thema "Schluss mit Jugendgewalt und Ausländerkriminalität" fest. Unter dem Titel "Eine geopferte Jugend – die Folge der 68er Bewegung" benannte er "Gewaltbereitschaft", die "Tendenz zur Selbstzerstörung oder Selbstmord mittels Drogen" sowie "Materialismus und Einfallslosigkeit" als Folgen einer "Doktrin" der 68er. Die "Familie" sei im Namen einer "Freiheit" zerstört worden, "[…] die sich in der Konsumwut, im ungehemmten Genuss und in einem ungebremsten Hedonismus gefällt […]". Nun stehe eine "ausgelaugte und apathische, knapp der Fristenlösung entronnene Jugend" einer "ständig wachsenden Zahl fanatischer junger Leute" gegenüber, die in Koranschulen indoktriniert worden seien.[263]

Der langjährige SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli qualifizierte 2006 die "leistungsverweigernde Pädagogik der 68er-Generation" als "folgenschwer und vollständig gescheitert". Die "68er-Generation" sei im Bildungswesen "fast vollständig durchmarschiert". Dabei hätten sich die 68er auch der "offiziellen Geschichtsschreibung" bemächtigt. Er kritisierte konkret ein Lehrmittel zum Zweiten Weltkrieg, das den "Geschichsmasochismus" der 68er auch der heranwachsenden Jugend aufdränge, was zu fehlender nationaler "Selbstachtung" führe. Zu diesem gegenwärtigen "Mainstream" erklärt er auch noch den "Bereich von pränataler Eliminierung oder Sterbehilfe".[264]

10.2.1.3 Metanoia: Christliche Umkehr

Im November 2006 titelte die *Junge Freiheit*: "Das Fanal von Erfurt" und "Weckruf für die Kirche".[265] Der pensionierte evangelisch-lutherische Pfarrer Roland Weißelberg hatte sich selbst angezündet und habe in Flammen stehend "Jesus" und "Oskar" gerufen. Die Selbstverbrennung wird als "Selbstopfer" gedeutet, dem "politische Motive" zugrunde liegen würden. Der Pfarrer habe "[…] aus Sorge vor der Ausbreitung des Islam und aus der Befürchtung, seine Kirche sei zu blind und zu schwach, um diese Herausforderung anzunehmen" gehandelt.

Gemäß der FAZ berichtete auch die Witwe, dass es bei der Selbstverbrennung, "[…] um die Ausbreitung des Islam und die Haltung der Kirchen dazu" gegangen sei. Der Nachfolger von Pfarrer Weißelberg sagte, dieser habe sich bereits seit

263 Referat vom 02.08.2007 unter URL: https://www.svp.ch/aktuell/referate/eine-geopferte-jugend-die-folge-der-68er-bewegung/ (Zugriff 30.01.2017).

264 Mörgeli, Christoph: "Zur selektiven Geschichtswahrnehmung der 68er", in *Bürger und Christ* vom 07.04.2006, S. 4f.

265 Neujahr, Doris [Pseudonym von Thorsten Hinz]: "Das Fanal von Erfurt", in: *Junge Freiheit* vom 10.11.2006.

Anfang der 1990er Jahre "intensiv mit dem Islam beschäftigt". Ihn hätte die Angst umgetrieben, dass die Kirche "die Gefahr einer Weltherrschaft des Islam" nicht erkenne. Laut FAZ habe sich Pfarrer Weißelberg mit dem Ausruf "Oskar" auf Pfarrer Oskar Brüsewitz bezogen, der sich 30 Jahre zuvor in der ehemaligen DDR ebenfalls selbst verbrannt hätte, um "[…] ein Zeichen gegen den Kommunismus zu setzen".[266]

Zum sechsten Jahrestag erinnerte Stefan Ullrich auf *PI-News* an die Selbstverbrennung von Pfarrer Weißelberg. Als Vertreter der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) habe er damals an der Trauerfeier teilgenommen und diese unter Protest verlassen, da in der Predigt nicht auf die islamfeindlichen Motive des Pfarrers eingegangen worden sei. "Immerhin" hätte er den "kargen Traueraltar" in der Klosterkirche mit einem "ansehnlichen Gesteck, Kondolenztafeln und Friedhofskerzen" ausstatten dürfen. Eine Mahnwache habe die Witwe aber nicht gewünscht, was die *Burschenschaft Germania* jedoch nicht davon abgehalten hätte, später doch noch eine solche zu veranstalten.[267]

Zum zehnten Jahrestag erinnert *PI-News* wieder an den "[…] Protest gegen die Kollaboration der Evangelischen Kirche bei der Islamisierung Deutschlands". Einerseits habe sich die Lage seither verschlechtert, wie u.a. durch den Verweis auf einen Beitrag zu Heidi Mund von 2013 – "[…] von den Kanzeln ertönt der islamische Schlachtruf zum Töten der Ungläubigen" (siehe 9.3.1.5) – festgehalten wird. Andererseits hätte Pfarrer Weißelberg durch *Pegida* und die AfD nun sehen können, "[…] dass vielleicht nicht alle seine Worte vom Nebel aus falscher Toleranz und Schuldkult verschluckt wurden". Zur Erinnerung an den zehnten Jahrestag der Selbstverbrennung habe außerdem Prof. Armin Geus (siehe 9.2.3.1) ein Faltblatt drucken lassen, das bestellt werden könne.[268]

Am 1. Ökumenischen Bekenntnis-Kongress der *Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (KBG, siehe 7.2.1) 2004 in Freudenstadt wurde ein *Freudenstädter Aufruf*

---

266 Müller, Claus Peter; Kaiser, Alfons; Löbbert, Raoul: "Selbstverbrennung: 'Nicht aus Angst, sondern aus Protest'", in: FAZ vom 03.11.2006, URL: http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/selbstverbrennung-nicht-aus-angst-sondern-aus-protest-1384724.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Zugriff 30.01.2017).

267 Ullrich, Stefan: "In Memoriam Pfarrer Weißelberg", auf *PI-News* vom 31.10.2012, URL: https://www.pi-news.net/2012/10/in-memoriam-pfarrer-weiselberg/ (Zugriff 30.01.2017).

268 "10 Jahre Selbstverbrennung Pfarrer Weißelberg", auf: *PI-News* vom 31.10.2016, URL: https://www.pi-news.net/2016/10/10-jahre-selbstverbrennung-pfarrer-weißelberg/ (Zugriff 30.01.2017).

verabschiedet, der "Gottlosigkeit" und "niedrige Geburtenraten" beklagte und für Europa einen "Aussterbe-Effekt gigantischen Ausmaßes" voraussagte (siehe 9.1.3). Am Kongress hielt der pensionierte Pfarrer, Muslim-Missionar und Mitbegründer des *Instituts für Islamfragen* (IfI, siehe 6.1.1), Eberhard Troeger den Vortrag "Der Griff des Islam nach Europa".[269]

Demnach sei der „Griff nach Europa" ein "genuin islamisches Anliegen" (S. 2 des verschriftlichten Vortrags). Gott habe es zugelassen, dass die Iberische Halbinsel und später der Balkan islamisiert wurden, habe aber auch verfügt, dass die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Daher stelle sich die Frage, was Gott mit dem „neuerliche[n] ‚Griff des Islam nach Europa'" sagen wolle: „Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt? […] Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren?" Nur so werde sich ein "Gericht Gottes durch den Islam" abwenden lassen (S. 6, zum Strafgericht siehe auch 8.2.2.5). Pfarrer Troeger fordert Organisationen, die durch Stipendien "bekenntnistreue Christen" in Islamwissenschaften ausbilden helfen, damit sie sich dann als "bekenntnistreue Theologen" der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen könnten. Denn die christliche Mission unter Muslimen müsse zu einer "Aufgabe aller Gemeinden in Europa" werden (S. 6f.).

In Österreich führt Elisabeth Sabaditsch-Wolff (siehe 4.4) den Verein *Mission Europa. Netzwerk Karl Martell*, der zum *Wiener Akademikerbund* (WAB, siehe 10.1.4.6) gehört und als Ableger der *International Civil Liberties Alliance* (ICLA) (siehe 9.2.5) fungiert. Der Verein will Europa – wie früher bereits angeblich Karl Martell – gegen den Islam verteidigen und die Säkularisierung bekämpfen, um die "Erosion des Erfolgsmodells 'Christliches Europa'" aufzuhalten. Er bekennt sich zu den "Grundlinien des Christlichen Naturrechts" sowie zur "Christlichen Sittlichkeit als den Quellen allen Rechts" und bezweckt die Unterstützung einer "aktiven Christlichen Mission in Europa", um "religiösen und kultischen Gegenmodellen" die Stirn zu bieten und "Materialismus, Utilitarismus, Nihilismus und Hedonismus" zu begegnen.[270]

Auch in der bereits erwähnten Rede von Herbert Meier am "Einkehrtag" der *Katholischen Volksbewegung Pro Ecclesia* 2004 in Einsiedeln (siehe 10.2.3.2) wird festgestellt, "[…] dass Europa entweder christlich oder nicht ist". Zwar drohten Europa immer noch "Invasionen", jedoch komme die größte Gefahr "aus unserer ei-

269 "Dossier: Der Griff des Islam nach Europa. Vortrag von Pfarrer Eberhard Troeger auf dem Bekenntniskonvent in Freudenstadt am 14.10.2004", download unter: URL: http://www.verfolgte-christen.org/fileadmin/user_upload/pdf/Der_Griff_des_Islam_nach_Europa.pdf (Zugriff 30.01.2017).

270 Siehe URL: https://missioneuropakmartell.wordpress.com/ (Zugriff 30.01.2017).

genen Mitte", denn es fehle der Überlebenswille. Europas Ende sei nicht "düstere Prophezeiung", sondern "bald schon unabwendbares Schicksal", das nur durch "Metanoia", durch "radikale Umkehr" auf religiöser Basis abzuwenden sei, was eine "christliche Kulturrevolution" zur Folge habe.[271]

An der Jahresversammlung von CSI (siehe 6.2.1) im Oktober 2005 in der Zürcher St. Anna-Kapelle wiederholte Herbert Meier (siehe 9.2.4) seine Einschätzung in ähnlichen Worten. Er sieht "überzeugte, gläubige Christen" in einem "Zweifrontenkrieg" zwischen einen "immer aggressiver werdenden Säkularismus/Relativismus" und einem "wachsenden Einfluss islamischer bzw. islamistischer Gruppen auf das Meinungsklima."

In der "existentiellen Krise" Europas, die sich etwa in der "Demographie-Katastrophe" zeige, sei der "Säkularismus und Relativismus" am wenigsten in der Lage, "[…] die islamistische Gefahr von Europa abzuwehren". Die damit verbundene "Ideologie des Multikulturalismus" mache Europa im Gegenteil "erst richtig wehrlos." Im Unterschied zur Rede als *Pro Ecclesia*-Präsident am "Einkehrtag" legte er als CSI-Vorstand die Forderung nach einer "christlich-konservativen Kulturrevolution" "viele[n] Beobachter[n]" in den Mund, die nur in einer solchen "grundlegenden geistig-moralischen Wende" eine "Überlebenschance" für Europa sehen würden.[272] Auch deklariert Herbert Meier hier das Christentum nicht mehr als "geschichtliche und gesellschaftliche Kraft" in Gestalt der römisch-katholischen Kirche "als fortlebender Christus in dieser Welt", wie noch zuvor in Einsiedeln.

2006 sah Herbert Meier "Europa am Abgrund" und sah Hoffnung nur noch in "übernatürlicher Sicht". Denn Gott lasse ein "Volk", das zum "Glauben der Väter" und zu den "stets gültigen Geboten" zurückfinde, nicht im Stich. Dazu zitierte er aus einem Vortrag von Pfarrer Stückelberger, wonach sich Europa auf einem "sehr direkten Weg in einen Abgrund" befände, aus dem es "keinen Aufstieg" mehr gebe. Ohne eine "radikale[.] Wende" werde Europa am Ende des Jahrhunderts "muslimisch sein".[273]

2011 veröffentlichte Pfarrer Hansjürg Stückelberger (siehe 6.2.1) seine Überlegungen schließlich im Buch "Europas Aufstieg und Verrat – Eine christliche Deutung der Geschichte". Er sieht darin die Weltgeschichte durch christliche "Heilsgeschichte" geprägt, gegen die der Teufel rebelliere und die Menschen zum "Aufstand gegen Gott" zu verführen suche. Die teuflischen Angriffe seien schließlich

271 Meier, Herbert: "Wann stürzt das Kreuz vom Petersdom?", in: SKWZ 2004 Nr. 18: 3.

272 Referats-Kurzfassung "Europas Identität in Gefahr?" auf: *csi-schweiz.ch* vom 28.11.2005 (offline).

273 Meier, Herbert: "Europa am Abgrund oder 'dreißig Jahre nach zwölf'", in: SKWZ 2006 Nr. 29: 1.

eskaliert, was die Bibel als "Endzeit" bezeichne (siehe dazu auch 8.2.2), die der "Wiederkunft Christi" vorausgehe, der richten und eine "Neue Welt" bringen werde (2011: 93). Die Wiederkunft von Jesus sei allerdings abhängig vom "Missionsauftrag". Die christliche Botschaft müsse zuvor "auf dem ganzen Erdkreis verkündigt" werden (2011: 122f.).

Zum Aufstieg des Islam bezieht sich Pfarrer Stückelberger mehrfach auf *Bat Ye'or*s (siehe 10.1.5.2) Buch "Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam" (z.B. 2011: 251), wobei er Staaten und Staatengruppen ein biblisch begründetes Recht "das Schwert einzusetzen" zuspricht, um "für die Sicherheit und Unversehrtheit der Bürger zu sorgen". Das gelte sowohl für die NATO, wenn sie in Afghanistan die Taliban bekämpfe und hätte auch bereits für die Kreuzzüge gegolten (2011: 257).

Gott habe Europa auserwählt und groß gemacht, damit von dort aus sein Heilsplan für die ganze Welt verwirklicht werden konnte (2011: 305). Der Niedergang habe durch die Abwendung von Gott begonnen, die durch die Ideen der Aufklärung, der Französischen Revolution, durch den "Darwinismus" und die liberale Theologie ausgelöst worden sei (2011:325f.). Adolf Hitler habe in einer "Kampfansage an Gott" schließlich für den Teufel versucht, die Juden als das "von Gott erwählte Volk" auszurotten, damit sie sich nicht mehr gemäß Gottes Plan in Israel hätten sammeln können (siehe 8.2.1), um dort Christus anzunehmen, wodurch die "Herrschaft von Christus" kommen und die Heilsgeschichte im tausendjährigen Reich Christi vollendet werden könnte (2011: 398f.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe der "Glaube an Gott und seine Schöpfungsordnung" als Grundlage der Gesellschaft gedient, bis diese durch die "68er" (siehe 10.2.1.1) in Frage gestellt worden sei (2011: 437). Dies habe u.a. im "Genderismus" resultiert, wozu Stückelberger Gabriele Kuby (siehe 10.2.2) heranzieht. Zusammen mit dem Atheismus versuchten diese Bewegungen letztlich die biblische Schöpfungsordnung abzuschaffen (2011: 441f.).

Während Gott Europa früher noch vor der islamischen Expansion geschützt habe (2011: 303), gelte das nun nicht mehr. Pfarrer Stückelberger sieht Europa u.a. mit Bezug auf Udo Ulfkotte (siehe 9.1.1.2) einer "schleichenden Islamisierung" ausgesetzt (2011: 451f.). Der drohende "Sturz in den Abgrund" kann laut Stückelberger nur durch eine "neue Hinwendung zu Gott" abgewendet werden. Erfreulich sei jedoch, dass die Zahl der "besorgten Christen" in Europa wachse und seit 1980 christliche Schulen in Deutschland und der Schweiz "wie Pilze aus dem Boden schießen" würden (2011: 462).

Nach der gewonnenen Abstimmung für ein Minarettbauverbot Ende 2009 formierten sich Anti-Minarett-Aktivisten im März 2010 im *Aktionskomitee gegen die strategische Islamisierung der Schweiz* (KSIS), um nun die "Integration der muslimi-

schen Bevölkerung" zu fordern, indem dieser die "christliche Tradition und Überlieferung […] zugänglich" gemacht werden soll.[274] Gemäß der Website stellt sich das Komitee gegen die Verbreitung eines "intergrationsfähigen Islambildes".[275] Demnach widersprechen sich "Islam" und "Integration" und Muslime sollen durch Konversion zum Christentum integriert werden (zur Muslimmission siehe 9.3.2).

Der verstorbene KSIS-Vorsitzende war Vizepräsident und Kassierer der Missionsorganisation Aseba, deren deutscher Ableger Teil der *Deutschen Evangelischen Allianz* (DEA, siehe 6.1.1) ist. Der Aseba-Geschäftsführer und EDU-Politiker Daniel Zingg ist auch KSIS-Geschäftsführer und Pressesprecher, wie auch Pressesprecher des *Egerkinger Komitees* (siehe 9.2.3.2). Im KSIS sind die christlichen Parteien EDU und EVP vertreten sowie die SVP mit Nationalrat Lukas Reimann.

Aseba betreibt mit *Position* einen christlichen Blog, der laut Impressum zum "Bekenntnis zu Christus" motivieren soll.[276] Heinz Gstrein (siehe 9.1.1.2) ist dort Autor und auch Mitglied beim KSIS. Für das christliche Komitee verfasste Heinz Gstrein im April 2010 ein Gutachten für ein Verbot des *Islamischen Zentralrats Schweiz* (IZRS, siehe 9.2.4.1). Darin argumentierte er, dass der in den IZRS-Vereinsstatuten mehrmals verwendete Begriff "sunnitisch" im heutigen Sprachgebrauch weniger als "islamische Konfessionsbezeichnung", sondern vielmehr "zur Charakterisierung eines besonders rigorosen, eifernden und gewaltbereiten Moslems" diene. Der Verweis auf das schweizerische Recht sei zudem "überhaupt nicht bindend", da durch das Prinzip der *Taqīya* (siehe 10.1.3.2), einer islamischen „Zwecklüge" gegenüber Nicht-Muslimen, alle Verpflichtungen aufgehoben würden. Das Gutachten kann über *PI-News* bezogen werden.[277]

Ein zweites KSIS-Gutachten für das Bundesamt für Justiz verfasste Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2), der darin insbesondere den interreligiösen Dialog als eine "zunehmend diktatorische Form der Volkspädagogik" kritisiert. Den Dialog mit dem Islam beschreibt Hans-Peter Raddatz als eine "Parteien, Universitäten, Stiftungen, Kirchen, und vor allem die Medien durchdringende Weltsicht", die "islamischen Vorgaben" folge. Dadurch sei eine elitäre Lobby "als Vorhut des imperialen Islamrechts" entstanden, die sich medialer "Zensur" bedie-

274 "Aktionskomitee 'Gegen die strategische Islamisierung der Schweiz' gegründet", Meldung auf *jesus.ch* vom 17.03.2010, URL: http://www.jesus.ch/themen/glaube/theologie_philosophie_religion/islam/102871-aktionskomitee_gegen_die_strategische_islamisierung_der_schweiz_gegruendet.html (Zugriff 30.01.2017).

275 "Moderater Islam", unter URL: http://ksis.ch/moderater-islam/ (Zugriff 30.01.2017).

276 Siehe URL: http://www.position-online.ch/index.php?id=11 (Zugriff 30.01.2017).

277 Download unter URL: http://www.pi-news.net/wp/uploads/2010/04/Gutachten-IZRS-Verbot-Heinz-Gstrein-28.-April-2010_.pdf (Zugriff 30.01.2017).

ne und Kritik an den Forderungen nach "Toleranz und Respekt" als "Islamophobie" oder gar "Volksverhetzung" abwehre. Die eigenen Eliten würden mit den "Islam-Eliten" paktieren und auf künftige "imperiale Privilegien" zählend versuchen, die "Mitsprache des Volkes auszuschalten". Da gleichzeitig ein "migrationsbedingter Bevölkerungsaustausch" stattfinde, würde das Bewusstsein von immer mehr Menschen "islamkompatibel geschult" und der Islam als "demokratiefähige Religion" wahrgenommen. Dadurch würden sich die "Entdemokratisierung und Täuschungsstrategie" der "Schweizerischen Verantwortlichen" und die "Islamisierung der Bevölkerung" gegenseitig ergänzen und damit "langfristig ein Übergewicht islamischer Interessen erzwingen", solange es nicht zu einer – nicht näher definierten – "Korrektur" komme. Auch dieses Gutachten kann über *PI-News* bezogen werden.[278]

Neben der Forderung nach einem Verbot für den IZRS wandte sich das KSIS gleichzeitig im April 2010 auch gegen andere Akteure der Islamdebatte. So kritisierte Heinz Gstrein in einem Beitrag auf *Position* das *Forum für einen fortschrittlichen Islam* (FFI, siehe 10.1.4.3) für seine Ausrichtung, denn der Islam sei "unreformierbar". Ein "fortschrittlicher Islam" sei daher bestenfalls "[…] eine Selbsttäuschung, wenn nicht gar gezielte Irreführung".[279] Im Mai 2010 trat Daniel Zingg in der Fernsehdiskussionssendung *Club* zum Thema „Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?" als KSIS-Vertreter auf, wo er u.a. auf die FFI-Präsidentin und eine IZRS-Vertreterin traf.[280]

Das KSIS setzte sich 2011 insbesondere in der Muslimmission und gegen *Christenverfolgung* ein. So wurde eine von Daniel Zingg betreute kurdisch-syrische Familie, deren Asylgesuche abgelehnt worden waren, in der *Freien Evangelischen Gemeinde* (FEG) Langenthal getauft, womit u.a. ein weiterer Asylgrund angeführt werden konnte (vgl. dazu 9.3.2.5).[281] Im FEG Langenthal verkehrten neben Daniel Zingg drei weitere KSIS-Mitglieder.[282] Der nationale Dachverband FEG Schweiz

278 Download unter URL: http://www.pi-news.net/wp/uploads/2010/04/Gutachten-Dr.-Hans-Peter-Raddatz-M.A..pdf (Zugriff 30.01.2017).

279 Gstrein, Heinz: "Die Illusion vom fortschrittlichen Islam", Beitrag auf: *position-online.ch* vom 23.04.2010.

280 "Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?", *Club*-Sendung auf SRF 1 vom 11.05.2010.

281 "Wie Freikirchen von der Angst Asylsuchender vor der Ausweisung profitieren", in: *SonntagsZeitung*, vom 03.04.2011.

282 "Sie heizen den 'Islamisten' ein", Bericht in *Berner Zeitung* vom 16.04.2010, URL: http://www.bernerzeitung.ch/region/emmental/Sie-heizen-den-Islamisten-ein-/story/13708816 (Zugriff 30.01.2017).

gehört zum *Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz* (VFG, siehe 6.1.1).[283]

Im Herbst 2011 lancierte KSIS die Idee eines Mahnmals für durch Muslime verfolgte Christen. Ein Mahnmal-Modell wurde an einer öffentlichen Veranstaltung im November 2011 in Langenthal vorgestellt, wobei u.a. Heinz Gstrein als Experte referierte. Ein Flyer zum Mahnmal-Projekt vom Oktober titelte mit: "Mehr als 100 Millionen verfolgte Christen unter dem Islam" und verwies dabei auf den *Open Doors-Weltverfolgungsindex* 2011 (siehe 9.3.1.1). In einem Flyer vom November 2011 ist dann von "200 Millionen" Verfolgten die Rede, obwohl wieder auf den *Open Doors-Weltverfolgungsindex* verwiesen und verlinkt wird. Jedoch wird auf dem Flyer auch auf einen Beitrag von *Michael Mannheimer* (siehe 9.1.3) verlinkt, der dort noch auf den *Open Doors-Weltverfolgungsindex* 2009 referiert, wo die Anzahl Verfolgter auf 200 Millionen beziffert wurde (siehe zu den unterschiedlichen Zahlen auch 9.3.1.1).

Der auf dem Flyer verlinkte Blog-Beitrag von *Michael Mannheimer* entspricht einem Kapitel (S. 69-100) des Sammelbandes "Christenverfolgung in islamischen Ländern" des LIT-Verlages von 2011. Herausgegeben wurden der Band durch die "evangelikal-katholischen"[284] Professoren Jürgen Bellers und Markus Porsche-Ludwig, für den auch Karl Kardinal Lehmann ein Kapitel verfasst hatte.

"Islam-Experte" Karl-Michael Merkle (siehe 9.2.2), ein Aktivist der reaktivierten deutschen Widerstandsorganisation *Weiße Rose* (siehe 10.2.5.2), hatte im Sammelband unter seinem Blogger-Pseudonym *Michael Mannheimer* drei Beiträge über insgesamt 91 Seiten verfasst. Darin verbreitete er nachweislich Falschinformationen,[285] die von der *Basler Zeitung* plagiiert wurden.[286] Die Herausgeber verfassten gemeinsam das Schlusskapitel "Was tun gegen Christenverfolgung?", worin sie sich unter dem Motto "Frischwärts zurück!" gegen

283 Ein FEG Dachverband existiert auch in Deutschland. So war bspw. Thomas Schirrmacher (siehe 9.3.1.3) Co-Pastor in der FEG Bonn, die auch zur *Evangelischen Allianz* (EA) Bonn gehörte.

284 Selbstbezeichnung in der Einleitung zum gemeinsamen Buch "Warum Christen AfD wählen" von 2016. Jürgen Bellers konvertierte gemäß seinem Lebenslauf 2005 zum Katholizismus.

285 Wäckerlig, Oliver: "Macht sich Islamfeindlichkeit auch in etablierten Medien breit?", Beitrag auf: *medienspiegel.ch* vom 02.05.2013, URL: http://www.medienspiegel.ch/archives/005583.html (Zugriff 30.01.2017).

286 Die *Basler Zeitung* hatte dadurch gegen mehrere Ziffern der "Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten" des Schweizer Presserates verstoßen, siehe URL: http://presserat.ch/_61_2013.htm (Zugriff 30.01.2017).

"Säkularismus" für ein Wiedererstarken des (römisch-katholischen) Christentums positionieren und auch gegen die Gleichstellung von Mann und Frau und den Schwangerschaftsabbruch opponieren, um "Relativismus" und "68er-Geist" zurückzudrängen.

10.2.1.4 Abtreibung, Ehe und Gender Mainstreaming

Die Ausweitung des Verständnisses von "Familie" durch die gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher Partnerschaftsmodelle sowie die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen stößt auf Widerstand. Als Präsident der Aargauer Sektion der Organisation *Ja zum Leben* sowie Präsident des Herausgebervereins der gleichnamigen Zeitschrift engagierte sich etwa Herbert Meier (siehe 9.2.4) gegen neue Gesetzgebungen. Im März 1998 schrieb Meier im Editorial des Vereinsbulletins über den "moralisch und quantitativ mit nichts anderem vergleichbaren Holocaust an den ungeborenen Kindern" (Niggli und Frischknecht 1998: 572). Die Schweizerische Vereinigung *Ja zum Leben* gehört als Teil der *Pro-Life*-Bewegung (siehe 5.2) zur Trägerschaft des *Marsch fürs Läbe* (siehe 9.2.4.3) wie auch zum *Bündnis Christliche Schweiz* (BCS, siehe 9.2.4.4).

Herbert Meier warb im April 2002 im Editorial von *Ja zum Leben* für ein Nein zur "Fristenregelung" bei der Volksabstimmung im Juni 2002. Es handle sich bei der "[…] Abtreibung eines ungeborenen Kindes im besseren Falle um vorsätzliche Tötung eines Menschen und im schlechteren, etwa bei sog. 'Abtreibungsmühlen', um 'Mord' […]". Das *Ja zum Leben*-Editorial vom Juni 2006 überschrieb Herbert Meier mit "Europa am Abgrund", was im Juli zum Leitartikel in der *Schweizerischen Katholischen Wochenzeitung* (SKWZ) wurde,[287] die von Meier herausgegeben wird (wie u.a. auch das *Abendland*). Meier befand "Europa auf den Weg der Selbstvernichtung", wobei der "[…] größte Holocaust aller Zeiten, der Maßenmord an den Ungeborenen […]" eine entscheidende Rolle in der "sich abzeichnenden demographischen Katastrophe" spiele. Schuld sei eine "Krise des Glaubens und der christlichen Moral" in der "Wohlstands- und Spaßgesellschaft".

Über den "Tag der Unschuldigen Kinder" schrieb die *Rütlipost* 2009 in ihrer August-Ausgabe mit analogem Vokabular: "Wer mehr zum Babycaust (dem modernen Holocaust) wissen will, kann im Internet nachsehen: www.babycaust.de oder www.babycaust.at" (S. 3). Die *Rütlipost* ist die Zeitschrift des *Neuen Rütlibundes*, einer Mitgliedsorganisation der *Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik* (siehe 10.2.2.3). Auf der Website *babycaust.de* ist von einer "demokratischen Dikta-

287 Meier, Herbert: "Europa am Abgrund oder 'dreißig Jahre nach zwölf'", in: *SKW* vom 21.07.2006, S. 1.

tur" die Rede. Abtreibung wird als eine "Steigerungsform" des "Holocaust[s] der Nazis" bezeichnet. Anlässlich des Beginns der Nürnberger Prozesse gegen Juristen im Dienste der NS-Diktatur vor 70 Jahren wurden am 17.02.2017 Auszüge eines Berichts des Deutschlandfunks aufgeschaltet, wonach diese Juristen bloß "vermeintlich Recht" gesprochen hätten. Ebenso "rechtswidrig – aber straffrei" werde nun seit Jahrzehnten der "Massenmord" an "ungeborenen Kindern" durchgeführt und gedeckt. Im mittlerweile eingestellten katholischen Internetprojekt *kreuz.net* wurden 2012 unter dem Titel "Kinderschlachtung" die "Abtreibungsmorde" ebenfalls als "in Qualität und Quantität" schlimmer als die "NS-Morde" bezeichnet.[288]

Dieter Stein schrieb 2011 in der *Jungen Freiheit* unter "Homo-Lobby und Gesellschaftspolitik: Vorwärts in den Untergang" über die "demographische Auszehrung unseres Volkes" und meinte damit einen "anhaltenden Geburtenrückgang", der in Kombination mit "anhaltender Zuwanderung" zu einem "regelrechten Bevölkerungsaustausch" führen werde. Für eine Anhebung der Geburtenrate wäre gemäß Stein "eine Renaissance der Familie" notwendig. Das Gegenteil sei aber der Fall, denn mit "Gender Mainstreaming" zielten "linke Ideologen" und Vertreter einer "aggressiven Homo-Lobby" auf ein "systematisches Abräumen aller Geschlechtsunterschiede" ab, zum Nachteil der "traditionellen Familie" mit Vater und Mutter. Damit werde die "Zerstörung der natürlichen Ordnung" bezweckt, wobei die Familie als ein "Widerstandsnest" gegen "staatliche Umerziehungsprogramme" wahrgenommen werde. Schließlich werde die "Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften" mit der Ehe und einem vollständigen Adoptionsrecht für "Homopaare" angestrebt, was gefährlich sei und gestoppt werden müsse.[289]

Auch in der EDU-Festschrift "Christ und Politik" von 2005 werden Ehe und Familie als "Schöpfung Gottes" verteidigt. Die Ehe sei gemäß Bibel "ein verbindlicher Bund zwischen den Ehepartnern und mit Gott", wobei es untersagt sei, "auf eheliche Sexualität zu verzichten" (Schirrmacher et al. 2005: 41f.).

Thomas Schirrmacher (siehe 9.3.1.3) hält in den von ihm übersetzten und von ihm 2009 in dritter Auflage herausgegebenen "Chicago-Erklärungen zur biblischen Irrtumslosigkeit"[290] fest, dass "Abtreibung" grundsätzlich als "Kindesmord"

---

288 Redaktioneller Beitrag vom 21.04.2012 auf *kreuz.net*.

289 Stein, Dieter: "Homo-Lobby und Gesellschaftspolitik: Vorwärts in den Untergang", in: *Junge Freiheit* vom 14.01.2011.

290 Zwischen 1978 und 1986 wurden von einem Zusammenschluss evangelikaler Theologen drei "Chicago-Erklärungen" in Englisch verfasst, die Thomas Schirrmacher übersetzt und 1993 erstmals in seinem Bonner "Verlag für Kultur und Wissenschaft" herausgab.

gelte (S. 64). Die "Heiligkeit des menschlichen Lebens" dürfe nur durch "Töten im Selbstverteidigungsfall, im Fall der vom Staat ausgeführten Todesstrafe oder in gerecht ausgetragenen Kriegen" verletzt werden (S. 65). Der Zweck der Ehe sei die "Verherrlichung Gottes und die Ausbreitung seines Königreiches auf der Erde" und soll für "Fortpflanzung und christliche Erziehung von Kindern" sorgen (S. 65). In der von Gott eingesetzten "Eheordnung" sei "der Ehemann als Haupt der liebende Diener und Führer seiner Frau", die ihm in "unterordnender Gemeinschaft" beistehe. Dabei habe der Staat weder das Recht "Sichtweisen von Ehe und Familie zu legitimieren, die den biblischen Maßstäben entgegenstehen", noch das Recht, "die in der Bibel den Eltern übertragenen Verantwortungsbereiche an sich zu reißen" (S. 66). Homosexuelle könnten durch Gottes Gnade befreit werden, denn Gott liebt sie "ebenso wie andere Sünder" (S. 68). Um "die Sünde einzudämmen" und "die Ordnung zu erhalten", habe Gott die staatliche Regierung eingesetzt (ebd.). Der Staat habe aber keine "Autorität" im Bereich der "Kirche" und der "Familie", da diese von Gott eingesetzt worden seien (S. 69).

10.2.2 Christlich-abendländische Vernetzung gegen den Westen

Zum Menschenrechtstag (siehe 9.3.3) vom 10. Dezember 2011 versandte der römisch-katholische Bischof Vitus Huonder einen "Hirtenbrief" zu "Sexualerziehung staatlich verordnet"[291] im Bistum Chur (Schweiz) sowie an die Medien, worin er die "Gewissens- und Religionsfreiheit" mit Rechten betreffend "Ehe" und "Familie" verband. In der "Erziehung ihrer Kinder" hätten die Eltern das Recht auf "Weitergabe des eigenen Glaubens". Insbesondere sei das Sexualverhalten "kraft göttlicher Offenbarung durch Gebote und Weisungen geordnet". Eltern müssten auf dieser Grundlage ihre Aufgabe wahrnehmen, "[…] vom Staat verordnete Lehrpläne der Sexualerziehung zu prüfen." Sie seien berechtigt, "[…] alles, was in den Lehrplänen im Widerspruch zum Glauben steht, abzulehnen".

Gemäß dem "Hirtenbrief" habe die "Wahrheit der göttlichen Offenbarung" stets Vorrang: "Den Menschenrechten voraus geht daher immer das göttliche Recht." Die "Erklärung der Vereinigten Nationen zu den Menschenrechten von 1948" beurteilte der Bischof deshalb als eine Grundlage und gesetzgeberische Leitlinie für "viele staatliche Gemeinschaften", um daraufhin festzustellen: "Die *Kir-*

291 "Wort zum Tag der Menschenrechte 10. Dezember 2011", download unter URL: http://www.bischoefe.ch/content/download/8559/80278/file/hirtenbrief_chur.pdf (Zugriff 30.01.2017).

che nimmt die Menschenrechtserklärung zur Kenntnis." (Hervorhebung im Original).[292]

Zum Menschenrechtstag 2013 versandte Bischof Vitus Huonder den "Hirtenbrief" mit dem Titel "Gender – Die tiefe Unwahrheit einer Theorie"[293], worin er die "politische Infragestellung von Ehe und Familie" durch die "Ideologie des Genderismus" beklagte. Demnach bedeute *Gender* die vom biologischen Geschlecht unabhängige frei wählbare sexuelle Orientierung. Durchgesetzt werde diese Ideologie etwa durch "[…] das vermeintliche Recht gleichgeschlechtlicher Paare, zu heiraten und Kinder zu adoptieren, oder durch die (Homo-)Sexualisierung der Kinder in Kindergarten und Schule". Dies sei ein "[…] Angriff auf Ehe und Familie als die tragenden Strukturen unserer Gesellschaft". Der *Genderismus* leugne die "Schöpfungsordnung" und die "Vorgabe der Natur", sei außerdem "wissenschaftlich unhaltbar" und führe zur "Zerstörung von Ehe und Familie" mit "psychischen Störungen" bei Kindern und Jugendlichen, etwa durch ihre "Auslieferung" an gleichgeschlechtliche Paare. Wer anders denke und den *Genderismus* hinterfrage, werde in seiner Religions- und Meinungsfreiheit immer stärker eingeschränkt. Huonder forderte daher alle Gläubigen dazu auf, "ihre gesellschaftlichen und politischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen", um die "Schöpfungs- und Erlösungsordnung" zu verteidigen.

Der "Hirtenbrief"[294] führte zu einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung. Unterstützung fanden die Positionen des Bischofs etwa bei *PI-News* ("Vitus Huonder – mehr solche Bischöfe bitte!"[295]), wie auch bei der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG, siehe 6.1) ("Gender Mainstreaming – Protestanten teilen katholische Kritik"[296]). Verteidigt wurde Bischof Vitus Huonder auch

292 Ebd.

293 Download unter URL: http://www.bistum-chur.ch/wp-content/uploads/2013/12/Wort_des_Bischofs_VIII_2013.pdf (Zugriff 30.01.2017).

294 Der Bistumssprecher korrigierte die Bezeichnung "Hirtenbrief". Es handle sich bloß um ein "Wort des Bischofs zum Tag der Menschenrechte". Irrtümlicherweise habe man es als "Hirtenbrief" bezeichnet, der von den katholischen Priestern von der Kanzel hätte verlesen werden müssen ("Kommunikationspanne des Bistums Chur", in: NZZ vom 09.12.2013, URL: http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/ausfuehrungen-zum-genderismus-1.18200895 [Zugriff 30.01.2017]).

295 URL: https://www.pi-news.net/2013/12/vitus-huonder-mehr-solche-bischoefe-bitte/ (Zugriff 30.01.2017).

296 *idea*-Meldung vom 10.12.2013, URL: http://www.idea.de/detail/frei-kirchen/detail/protestanten-teilen-katholische-kritik-am-genderismus-26621.html (Zugriff 30.01.2017).

von Philipp Gut in der *Weltwoche* ("Gender: Irdischer Zorn"[297]) und vom *Bündnis Christliche Schweiz* (BCS, siehe 9.2.4.4) ("Gender: Sukkurs für Bischof Huonder"[298]). Dominik Lusser reagiert für *Zukunft CH* (siehe 9.2.3.4) in der *Basler Zeitung* unter "Staatlich finanzierte Pseudo-Wissenschaft"[299] auf einen kritischen NZZ-Beitrag[300] der Koordinatorin des Netzwerkes *Gender-Studies Schweiz* zum "Hirtenbrief". Schließlich druckte die *Schweizerzeit* Bischof Vitus Huonders "Wort zum Tag der Menschenrechte" nach, da die "gehässige, nicht enden wollende Medienkampagne" gegen den Churer Bischof "Betroffenheit" ausgelöst habe. Wer sich eigenständig mit dem bischöflichen Hirtenbrief auseinandersetze, stoße jedoch auf "interessante, tiefgreifende, jeglichem Eifern entbehrende Überlegungen und Schlussfolgerungen".[301]

Der "Hirtenbrief" fand auch Verwendung beim *Pforzheimer Kreis*, aus dem die *Christen in der AfD* hervorgingen (siehe 8.2.2.6). Im März 2014 reichte der *Pforzheimer Kreis* auf dieser Grundlage eine "Petition gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie in Gesetzesvorhaben und Vorschriften" beim Landtag von Baden-Württemberg ein.[302]

Schließlich wurde klar, dass der "Hirtenbrief" auf einer Vorlage von Bischofsvikar Christoph Casetti und Gabriele Kuby beruhte.[303] Casetti war etwa 2004 am IKBG-Kongress in Freudenstadt (siehe 9.1.3) dabei und im September 2014 am *Marsch fürs Läbe* (siehe 9.2.4.3). Die zum Katholizismus konvertierte Soziologin Kuby wurde durch mehrere Bücher zur "Gender-Ideologie" oder "Hexerei" ("Harry Potter – gut oder böse")[304] bekannt und fällt seither durch eine ausgedehnte Vortragstätigkeit und Medienauftritte auf.

---

297 Beitrag vom 12.12.2013.

298 Bericht zur BCS-Medienmitteilung vom 20.12 in: *Südostschweiz* vom 21.12.2013.

299 Gastbeitrag in der *Basler Zeitung* vom 28.02.2014, S. 9.

300 Meyer, Katrin: "Zur Diskussion um 'Gender' und 'Genderismus'", in: *NZZ* vom 18.12.2013, URL: https://www.nzz.ch/feuilleton/wider-natur-und-schoepfungsordnung-1.18206521 (Zugriff 30.01.2017).

301 "Eine Kampagne und ihre Ursache", redaktionelle Einführung des Nachdrucks in: *Schweizerzeit* vom 28.03.2014, S. 8.

302 "Erklärung des Pforzheimer Kreises" vom 24.09.2014, URL: http://www.pforzheimerkreis.de/petitionen/20140924_Petition1_Stellungnahme.pdf (Zugriff 30.01.2017).

303 Alig, Denise: "Plagiatsvorwürfe an Bischof Huonder sind laut Hof haltlos", in: *suedostschweiz.ch* vom 18.02.2014, URL: http://www.suedostschweiz.ch/zeitung/plagiatsvorwuerfe-bischof-huonder-sind-laut-hof-haltlos?amp (Zugriff 30.01.2017).

304 Siehe URL: http://www.gabriele-kuby.de/buecher/ (Zugriff 30.01.2017).

Gabriele Kuby nahm etwa im November 2010 an der *Zukunft CH*-Tagung "Familie ist Zukunft! Gegen Wertezerfall und Genderwahn" in Olten teil. Es referierte neben Pfarrer Stückelberger u.a. auch die zum Katholizismus konvertierte Bestseller-Autorin Christa Meves. Bischof Vitus Huonder ließ sein Grußwort durch Generalvikar Martin Grichting vortragen. 2011 führte *Zukunft CH* eine Vortragsreihe mit Kuby zu "Gender Mainstreaming" in mehreren Schweizer Städten durch.

Seit mindestens 2004 beteiligt sich Gabriele Kuby regelmäßig an den Jahreskongressen der *Kirche in Not* in Augsburg, so etwa auch 2008, als dort wie erwähnt *Bat Ye'or* auftrat (siehe 10.1.5.2). Mit dabei waren 2008 auch Christa Meves oder Karl Hafen von der IGFM. Am Kongress 2015 wurde Gabriele Kuby mit dem Pater-Werenfried-Preis ausgezeichnet.

2012 referierte Gabriele Kuby an der Eröffnung des "Sonderbestands Lebensrecht" der "Bibliothek des Konservatismus" in Berlin. Dort sprach auch der *Junge Freiheit*- und *Sezession*-Autor Harald Seubert (siehe 6.3.1.1, 8.2), Professor der *Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule* Basel (STH, siehe 6.1.2) und Präsident des *Studienzentrums Weikersheim* (SZW),[305] der 2008 die Privatbibliothek von Günter Rohrmoser (siehe 10.2.1.2) geerbt hatte und sie der *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung* (FKBF) übergab, die sie 2011 in die neu eröffnete *Bibliothek des Konservatismus* integrierte. Bei der Eröffnung saß etwa Rolf Sauerzapf (siehe 6.3.1.1) im FKBF-Stiftungsrat, dessen Vorsitz Dieter Stein innehat. Die FKBF vergibt zusammen mit Steins Wochenzeitung *Junge Freiheit* (wo Gabriele Kuby regelmäßig publiziert) den Gerhard-Löwenthal-Preis[306].

2014 organisierte die EDU, die sich 2013 zusammen mit dem *Bündnis Christliche Schweiz* hinter Bischof Vitus Huonders "Hirtenbrief" gestellt hatte, eine Vortragsreihe mit Gabriele Kuby in der Schweiz. Von März bis Juni 2014 nahm Kuby zudem an mehreren Kundgebungen der "Demo für alle" in Stuttgart teil, wo ein Zusammenschluss von Organisationen aus dem Umfeld der *Pro-Life*-Bewegung gegen "Gender-Ideologie" protestierte und konkret gegen den baden-württembergischen "Bildungsplan 2015" opponierte. Zur Teilnahme aufgerufen hatten auch die *Christen in der AfD*, mit dabei waren etwa Christa Meves, Inge Thürkauf oder Peter Beyerhaus von der IKBG (siehe 6.1), an deren "Studientag Genderismus" Gabriele Kuby im Juli 2014 in Schwäbisch Gmünd referierte.

---

305 Zum SZW siehe 9.2.3.2, 10.1.4.4, 10.2.2.1.

306 Siehe URL: http://www.bdk-berlin.org/stiftung/gerhard-loewenthal-preis/ (Zugriff 30.01.2017). Ausgezeichnet wurden etwa Peter Scholl-Latour (siehe 9.1.1.1). Gerhard Löwenthal war Ehrenvorsitzender der *Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik* (siehe 10.2.2.3).

10.2.2.1 Eurasische Wertegemeinschaft mit Russland

Im September 2014 reiste Gabriele Kuby schließlich nach Moskau, wo sie am zweitägigen Internationalen Forum "Große Familien und die Zukunft der Menschheit" (im Kreml und in der Christ-Erlöser-Kathedrale) auftrat. Beteiligt waren etwa ein Vertreter der ungarischen *Fidesz*, des französischen *Front National* (später: *Rassemblement National*) oder Johann Gudenus von der FPÖ. Präsident Wladimir Putin übermittelte eine Grußbotschaft. Die Konferenz wurde von den Stiftungen von Konstantin Malofejew und Wladimir Jakunin organisiert.[307] Es nahmen auch der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill I. und die Duma-Abgeordnete Jelena Misulina teil, die Anti-Homosexuellen-Gesetze in Russland mitverantwortete und jüngst zur Entkriminalisierung von Gewalt in der Familie beitrug.[308] Jelena Misulina trat bereits im November 2013 an der 2. COMPACT-Konferenz "Für die Zukunft der Familie! Werden Europas Völker abgeschafft?" in Leipzig auf. Organisiert wurde die Konferenz von Jürgen Elsässers *Compact*-Magazin, es referierten etwa Thilo Sarrazin sowie Béatrice Bourges von *La Manif pour tous*, der "Demo für alle", die 2013 Großdemonstrationen gegen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Frankreich durchgeführt hatte und 2014 die "Demo für alle" in Stuttgart (siehe oben) inspirierte. Patriarch Kyrill I. hatte sich 2013 auch für russische Anti-Homosexuellen-Gesetze und die Proteste in Frankreich stark gemacht. Im "Westen" sah er denn auch "Zeichen der Endzeit" durch die "Homo-Ehe", "Säkularisierung" und einen "Niedergang moralischer Autoritäten".[309]

Johann Gudenus nahm zusammen mit Heinz-Christian Strache (siehe 8.3.1) bereits im Mai 2014 an einer Geheimkonferenz von Konstantin Malofejew in Wien im Gedenken an die Gründung der "Heiligen Allianz" gegen Napoleon teil, wie der *Tages-Anzeiger* enthüllt hatte.[310] Im Stadtpalais des Fürsten Liechtenstein nah-

---

307 Schmidt, Friedrich: "Oligarch Malofejew – Zurück zu Zar und Bismarck", auf: *faz.net* vom 12.03.2016, URL: http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/oligarch-malofejew-sehnt-nach-neurussischen-reich-14118520.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Zugriff 30.01.2017).

308 Affentranger, Zita: "Putins Frau für die strenge Moral", in: *Tages-Anzeiger* vom 28.01.2017, URL: http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/putins-frau-fuer-die-strenge-moral/story/22432583 (Zugriff 30.01.2017).

309 "Russisch-Orthodoxe Kirche sieht ‚Zeichen der Endzeit' im Westen", in: *ideaSpektrum Schweiz* vom 08.08.2013, S. 20.

310 Odehnal, Bernhard: "Gipfeltreffen mit Putins fünfter Kolonne", in: *Tages-Anzeiger* vom 03.06.2014, URL: http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Gipfeltreffen-mit-Putins-fuenfter-Kolonne/story/30542701 (Zugriff 30.03.2017).

men etwa Politiker (u.a. vom *Front National*), Adelige und Geistliche teil, als Hauptredner sprach Alexander Dugin, der als Vordenker der *Eurasischen Bewegung*[311] ein "europäisch-asiatisches Bündnis unter Führung Russlands" propagierte.[312]

Wladimir Jakunin war an den Konferenzen in Wien und Moskau dabei, wie auch kurz darauf im November 2014 an der 3. Internationalen COMPACT-Konferenz "Frieden mit Russland – Für ein souveränes Europa!" in Berlin. Der emeritierte Rechtsprofessor Karl Albrecht Schachtschneider legte dort etwa dar, weshalb die Annexion der Krim durch Russland völkerrechtlich einwandfrei verlaufen sei.[313] Der *Junge Freiheit*- und *Schweizerzeit*-Autor Schachtschneider war unter STH-Professor Harald Seubert (siehe oben) Vizepräsident des *Studienzentrums Weikersheim* (SZW, siehe 10.2.2). Karl Albrecht Schachtschneider referierte im November 2008 an der außerordentlichen Mitgliederversammlung der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) in Würzburg über die "Bedeutung der Religionsfreiheit", im März 2009 bei der Fraktion *Pro Köln* (siehe 6.3.1, 9.3.1.5, 10.1.4.7) zu: "Kein Grundrecht auf den Bau von Großmoscheen" und im Mai 2010 gemeinsam mit Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2) an der BPE-Jahresversammlung in Mainz, wo Schachtschneider zur "Problematik des Islam im Kontext der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" sprach, was Rechtsanwalt Michael C. Schneider im Bericht für *PI-News* auf die Formel: "Privater Islam ist erlaubt, öffentlicher Islam ist verboten" vereinfachte.[314] Im Rahmen der BPE-Jahresversammlung 2015 wurde Schachtschneider der BPE-Freiheitspreis verliehen,[315] den zuvor bereits Stefan Herre und Geert Wilders entgegengenommen hatten (siehe 9.3.3). Den Preis erhielt Karl Albrecht Schachtschneider für sein Buch "Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam", das 2010 bei Duncker & Humblot in Berlin erschienen war. Einen Einblick darin gibt er auf seiner Web-

311 Vgl. etwa Brumlik (2016/3: 81-92), online unter URL: https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2016/maerz/das-alte-denken-der-neuen-rechten (Zugriff 30.01.2017).

312 Siehe Fußnote 310.

313 Gennies, Sidney: "Jürgen Elsässer: Wahrheit gepachtet", auf: *zeit.de* vom 23.11.2014, URL: http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/russland-putin-egon-bahr-compact-magazin-verschwoerung-afd/komplettansicht (Zugriff 30.01.2017).

314 Schneider, Michael C.: "Raddatz und Schachtschneider bei Pax Europa", auf: *PI-News* vom 31.05.2010 (am 02.06.2010 vom BPE-Blog übernommen), URL: https://www.pi-news.net/2010/05/raddatz-und-schachtschneider-bei-pax-europa/ (Zugriff 30.01.2017).

315 "PAX EUROPA verleiht Prof. Schachtschneider den 'Hiltrud Schröter Freiheitspreis'", auf: *PI-News* vom 28.06.2015, URL: https://www.pi-news.net/2015/06/pax-europa-verleiht-prof-schachtschneider-den-hiltrud-schroeter-freiheitspreis/ (Zugriff 30.01.2017).

site unter dem Titel "Verfassungswidrigkeit islamischer Religionsausübung in Deutschland", wo er den "Dschihad" zu den "Pflichten jedes Muslims" erklärt und u.a. deshalb festhält, dass der Islam "[…] mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar" sei. Daraufhin verweist Schachtschneider auf das "Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG", das jeden Bürger zum "Widerstand gegen Verfassungsfeinde" verpflichte.[316]

Ebenfalls an dieser 3. Internationalen COMPACT-Konferenz referierten Alexander Gauland von der AfD und Oskar Freysinger von der SVP. Freysinger sprach sich laut Konferenzbericht für eine Abwendung vom "US-geführten System der Neuen Weltordnung" aus und plädierte dafür, Russland "einzubinden statt auszugrenzen" und gemeinsam ein "föderalistisches Europa der Vaterländer" zu errichten.[317]

Oskar Freysinger nahm im Mai 2016 an den Gedenkfeiern zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Russland teil. Danach lobte er im Interview Wladimir Putins "Demokratie im Aufbau", wo "die Menschen viel freier als in Westeuropa" wären. In Deutschland etwa wagten es AfD-Anhänger schon gar nicht mehr, ihre Meinung frei zu äußern. In Russland dagegen habe er niemanden erlebt, der Angst davor hätte, "völlig frei seine Meinung zu äußern".[318]

Im November 2016 nahm Oskar Freysinger schließlich wieder mit Karl Albrecht Schachtschneider an einer COMPACT-Konferenz in Berlin zum Thema "Offensive zur Rettung der Meinungsfreiheit" teil. Die Vortragstitel lauteten dementsprechend: "Auf dem Weg in die Diktatur" (Jürgen Elsässer), "Die Meinungsdiktatur im EU-Imperium aus Schweizer Sicht" (Freysinger) oder "Wie die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit zerstört wird" (Schachtschneider). Zudem referierte AfD-Bundesvorstand André Poggenburg über "Hetze und Gewalt gegen die AfD". Zum Abschluss zeigte Lutz Bachmann von *Pegida* (siehe 10.2.4) mit *Se-*

316 "Verfassungswidrigkeit islamischer Religionsausübung in Deutschland", URL: http://www.kaschachtschneider.de/de/component/content/article/2-aktuelles/23-verfassungswidrigkeit-islamischer-religionsausuebung-in-deutschland.html (Zugriff 30.03.2017).

317 Dassen, Marc: Bericht zur 3. COMPACT-Souveränitätskonferenz vom 22.11.2014 unter URL: https://www.compact-online.de/dritte-compact-souveraenitaetskonferenz-friede-mit-russland-22-11-014/ (Zugriff 30.01.2017).

318 Studer, Ruedi; Albert, Attila: "Heikle Geste in Moskau", Interview auf: *blick.ch* vom 09.05.2016, URL: http://www.blick.ch/news/politik/heikle-geste-in-moskau-was-traegt-der-svp-vize-oskar-freysinger-da-im-russischen-tv-id5012670.html?utm_source=twitter&utm_medium=social_page&utm_campaign=bli (Zugriff 30.01.2017).

zession- und *PI-News*-Autor Martin Sellner von der *Identitären Bewegung Österreich* (IBÖ, siehe 10.1.4.6) "Perspektiven des Widerstandes" auf.

10.2.2.2 Heteronormative Gegenkirche

Ein "Bündnispartner" der *Demo für alle* ist das *Forum Deutscher Katholiken* (FDK).[319] Die katholische Missionsorganisation[320] trifft sich seit 2001 jährlich in Fulda, wo sie als ultramontane Gegenbewegung zum *Zentralkomitee der Deutschen Katholiken* (ZdK) initiiert worden war.[321] FDK-Mitbegründer war etwa der damalige Präsident von *Kirche in Not* (KiN) Deutschland und IGFM-Kuratoriumsmitglied Hans Graf Huyn (siehe 6.3.1.2). Konrad Löw (siehe 5.3, 10.2.2.3) – Autor u.a. in FAZ, *Die Welt, Junge Freiheit* und *Sezession* – sitzt im Kuratorium vom FDK und von der IGFM. Ebenfalls im FDK-Kuratorium aufgeführt sind die oben erwähnten Gabriele Kuby und Christoph Casetti.[322]

2015, am 15. FDK-Kongress zum Thema "Ehe und Familie – gottgewollter Auftrag und Weg zum Glück" erklärte Hedwig von Beverfoerde, die zusammen mit der AfD-Politikerin Beatrix von Storch hinter der *Demo für alle* steht, "Warum wir gegen Gender-Indoktrinierung und Sexualisierung der Kinder demonstrieren".

Bischof Vitus Huonder (siehe oben) referierte am selben Kongress zu: "Die Ehe – Geschenk, Sakrament und Auftrag".[323] Demnach ist die Ehe "göttlichen Ursprungs" und "auf die Fruchtbarkeit ausgerichtet". Als "Werk Gottes" sei die Ehe keine weltliche Angelegenheit und stehe deshalb "nicht in der Verfügung des Menschen". "Mann und Frau" seien in der Ehe gehalten, gemäß "dem Schöpfungswillen und der Schöpfungsordnung" nach biblischen "Normen und Weisungen" zu leben. Ehe und Familie seien zudem "hierarchisch geordnet". Es gibt daher "keine Vielfalt der Ehe- und Familienmodelle", so Huonder. Nur schon darüber zu spre-

---

319 Siehe unter URL: https://demofueralle.wordpress.com/eine-seite/wer-wir-sind/ (Zugriff 30.01.2017).

320 Siehe: "Die Botschaft des Forums Deutscher Katholiken", URL: http://forum-deutscher-katholiken.de/ueber-uns/die-botschaft-des-forums-deutscher-katholiken/ (Zugriff 30.01.2017).

321 Facius, Gernot: "Papsttreue Katholiken bilden Gegenbewegung", auf: *welt.de* vom 18.01.2001, URL: https://www.welt.de/print-welt/article428746/Papsttreue-Katholiken-bilden-Gegenbewegung.html (Zugriff 30.01.2017).

322 Siehe URL: http://forum-deutscher-katholiken.de/ueber-uns/kuratorium/ (Zugriff 30.01.2017).

323 Siehe URL: http://www.bistum-chur.ch/wp-content/uploads/2015/08/Vortrag.pdf (Zugriff 30.01.2017).

chen, sei ein "Angriff" auf Gott. Die "göttliche Ordnung" im "Umgang mit der Sexualität" macht er an zwei Zitaten aus dem biblischen Buch Levitikus fest, wonach "gleichgeschlechtliche Praxis" mit dem Tode bestraft wird. Die "Seelsorge" müsse sich in dieser Frage "nach der göttlichen Ordnung" richten. Der Glaube könne etwa bei "Menschen mit homophiler Neigung" zu einer "Umleitung der diesbezüglichen Orientierung" führen.

Nachdem der Vortrag, wie bereits der "Hirtenbrief" von 2013 (siehe oben), zu einer breiten öffentlichen Debatte geführt hatte, präzisierte der Bischof von Chur in einer Stellungnahme, dass sein Referat nicht gegen "homosexuell empfindende Menschen" gerichtet sei und er für diese auch keine Todesstrafe fordere. Vitus Huonder unterscheidet sodann zwischen einer "theologischen *Bewertung* homosexueller Handlungen" und dem "*Handeln* der Kirche" (Herv. i.O.). Ersteres ordnet er dem Alten Testament zu, letzteres dem Neuen Testament unter. Denn Christen seien dazu angehalten, "[…] das Alte Testament aus der Sicht der Erfüllung in Christus zu interpretieren".[324]

Die schweizerische *Katholische Volksbewegung Pro Ecclesia* bedankte sich bei Vitus Huonder für seinen "Mut", sich gegen den "Zeitgeist" zu stellen und verurteilte die "Attacken" auf den Bischof, wie es in einem Flyer heißt, den *Pro Ecclesia*- und CSI-Präsident Herbert Meier (siehe 9.2.4) auf *Facebook* teilten.[325]

Herbert Meier wehrte sich 2015 gemeinsam mit anderen in einem offenen Brief gegen die Verleihung eines Ehrendoktortitels der Universität Freiburg an Judith Butler im November 2014.[326] Demnach sei "die akademische Ehre" der Universität unvereinbar mit einem Ehrendoktorat für eine "Genderistin". Organisiert wurde der Protest von *Bürger für Bürger* und den *Pro-Life*-Organisationen *Human Life International* (HLI) Schweiz, *Jugend und Familie* sowie *Zukunft CH* aus der Trägerschaft des *Marsch fürs Läbe* (siehe 9.2.4.3). Unterschrieben hatten auch Fouad Adel (siehe 9.1.3), Heinz Gstrein (siehe 9.1.1.2), Christa Meves (siehe 10.2.1.2), Wilfried Puhl-Schmidt (siehe 9.2.3.1), Inge Thürkauf (siehe 10.2.1.1) oder Annette Walder (siehe 9.2.4.1).

---

324 Siehe: "Vitus Huonder: Zum Vortrag in Fulda vom 31. Juli 2015" vom 13.08.2015, URL: https://www.kath.ch/medienspiegel/vitus-huonder-zum-vortrag-in-fulda-vom-31-juli-2015/ (Zugriff 30.01.2017).

325 *Facebook*-Eintrag vom 02.09.2015.

326 "Offener Brief an die Leitung der Universität Freiburg", URL: http://www.fuer-gesunde-familien.ch/uni-fr-genderismus-nein/offener-brief/ (Zugriff 30.01.2017).

10.2.2.3 Europäische Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik

Die *Europäische Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik* (siehe 5.2, 10.2.1.4) ist ein interdisziplinärer Verbund von Organisationen und Einzelpersonen zum "[…] Erhalt der christlich-abendländischen Kultur mit ihren tragenden Werten".[327] Aktiv wurde diese Arbeitsgemeinschaft Anfang der 1990er Jahre, da eine "Zersetzung der Werte unserer Kultur" festgestellt wurde, wie auch "Auflösungstendenzen in Gesellschaft, Staat und Kirche". Festgemacht wurde dies etwa an einer "Entwertung menschlichen Lebens" oder an der "Drogenliberalisierung".[328] Ehrenvorsitzende der *Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik* sind u.a. Baroness Caroline Cox (siehe 7.1.1) und Gerhard Löwenthal, ein früherer ZDF-Journalist und Autor der *Jungen Freiheit* und *Schweizerzeit.* Nach seinem Tod initiierte seine Witwe gemeinsam mit der *Jungen Freiheit* und der *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung* (FKBF) den Gerhard-Löwenthal-Preis (siehe 10.2.2).

Ab 1993 wurden *Mut zur Ethik*-Kongresse mit "Wissenschaftler[n] und Experten verschiedener Disziplinen sowie Vertreter[n] der christlichen Kirchen" in Österreich ausgerichtet, zuerst in Bregenz, danach in Feldkirch. Der bisher letzte Kongress fand 2010 statt.[329] Treibende Kraft war der 2002 offiziell aufgelöste *Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis* (VPM),[330] der von Zürich aus agierte und über Ableger in Deutschland und Österreich verfügte.

Der erste *Mut zur Ethik*-Kongress zu "Ja zur Ethik - Nein zum Nihilismus" knüpfte 1993 explizit an die Tagung "Mut zur Erziehung" an, die 15 Jahre zuvor in Bonn gegen Schulreformen opponierte.[331] In Bregenz eröffnete Prof. Dr. Peter Beyerhaus (siehe 6.1) den Kongress, an dem er selbst zum "Einfluss des Evangeliums auf Institutionen und Gesellschaft" sprach. Es referierten u.a. Ulrich Schlüer (siehe 6.3.2), Thomas Schirrmacher (siehe 9.3.1.3) (wie auch 1994 zum Kongress-Thema "Schutz der Familie und der heranwachsenden Jugend") und Günter Rohr-

327 Siehe URL: http://www.mut-zur-ethik.ch/ (Zugriff 30.01.2017).

328 Ebd.

329 Ebd.

330 Zur Übersicht: Stamm 1993; Niggli und Frischknecht 1998: 339-375; Skenderovic 2005: 311-325.

331 Siehe URL: http://www.mut-zur-ethik.ch. Vgl. Voland, Claus: "Erziehung zum Mut", Kommentar in *Die Zeit* vom 31.03.1978, URL: http://www.zeit.de/1978/14/erziehung-zum-mut; Dokumentation der Kongresserklärung "Mut zur Erziehung" vom 18.09.2004 unter URL: https://www.welt.de/print-welt/article341284/Mut-zur-Erziehung.html (Zugriffe 30.01.2017).

moser (siehe 10.2.1.2) (wie auch 1994 und 1995 zum Kongress-Thema "Ethik in der Erziehung – Erziehung zur Demokratie").

Beim *Mut zur Ethik*-Kongress 1996 zum Thema "Aufgaben der Gesellschaft zur Sicherung der Demokratie" wurden Thesen verabschiedet, etwa zu "Lebensrecht" ("Der Mensch hat ein Recht auf Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tode") und zur Familie ("Die Ehe ist die natürliche Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Aus ihr erwächst die Familie als Lebensgemeinschaft von Eltern und Kindern") (VPM 1996: 734f.).

An den *Mut zur Ethik*-Kongressen traten einige Referenten auf, die dem IGFM-Kuratorium (siehe 6.2.1) angehörten, so etwa Lothar Bossle (siehe 6.3) 1993, Konrad Löw (siehe 10.2.2.2) 1993, 1996 und 1998, Otto von Habsburg 1993 und Klaus Hornung (siehe 6.3) 1994 und 1996.

Aus dem Kuratorium des *Forums Deutscher Katholiken* (FDK) (siehe 10.2.2.2) sprachen Hans Schieser 1993, 1994 und 1995, Johanna Gräfin von Westphalen 1994, Otto von Habsburg (siehe oben) und Konrad Löw (siehe oben), die alle etwa 2010 am FDK-Jahreskongress "Die Kirche – Dienerin der Wahrheit und Zeichen des Widerspruchs" in Fulda unter der Schirmherrschaft der Gräfin von Westphalen teilgenommen hatten. Es referierte dort u.a. Gabriele Kuby (siehe 10.2.2), ebenfalls aus dem FDK-Kuratorium.

Aus der *Pro-Life*-Bewegung referierten etwa Johanna Gräfin von Westphalen (siehe oben) von der deutschen *Stiftung Ja zum Leben* sowie Prof. Dr. Alma von Stockhausen 1993 und Gerd J. Weisensee 1993, 1994, 1995 und 1996, die beide (wie auch Inge Thürkauf, siehe 10.2.1.1) zum Kuratorium von *Pro Life Deutschland* gehören.[332] Die Organisation bietet eine "Krankenversicherungslösung mit Verzicht auf Abtreibung" an.[333] Dasselbe Angebot bietet Gerd J. Weisensee mit dem Schweizerischen Verein *Pro Life* an.

Mut zur Ethik-Referent Hans Schieser (siehe oben) wie auch Georg Huntemann von der STH Basel (siehe 6.1.2), der 1994 und 1995 sprach, gehörten dem wissenschaftlichen Beirat des *Instituts Diakrisis* an, das zur *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG) gehört, die von Peter Beyerhaus initiiert wurde (siehe 6.1).

Von den angeführten *Mut zur Ethik*-Referierenden nahmen Konrad Löw, Hans Schieser, Alma von Stockhausen, Otto von Habsburg und Johanna Gräfin von Westphalen auch 2004 am 1. Ökumenischen Bekenntnis-Kongress von Peter Beyerhaus in Freudenstadt teil. Otto von Habsburg und Johanna Gräfin von

332 Siehe URL: http://www.prolife-deutschland.de/kuratorium/ (Zugriff 30.01.2017).

333 Siehe URL: http://www.prolife-deutschland.de/uber-uns/ (Zugriff 30.01.2017).

Westphalen waren 2008 auch am *3. Internationalen Kongress Treffpunkt Weltkirche* von *Kirche in Not* in Augsburg dabei (siehe 10.1.5.2).

Karl Albrecht Schachtschneider (siehe 10.2.2.1) dozierte am *Mut zur Ethik*-Kongress 1997 über "Die Würde des Menschen", was zugleich auch das Kongress-Thema war. Schachtschneider sieht demnach die Würde des Menschen nur in der "Republik" bewahrt, denn nur dort gehe "alle Staatsgewalt vom Volke aus" (1998: 287). Der gegenwärtige "liberalistische Staat" mache die Menschen dagegen zu "Untertanen". Grund dafür seien die politischen Parteien, denn: "Der Parteienstaat ist die Verfallserscheinung der Republik" (ebd.). Vielmehr sollten Abgeordnete "[…] in stellvertretender Sittlichkeit für das Volk die richtigen Gesetze [.] erkennen, welche aufgrund des allgemeinen Willens des Volkes verbindlich werden" (1998: 288).

Damit die Abgeordneten die "allgemeinen Gesetze" erkennen können, seien die öffentliche Diskussion in den Parlamenten und der Diskurs in der Bürgerschaft nötig, so Schachtschneider (ebd.). Dieser Diskurs sei allerdings defizitär, was "weitgehend die Medien zu verantworten" hätten (1998: 283). Anstatt sich nach den Prinzipien von "Wahrheitlichkeit und Richtigkeit" zu richten, würden die Medien die freie Rede "durch Moralismus unterdrücken". Sie würden eine "[…] mediale Herrschaft über das (freilich verfälschte) Gewissen, genannt political correctness" entwickeln (ebd.).

Die "Oligarchie der Parteien" sei eine "Despotie" durch eine "classa politica", worin Menschen zu "Untertanen" entmündigt, mit "Brot und Spielen" versorgt und durch "Propaganda" gesteuert würden (Schachtschneider 1998: 289). Für die "Untertanen" würden zudem "nivellierte, tendenziell sozialistische Lebensverhältnisse" gelten. Zuvor machte Schachtschneider daran auch eine Beschränkung der "Persönlichkeitsentfaltung der Menschen" fest (1998: 286). Denn der Staat solle die "Lebensverhältnisse" der Menschen nicht nivellieren, sondern gerade dazu nutzen, in seinem Innern politische Einheiten zu ordnen (ebd.).

Karl Albrecht Schachtschneider referierte nochmals am bisher letzten *Mut zur Ethik*-Kongress 2010, an dem auch Jürgen Elsässer mitwirkte, bei dessen COMPACT-Konferenzen Schachtschneider ab 2012 auftrat (siehe 10.2.2.1).

Im VPM-eigenen *Verlag Menschenkenntnis* wurden jeweils umfangreiche Konferenzbände herausgegeben, ab 1999 finden sich zu den Kongressen allerdings bloß noch lose Hinweise, etwa Veranstaltungsflyer. Beworben wurden die Kongresse in Zeitschriften wie *Bürger und Christ* und *Alarm*, die von Niggli und Frischknecht (1998: 366) als "VPM-Satelliten" bezeichnet wurden. Demnach übernahm VPM-Mann Alexander Segert beide Zeitschriften, als Ulrich Schlüer (siehe 6.3.2) 1995 in den Nationalrat gewählt wurde, dessen *Schweizerzeit* die beiden Zeitschriften zuvor als Nischenprodukte geführt hatte.

Neben dem VPM ist auch etwa der *Neue Rütlibund* (siehe 10.2.1.4) Mitglied in der *Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik* sowie der *Wiener Akademikerbund* (WAB, siehe 10.1.4.6), der in Österreich für einen Einwanderungsstopp, eine Beendigung der Fristenlösung und die Abschaffung des Gleichbehandlungsgesetzes eintrat, wobei Frauen angeraten wurde, auf Berufstätigkeit zu verzichten, da ihr Platz "am Herd" sei.[334] Zu den Mitgliedern außerhalb der deutschsprachigen Länder gehört u.a. das tschechische *Civic Institute* in Prag, das dort etwa 2006 eine Konferenz zu "Religion and Politics – Islam in Europe, Europe and Islam" veranstaltete, an der Daniel Pipes (siehe 4.3.1) und Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2) referierten.[335]

10.2.3 Bedrohte Meinungsfreiheit

Gerhard Löwenthal, Ehrenvorsitzender der *Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik* (siehe 10.2.2.3), referierte am *Mut zur Ethik*-Kongress 1994 zu "Manipulation in den Medien". Er differenzierte zwischen "öffentlicher Meinung" und "veröffentlichter Meinung", deren Kluft immer größer werde (1994: 533). Man lebe gar in Zeiten, in denen die veröffentlichte Meinung die öffentliche Meinung zu ersetzen beginne. Die Öffentlichkeit werde durch "einseitige, gezielt verzerrende Berichterstattung", bspw. in *Spiegel*, *Stern* und *Die Zeit*, manipuliert. Es mache sich ein "Kampagnenjournalismus" breit, mit dem sich "Gesellschaftsveränderer aller Art" in Szene setzen wollten, um in der Öffentlichkeit "Hysterie, Angst und Aufregung" zu erzeugen (ebd.). Die Strategie laute: "Durch 'Bewusstseinsänderung' zur 'Systemüberwindung'" (1994: 534).

Gerhard Löwenthal nennt als Skandale den "Verleumdungsfeldzug gegen den VPM", die "[…] Angstkampagnen der Medien gegen die Kernenergie, die Schürung der Technikfeindlichkeit, die angeblichen Lebensmittelskandale" sowie den "unsägliche[n] Umgang mit den 12 Jahren Hitlerreich" (1994: 535).

10.2.3.1 *Political Correctness*

Als am *Mut zur Ethik*-Kongress 1996 zum Thema "Aufgaben der Gesellschaft zur Sicherung der Demokratie" (siehe 10.2.2.3) Thesen verabschiedet wurden, betrafen

---

334 Fritzl, Martin: "NS-Verbotsgesetz: Akademikerbund macht reinen Tisch", in: *Die Presse* vom 27.03.2010, online unter URL:http://diepresse.com/home/innenpolitik/554367/NSVerbotsgesetz_Akademikerbund-macht-reinen-Tisch (Zugriff 30.01.2017).

335 Siehe zum Programm der Konferenz vom 03.11.2006 im Außenministerium der Tschechischen Republik unter URL: http://www.obcinst.cz/religion-and-politics-islam-in-europe-europe-and-islam/ (Zugriff 30.01.2017).

zwei davon "Wissenschaft" und "Medien". Beklagt wurde eine "politische Instrumentalisierung" der Wissenschaft, was sich etwa durch *Political Correctness* oder "feministische Wissenschaft" ausdrücke (VPM 1996: 738). Den Medien wurde "Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl" angemahnt. "Ideologisch motivierte Medienkampagnen" stellten dagegen einen "Missbrauch der Pressefreiheit" dar. Viele Medien würden sich heute darin gefallen, "[…] unliebsame Meinungen auszugrenzen und sittliche Normen und Werte zu verhöhnen" (VPM 1996: 739).

Karl Albrecht Schachtschneider beschuldigte am *Mut zur Ethik*-Kongress 1997 wie erwähnt (siehe 10.2.2.3) die Medien, die freie Rede "durch Moralismus" zu unterdrücken, wobei eine *political correctness* genannte "mediale Herrschaft" über das "Gewissen" entwickelt würde (1998: 283). Günter Rohrmoser bezeichnete *political correctness* als eine "verordnete Sprachregelung", deren Überwachung einer "Zensur" gleichkomme (1999: 144). Es werde damit ein "Kampf um die geistig-kulturelle Hegemonie" geführt, denn: "Die entscheidenden politischen Schlachten sind immer nur die Konsequenzen von geistigen und semantischen Auseinandersetzungen, die vorausgegangen und an ganz anderen Orten der Gesellschaft geführt worden sind als im eigentlichen Zentrum des politischen Geschehens" (1999: 145). Der eigentliche Ort des politischen Kampfes sei "[…] der mit der Sprache verbundene Kampf um die Begriffe und der mit der Interpretation verbundene Kampf um das Bewusstsein" (ebd.).

Durch Antonio Gramsci hatte Rohrmoser gelernt: "Der harte Kern der Politik in unserem Jahrhundert ist ein Interpretationskampf" (1999: 145). Denn Gramsci habe dem "klassischen Marxismus" die Wendung zu einer "kulturrevolutionären Strategie" gegeben, deren "Startsignal" die "politische Revolte der 68er" gewesen sei (1999: 147). Dabei bedeute "1968": "Richtig gestellte Fragen, aber falsch gegebene Antworten" (1999: 148).

Prof. Dr. Harald Seubert hält an der STH Basel (siehe 6.1.2) regelmäßig die Vorlesung "Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen", die mit 3 Kreditpunkten (gemäß Bologna-System) vergütet wird. Behandelt werden christliche Konfessionen, Sekten und Ideologien. Zu letzteren werden "Sozialismus und Faschismus (Nationalsozialismus)" sowie "zwei eng miteinander verknüpfte Ideologien der Gegenwart" angeführt: "'Political Correctness' und 'Gender Main-Streaming'". Als Lernziel soll "mit dem Absolutheitsanspruch des christlichen Glaubens" argumentiert werden können. Als Pflichtlektüre ist neben Büchern zu "Sekte" und zu "Political Correctness" das Buch "Die Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie" angegeben, das Harald Seubert mitverfasst hatte.

Co-Autor des Buches ist Manfred Spreng, der etwa 2012 an der *Zukunft CH*-Tagung "Frühkindliche Schädigung durch Gender- und Krippenpolitik?" in Olten

referiert hatte – neben Christa Meves und Inge Thürkauf. 2014 sprach Manfred Spreng am selben Ort wieder an einer *Zukunft CH*-Tagung, diesmal zusammen mit Birgit Kelle (siehe 5.3, 9.2.3.7), die wie Gabriele Kuby zum Katholizismus konvertiert ist, ebenfalls häufig Vorträge hält, Bücher schreibt und etwa in *Schweizerzeit, Junge Freiheit, eigentümlich frei, ideaSpektrum, Focus* oder *Die Welt* publiziert. Birgit Kelle nahm 2014 gemeinsam mit Gabriele Kuby an den Kundgebungen der "Demo für alle" (siehe 10.2.2) in Stuttgart teil und referierte mit Kuby an einem evangelisch-lutherischen "Familienkongress", wo auch Hartmut Steeb als Generalsekretär der *Deutschen Evangelischen Allianz* (DEA, siehe 6.1.1) auftrat, der im selben Jahr mit dem "Preis für Lebensschutz" von Johanna Gräfin von Westphalens *Stiftung Ja zum Leben* (siehe 10.2.2.3) ausgezeichnet wurde.

Birgit Kelle schreibt auch auf dem Blog von Andreas Unterberger, der die Laudatio hielt, als ihr 2013 der Gerhard-Löwenthal-Preis (siehe 10.2.2.3) verliehen wurde. CDU-Mitglied Birgit Kelle trat 2012 auf Einladung der CSU als Sachverständige in der Betreuungsgeld-Debatte vor dem Familienausschuss des Bundestags auf und referierte 2017 bei der CSU-Fraktion im Bayrischen Landtag zu *Gender Mainstreaming*.

Manfred Spreng referierte mit Gabriele Kuby 2014 in Schwäbisch Gmünd am "Studientag Genderismus" der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG, siehe 6.1). Dort moderierte IKBG-Vizepräsident Andreas Späth, der 1. Vorsitzende der IKBG-Unterorganisation *Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis* (KSBB) in Bayern, der auch im Kuratorium des *Forums Deutscher Katholiken* (FDK, siehe 10.2.2.2) sitzt und 2010 am erwähnten FDK-Kongress in Fulda (siehe 10.2.2.3) teilgenommen hatte. Andreas Späth hatte Harald Seuberts und Manfred Sprengs Buch "Die Vergewaltigung der menschlichen Identität. Über die Irrtümer der Gender-Ideologie" 2011 im KSBB-Hausverlag herausgegeben und dazu eine Einführung verfasst. 2015 erschien die sechste Auflage.

10.2.3.2 Intoleranz gegen Christen und Anti-Rassismus-Gesetzgebung

Die römisch-katholische Theologin und ÖVP-Politikerin Gudrun Kugler initiierte 2008 die Website *christianophobia.eu*, um Fälle von "Christianophobie" zu dokumentieren, denn die Verfolgung von "politisch inkorrekten" christlichen Positionen, wie der "Ablehnung der Abtreibung" oder der "Homosexuellen-Ehe", sei "massiv".[336]

336 "Christianophobie: Neue Webseite informiert über die Diskriminierung von Christen", Nachrichtenagenturmeldung vom 17.01.2008, URL:

Gudrun Kugler leitete bis 2015 das Wiener "Dokumentationsarchiv der Intoleranz gegen Christen", das sie mit ihrem Ehemann Martin Kugler zusammen gegründet hatte. Dieser führte 2012 aus, dass das Dokumentationsarchiv den "Großteil der Fälle" über Medienberichte sammelt.[337] Öffentlich in Erscheinung trat das Dokumentationsarchiv erstmals 2010, als es den "Shadow Report on Intolerance and Discrimination Against Christians in Europe"[338] im Rahmen der am UNO-Menschenrechtstag (siehe 9.3.3) zu Ende gegangenen OSZE-Konferenz zu "Religions- und Glaubensfreiheit" in Wien vorstellte. Im Bericht, der den Zeitraum von 2005 bis 2010 abdecken soll, heißt es zur Datenerhebung: "The Observatory gathers instances of discrimination against Christians from media sources and individuals who report to us." (S. 6).

Einen weiteren Bericht stellte Gudrun Kugler etwa 2013 an der OSZE "High Level Conference on Tolerance and Non-Discrimination" in Tirana vor.[339] *idea-Spektrum* berichtete mit Bezug auf das Dokumentationsarchiv von aggressiven Reaktionen auf "Kundgebungen von Lebensrechtlern" oder auf die "sogenannte Gehsteigberatung", bei der Frauen "auf dem Weg zu Abtreibungsärzten vor dem Schwangerschaftsabbruch gewarnt" würden.[340]

Martin Kugler beteiligte sich ab 2011 im Namen des Dokumentationsarchivs bei der Wiener Plattform "Solidarität mit verfolgten Christen", die seit 2008 mit Aktionen zum Menschenrechtstag in Erscheinung tritt (siehe 9.3.1.7). Gudrun Kugler trat etwa beim erwähnten FDK-Kongress 2010 in Fulda (siehe 10.2.2.3) auf, sowie 2006 und 2008 an den Augsburger Jahreskongressen der *Kirche in Not* (siehe 10.1.5.2).

2015 schrieb Christiane Florin im Editorial von *Christ & Welt*, einer Beilage von *Die Zeit*, dass sie eine Anzeige von *Kirche in Not* für ihren Jahreskongress abgelehnt hätten. Grund sei die Formulierung "Gegen den Strom von Meinungsdiktatur und

---

https://de.zenit.org/articles/christianophobie-neue-webseite-informiert-uber-die-diskriminierung-von-christen/ (Zugriff 30.01.2017).

337 Wiesner, Jens: "Auf schmalem Grat", auf: *katholisch.de* vom 03.12.2012, URL: http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/auf-schmalem-grat (Zugriff 30.01.2017).

338 Download unter URL: http://www.intoleranceagainstchristians.eu/fileadmin/user_upload/Five-Year_Report_Intolerance_against_Christians_in_Europe_-_online_version.pdf (Zugriff 30.01.2017).

339 "Report 2012", Beitrag vom 24.05.2013 unter URL: http://www.christenverfolgung.org/steigende-intoleranz-gegen-christen.html (Zugriff 30.01.2017).

340 "OSZE: Diskriminierung von Christen in Westeuropa nimmt zu", in: *ideaSpektrum Schweiz* 2012, Nr. 47: 17.

Political Correctness" in der Anzeige gewesen. Ein Blick ins Kongressprogramm habe gezeigt, dass damit nicht "Diktaturen im politikwissenschaftlichen Sinne" gemeint seien, sondern "demokratische Staaten wie die Bundesrepublik". Dieses Land als Diktatur zu bezeichnen, sei "eine Diffamierung". Christiane Florin fragte sich, wie eine "solche Verachtung für die plurale Demokratie" in den Anzeigentext eines Hilfswerks komme, das es "aufgrund seiner Erfahrung mit den Opfern lupenreiner Diktaturen" doch besser wissen müsste. Zudem habe sie zwei kostenlose Broschüren von *Kirche in Not* erhalten, wovon eine zur "Gender-Ideologie" gewesen sei und sie sich frage, welchem "bedrängten Christen" solche Heftchen helfen sollten. Das Wort "Gender" hätten verfolgte Christen im Irak "sicher noch nie gehört".[341]

2016 veranstaltete Gudrun Kugler als Landtagsabgeordnete mit dem Dokumentationsarchiv eine internationale Konferenz zu "Christenverfolgung und die Verletzung der Religionsfreiheit" im Erzbischöflichen Palais in Wien in Zusammenarbeit mit *Kirche in Not* und den Deutschen Ablegern von *Open Doors* (siehe 9.3.1.1) und CSI (siehe 6.2.1). Es sprachen etwa der EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit und die Referentin für Religionsfreiheit der IGFM (siehe 6.2.1) aus Frankfurt am Main.[342]

CSI-Präsident Herbert Meier (siehe 9.2.4) machte 2014 ein ins Deutsche übersetztes Buch des katholischen Politikers und ehemaligen slowakischen Innenministers Vladimír Palko zur Titelgeschichte im *Abendland*. "Die Löwen kommen: Warum Europa und Amerika auf eine neue Tyrannei zusteuern" erschien im selben katholischen Verlag wie Gabriele Kubys Werke (siehe 10.2.2). Herbert Meier schreibt einführend zu einer Leseprobe, dass Palko Gefahren für "die Grundfundamente unserer freiheitlichen Staaten" aufzeige und dies "durch zahlreiche Fakten von Übergriffen und Benachteiligungen" belege, denen Christen heute ausgesetzt seien, wenn sie sich "gegen den vorherrschenden Wertekanon auflehnen" würden. Palko beschreibe, wie in der EU und in Nordamerika "die neue political correctness" ihre Errungenschaften festige und gegen Kritik absichere, was ihn "an die Vorläufer der kommunistischen Machtergreifung" erinnern würde.[343]

In einer redaktionellen "Nachbemerkung" schreibt Herbert Meier, dass es im "sog. freien Westen" nicht nur "private Übergriffe auf Christen" gebe. Auch die "staatliche Verfolgung" nehme zu. "Insbesondere unter dem Druck der Gender-und Homolobby" würden Gesetze die Meinungs- Religions- und Ge-

341 Florin, Christiane: "Wir Meinungsdiktatoren", Editorial in *Christ & Welt* Nr. 1 2015.

342 "Über 100.000 Christen jedes Jahr getötet", Bericht in *ideaSpektrum Schweiz* 2016, Nr. 49: 21.

343 Meier, Herbert: "Die Löwen kommen", in: *Abendland* vom Juni 2014, S. 1.

wissensfreiheit einschränken, wie auch "die persönliche Selbstbestimmung, etwa der Eltern". Wie "in totalitären und autoritären Systemen üblich", würden "Terror und Unterdrückung mit Euphemismen kaschiert", es sei die Rede von "Anti-Diskriminierung, Antirassismus und Toleranz". Meier verweist dabei auf Gudrun Kuglers "Dokumentationszentrum", das über Fälle von "Intoleranz, Diskriminierung und Verfolgung" von Christen in Europa berichte.[344]

Herbert Meier bedauerte 1966 den Tod des südafrikanischen Apartheid-Premiers Hendrik F. Verwoerds, da mit ihm ein "unerbittlicher Kämpfer gegen die linken Wahnideen der Gleichmacher verloren" gegangen sei (*Abendland* Nr. 9 1966, zitiert nach Frischknecht et al. 1979: 412). Die *Abendland*-Ausgabe vom März 1976 erschien mit einer Sonderbeilage zu Südafrika, die Frischknecht et al. (1979: 405) als "Weißwäscherei der weißen Regimes im südlichen Afrika" beurteilten; ein Autor darin war Dr. theol. Rolf Sauerzapf (siehe 6.3.1.1).

Herbert Meier engagierte sich wie erwähnt in den 1960er Jahren gegen die Einführung des Frauenstimmrechts und gegen den Schweizer Beitritt zur europäischen Menschenrechtskonvention, da diese auf Aufklärung und Französischer Revolution basiere und vom Sozialismus anstatt vom Christentum inspiriert sei (siehe 9.3.3). Diese Haltung zeigt sich auch in einem *Facebook*-Beitrag, wo er sich als "konservativer Katholik" bezeichnet und sich von "Reformation und Aufklärung" distanziert.[345] Herbert Meier denkt Menschenrechte daher nicht vom positiven Recht der Menschenrechtskonvention und vom Egalitarismus der Französischen Revolution her, sondern leitet sie vom "Ewigen Gesetz" Gottes ab, das sich "im Natürlichen Sittengesetz und im Naturrecht verwirklicht", wie er es im Vortrag als Präsident der *Katholischen Volksbewegung Pro Ecclesia* am "Einkehrtag" 2004 in Einsiedeln dargelegt hatte.[346]

Am Vortrag 2004 in Einsiedeln sprach Herbert Meier u.a. auch von der Gefahr, dass "[…] sich in einigen europäischen Ländern mit der Zeit muslimische

344 Ebd. S.2

345 Der Beitrag vom 03.07.2016 bezog sich auf eine Diskussion um die Frage der Notwendigkeit von Reformation und Aufklärung im Islam, was Meier verneint, da er dies als konservativer Katholik nicht fordern könne.

346 Der Vortrag wurde 2004 in mehreren Teilen in Meiers *Schweizerischer Katholischer Wochenzeitung* (SKWZ) Nr. 18-23 unter dem Titel "Wann stürzt das Kreuz vom Petersdom?" abgedruckt. Sinngemäß scheint das Referat auch Grundlage seiner im Oktober 2005 gehaltenen Rede an der CSI-Jahresversammlung in der Zürcher St. Anna-Kapelle zu sein. Dort erklärte er Glaubens- und Gewissensfreiheit als aus dem "Älteren und Neueren Naturrechtsdenken" überliefert (Referats-Kurzfassung "Europas Identität in Gefahr?" auf *csi-schweiz.ch* vom 28.11.2005 (offline)).

Mehrheiten herausbilden" würden, von Europa auf "Todesfahrt", von "zufluten-den Menschen fremder Kulturen" und von der "düsteren Aussicht auf Maßeneinwanderung und Kultur- und Religionsüberfremdung", welche die "Multikulturalisten" nicht sehen wollten (SKWZ 2004, Nr. 19: 3).[347]

Im Oktober 2006 referierte Herbert Meier auf Schloss Habsburg anlässlich der Feier "25 Jahre Medien-Panoptikum" zum Thema "Sind Schweizer Freiwild? Die Antirassismus-Falle". Herbert Meier präsidiert die Vereinigung *Medien-Panoptikum* seit mindestens 1993 (Niggli und Frischknecht 1998: 564). Die Zeitschrift des *Medien-Panoptikums* erscheint zweimonatlich unter Redaktion von Rudolf Burger. Dieser verfasste zum 20-Jahre-Jubiläum 2001 den Aufsatz "Jubiläum einer kritischen Medien-Beobachterin" in der *Schweizerzeit*.[348] Dort beschrieb Burger *Political Correctness* als "[…] Sprachregelung, die wie von selbst fast über Nacht von allen einschlägigen Medien als Kriterium über 'korrektes' und 'unkorrektes' Denken übernommen worden" sei. Weite Gebiete der Politik seien dadurch "tabuisiert" worden, Diskussionen um Einwanderungsfragen ließen sich bspw. "mit der 'Rassismus-Keule' totschlagen". Dabei verweist Rudolf Burger auf die Broschüre des *Medien-Panoptikums* "Herrschaft durch Sprache. Political Correctness – auch in der Schweiz" von Paul Ehinger, die 1996 zusammen mit der Vereinigung *Pro Libertate* herausgegeben wurde.

Gemäß Niggli und Frischknecht (1998: 564) stieß diese Publikation des *Medien-Panoptikums* auf "relativ großes Echo", wie auch ein Jahr später die Broschüre "'…so dass keiner mehr die Sprache des andern versteht'. Politik mit verfälschten Begriffen"[349] von Eduard Stäuble. Darin beklagt sich Stäuble über das *Anti-Rassismus-Gesetz* (ARG), das 1994 in einem Referendum angenommen wurde. Denn "Rasse" sei einmal "ein völlig harmloses, wertneutrales Wort" gewesen, das

---

347 Diese Befürchtungen scheinen Herbert Meier weiterhin zu beschäftigen, so lobte er am 23.03.2016 Viktor Orbáns restriktive Flüchtlingspolitik kalauernd auf *Facebook*: "BISHER HABE ICH IMMER BEFÜRCHTET, Europa werde zu stark urbanisiert. Nun atme ich auf: Europa wird orbanisiert!"; am 07.06.2016 teilte er dort ein Bild Viktor Orbáns mit dessen Rede-Textauszug: "Europa muss verstehen, dass es nicht genug ist, die Maßeneinwanderung zu verlangsamen – sie muss komplett gestoppt werden. Viktor Orbán", und am 15.09.2016 teilte er einen *Facebook*-Beitrag von Brigitte Gabriel von *ACT! for America* (siehe 7.3.1), den diese mit "Immigration without assimilation is an invasion!" kommentiert hatte.

348 Burger, Rudolf: "Jubiläum einer kritischen Medien-Beobachterin. 20 Jahre 'Medien-Panoptikum'", in: *Schweizerzeit* vom 07.09.2001.

349 Download unter URL: www.mediawatch.ch/download/Herrschaft_durch_Sprache.pdf (Zugriff 30.01.2017).

bloß feststelle, "[…] dass es unter Menschen verschiedene Rassen gibt", was sich "ja wohl auch nicht bestreiten" lasse, gäbe es "unter den Völkerstämmen" doch "gewisse sichtbare Unterschiede": "Es gibt Schwarze und Weiße und Gelbe und auch Rothäute". Problematisch sei erst die "Rassenlehre" geworden, wo "neben seriösen Wissenschaftern" auch "Fantasten und Scharlatane" "Rassentheorien" entwickelt hätten (S. 5). "Rassismus" geistere als Begriff "wegen des unseligen Anti-Rassismus-Gesetzes" durch "alle Asyldiskussionen" und seit auch noch die EU 1997 zum "Jahr gegen Rassismus" erklärt habe, werde die Gelegenheit benützt, "[…] um Asylpolitik und Rassismus durcheinander zu bringen" (S. 6). Die Broschüre wurde gemeinsam mit der Vereinigung *Pro Libertate* und dem Verein *Gesellschaft und Kirche wohin?* herausgegeben.

In der September-Ausgabe 1993 seines *Abendlandes* hatte Herbert Meier Unterschriftenbögen für ein Referendum gegen das *Anti-Rassismus-Gesetz* (ARG) beigelegt. Er hatte neben zwei bereits existierenden Komitees noch das "Komitee für Freiheit im Reden und Denken" kurz vor Ablauf der Sammelfrist initiiert, um als dessen Geschäftsführer das Zustandekommen des Referendums zu sichern. Im Aufruf des Komitees war von der "Gefahr" die Rede, "[…] dass über den 'Antirassismus' ein System der allgemeinen Meinungskontrolle im Sinne des 'Politisch Korrekten' etabliert und linke Gesellschaftsveränderung betrieben wird".

Neben *Abendland*-Herausgeber Herbert Meier saß auch ein *Abendland*-Mitarbeiter im Referendums-Komitee sowie Bruno Weber, der mit Meier zusammen die *Schweizerische Katholische Wochenzeitung* herausgab.[350] Mit Hans Biedermann war der damalige Präsident der Vereinigung *Medien-Panoptikum* dabei. Der *Medien-Panoptikums*-Redakteur Rudolf Burger war als Präsident der *Aargauischen Vaterländischen Vereinigung* (AVV)[351] aufgeführt, der auch im Vorstand des *Neuen Rütlibundes* saß (siehe 10.2.1.4), sowie Mitglied der *Aktion Kirche wohin?* (heute: *Gesellschaft und Kirche wohin?*) war, wo er 2009 auch in den Vorstand gewählt wurde. Von *Aktion Kirche wohin?* war ein weiteres Mitglied dabei, von der Vereinigung *Pro Libertate* der Präsident, wie auch der Präsident des *Neuen Rütlibundes*, der 1994 und 1995 an den *Mut zur Ethik*-Kongressen dabei war (siehe 10.2.2.3).

In diesem "Komitee für Freiheit im Reden und Denken" waren auch zwei Vertreter des VPM (siehe 10.2.2.3) aufgeführt sowie eine Vertreterin der Vereinigung

350 Die Informationen betreffend Organisationszugehörigkeit stammen, soweit nicht auf dem Referendums-Aufruf im *Abendland* vermerkt, von Niggli und Frischknecht 1998: 302.

351 Die AVV wurde 1918 als anti-kommunistische Bürgerwehr gegründet und wird heute von SVP-Nationalrat Andreas Glarner präsidiert. 2006 referierte etwa Günter Rohrmoser bei der AVV über den Islam, wie es im Mediawatch-Bulletin vom Juni 2006 hieß.

Ja zum Leben, wo Herbert Meier auch aktiv ist, und Gerd J. Weisensee, Gründer des schweizerischen Vereins *Pro Life* (siehe 10.2.1.4).

Im Juni 2015 organisierte die *Junge SVP Schweiz* in Luzern die Veranstaltung "20 Jahre Antirassismusgesetz", die mit dem Slogan "20 Jahre Anti-Schweizer Maulkorbgesetz – Wir feiern nicht!" beworben wurde. Dazu hieß es, dass "unter dem Deckmantel der Political Correctness" eine "Gesinnungsjustiz" eingeführt worden sei. Deshalb sei das "Maulkorbgesetz" abzuschaffen. Herbert Meier referierte zu: "Warum wir damals die Stimme erhoben. Rückblick auf den Abstimmungskampf 1994".

In der September-Ausgabe des *Abendlandes* druckte Herbert Meier seine Rede vom Juni ab. Meier schilderte darin die politische Atmosphäre vor der Abstimmung als eine "prätotalitäre Situation", die durch "Gesinnungsterror, Verhetzung, Ausgrenzung" gekennzeichnet gewesen sei, sowie "durch absoluten Vernichtungswillen gegenüber denjenigen, die in diesem verordneten 'offiziellen' Meinungsklima aus der Reihe getanzt" seien. Für ihn sei das Antirassismus-Gesetz nur der Höhepunkt der *Political-Correctness*-Kampagne gewesen, einer "Polit-Seuche", die sie "seit den Wirren der sog. 68er-Bewegung heimgesucht" habe (S. 5). Im Oktober 2015 bezeichnete Herbert Meier das Antirassismus-Gesetz auf *Facebook* als "eine illiberale Terrormassnahme".[352]

10.2.4 Kampf um die Deutungshoheit: Alternative Medien

Udo Ulfkotte beschäftigte sich in den 1990er Jahren als FAZ-Journalist und Buchautor mit Geheimdienstfragen, Außen- und Sicherheitspolitik. Nach 9/11 wandelte sich Ulfkotte zum Terrorismus- und zum "Islam-Experten" (siehe 9.1.1.2). In den letzten Jahren vor seinem Tod Anfang 2017 verallgemeinerte er seinen Ansatz mit dem Wechsel zum *Kopp Verlag* 2008 schließlich zu einer breiten gesellschafts-

352 Beim Eintrag vom 17.10.2015 ging es um einen NZZ-Artikel zum Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wonach die Schweiz durch die Anwendung der Strafnorm gegen Rassendiskriminierung die Meinungsfreiheit von Dogu Perincek verletzt habe, der in der Schweiz den Völkermord an den Armeniern geleugnet hatte. Herbert Meier sah sich im Kommentar der damaligen NZZ-Redakteurin Katharina Fontana – nun bei der *Weltwoche* – bestätigt, welche die Strafnorm als Anachronismus ("stark vom Zeitgeist der 1990er Jahre und der damals vorherrschenden politischen Korrektheit geprägt") beurteilt und affirmativ zitierend als "Maulkorb" bezeichnet hatte ("Urteil gegen die Schweiz – Sukkurs für die freie Rede" auf *nzz.ch* vom 15.10.2015, URL: https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/sukkurs-fuer-die-freie-rede-1.18630349 (Zugriff 30.01.2017).

politischen Kritik – etwa 2013 mit dem Buch "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdiktatoren" –, die insbesondere auf die (Lügen-) Medien abzielte. So hieß ein Buch 2014 "Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Maßenmedien lenken", oder 2016 "Volkspädagogen – wie uns die Maßenmedien politisch korrekt zu erziehen versuchen".

Diese Entwicklung lief parallel etwa zum Aufkommen der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (*Pegida*),[353] einer Bewegung, die sich gegen eine wahrgenommene "Islamisierung" zur Wehr setzen wollte. Als das Ausbleiben der gewünschten gesellschaftspolitischen Reaktion trotz dutzender Aufmärsche und alarmistischer Aufrufe und Publikationen absehbar wurde, begann sich die Empörung gegen die eigene – als untätig in der Not wahrgenommene – Gesellschaft, insbesondere gegen Medien und Politik zu richten. Diesbezüglich kamen Begriffe wie *Lügenpresse*[354] und *Volksverrat* (siehe 10.2.5) auf. Denn anfangs mögen die Aktivisten, die sich neu praktisch vollständig über die soziale Internet-Plattform *Facebook* organisierten und austauschten, noch an ein gesellschaftliches Aufklärungsprojekt gedacht haben, wobei denjenigen, die in ihrem Sinne noch ungenügend informiert waren, die Augen geöffnet werden sollten.

Die Akteure, die nun etwa bei Veranstaltungen wie *Pegida* mitmarschierten oder referierten, erfuhren ihre politische Sozialisation hauptsächlich *online* als Konsumenten und Autoren von – zumeist unter Pseudonym geführten – Blogs und Websites wie *PI-News* (siehe 5.3), die sich als Alternative zu den etablierten *Mainstreammedien* sehen,[355] weil sie deren *Political Correctness* (siehe 10.2.3.1) unterlaufend über das berichten, was die anderen zensieren würden. So begannen diese *online*-Medien etwa seit der verbreiteten Publikation der *Mohammed-*

353 Zu *Pegida* siehe 4.4, 4.5, 10.2.2.1, 10.2.5.1, 10.2.5.2.

354 Siehe etwa Maan, Noura; Schmid, Fabian: "Das Gegenteil von Lügenpresse: Die rechte *Pegida*-Bewegung hat enormen Zulauf in sozialen Netzwerken und setzt zur Vermittlung ihrer Inhalte zunehmend auf 'alternative' Medien", empirische Medienanalyse auf *derstandard.at* vom 10.07.2016, URL: derstandard.at/2000037622930/Das-Gegenteil-von-Luegenpresse (Zugriff 30.01.2017).

355 Robert Spencer (siehe 9.2.5) befand etwa 2011 im Interview mit der *Initiative 1683* (siehe 9.1.3): „Uns wird überall erzählt, wie friedliebend der Islam sei und keinerlei Rassismus beinhalte. […] Die Mainstreammedien leben in dieser Voreingenommenheit, wann immer sich kritische Stimmen zum Dschihad äußern. […] Der verbrecherische, gewalttätige, hasserfüllte Moslem ist plötzlich nur ein Opfer." URL: http://initiative1683.com/2011/08/28/robert-spencer-uber-die-verheiratung-von-islam-und-kommunismus/ (offline, Zugriff 10.10.2011).

Karikaturen 2006 (siehe 4.1), die von etablierten Medien des professionellen Journalismus (zumeist) nicht abgedruckt wurden,[356] eine wahrnehmbare öffentliche Wirkung zu entfalten.

Für Udo Ulfkotte, der 2014 selbst beim *Pegida*-Ableger in Bonn (*Bogida*, siehe 10.2.5.1) gesprochen hatte, sind es laut seinem Buch "Vorsicht Bürgerkrieg! Was lange gärt, wird endlich Wut" ganz generell die "68er" (siehe 10.2.1.1), welche in einer "Selbstverleugnung" ihre eigene Kultur, "sowie überlieferte Werte", zugunsten eines "Multikulti-Primat[s]" ablehnen würden, was schließlich allen durch "fortgesetzte Medienpropaganda" aufgepfropft würde. Alle im deutschen Bundestag vertretenen Parteien würden "die Zucht der neuen Multikulti-Primaten" fördern – "wissentlich oder aus Dummheit und Unfähigkeit" (2009: 156). Für diese "Zucht" bediene man sich "[…] obskurer Studien, um die Gehirne der Bürger im gewünschten Sinne zu indoktrinieren". Niemand dürfe etwa mehr die "Klimaschutzreligion" hinterfragen oder "[…] gegen Entchristianisierung und Werteverfall aufbegehren" (2009: 157).

Der *Klimawandel* wird in breiten Kreisen hinterfragt, die generell offiziellen Darstellungen misstrauen, weil sie sie für tendenziös halten und wie Udo Ulfkotte (siehe oben) davon ausgehen, dass die Regierenden versuchen, die Bevölkerung zur indoktrinieren, um bestimmte Einstellungen zu evozieren und Verhaltensweisen zu konditionieren. So ist es nicht untypisch, dass in einem Anti-Islam-Newsletter etwa auch eine klimaskeptische Position verhandelt wird. Im *elsa*-Newsletter[357] vom Januar 2017 werden drei angebliche Mythen genannt und anschließend widerlegt: "Myth One. Islam in Spain was a multicultural paradise, […] Myth Two. The Crusaders murdered millions of Islamics. […] Myth Three. CO2 is bad for the planet". Zum letzten Punkt wird angeführt, dass Kohlendioxid keine Erderwärmung verursache, die sich im Übrigen auch kaum ereigne. Dabei wird u.a. auf einen Artikel auf *breitbart.com* verwiesen, wo ein Klimaexperte zitiert wird. Dieser Experte arbeitet mit einem Thinktank zusammen, der zu den "U.S. climate change counter-movement organizations" gehört (Brulle 2014), zu denen auch die in dieser Arbeit mehrfach angeführten Thinktanks *Hudson Institute* (siehe 5.2) und *American Enterprise Institute* (AEI) zählen.

356 Zur Darstellung des Karikaturenstreits in Schweizer Medien siehe Ettinger und Imhof (2011: 23-27).

357 Newsletter von elsa@worldtruthsummit.com vom Blog unter URL: elsasblog.com.

10.2.4.1 Lobbying gegen Diskriminierung der Islamkritik

Das bisher letzte große *Counterjihad*-Treffen (siehe 4.1) fand im Juli 2012 im Europäischen Parlament in Brüssel als "International Free Speech and Human Rights Conference" statt. Organisiert wurde die Konferenz von der *International Civil Liberties Alliance* (ICLA, siehe 4.2), die sich u.a. als eine Gegenorganisation zur *Organisation of Islamic Cooperation* (OIC) versteht. Für die ICLA bedeuten die Bestrebungen der OIC, eine internationale Ächtung der Diskriminierung von Muslimen durchzusetzen, einen Eingriff in die Meinungsfreiheit. Gut vertreten war auch die *International Free Press Society* (IFPS, siehe 4.3.1) von Lars Hedegaard, der für die Verkündigung der *"politically incorrect* truth" als IFPS-Vorsitzender mit dem "Defender of Freedom Award 2012"[358] der ICLA ausgezeichnet wurde.[359]

Wie Felix Strüning als Geschäftsführer der *Gustav-Stresemann-Stiftung* (siehe 10.1.4.5) in seinem Konferenz-Beitrag ausgeführt hatte, würden die OIC sowie islamische Verbände den Begriff "Islamophobie" verwenden, "[…] um jegliche Kritik am Islam und an Muslimen im Keim zu ersticken". "Islamophobie" stelle sich bei genauerer Betrachtung "als gezielter Kampfbegriff" heraus.[360]

Im Stiftungsmagazin *Citizen Times* berichtete Felix Strüning über die Konferenz, deren Schwerpunkt "[…] die drohende Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit durch islamische Lobbyorganisationen, vor allem die OIC" gewesen sei.[361] An der ICLA-Konferenz haben u.a. auch *Sabatina James* (siehe 9.3.2.4), *Tommy Robinson* (siehe 4.2) und Ned May (siehe 4.4) gesprochen. May berichtete für *Gates of Vienna* von der Konferenz, *Fjordman* (siehe 4.5) für das *FrontPage Magazine* (FPM), Michael Stürzenberger (siehe 9.2.3.6) für *PI-News*, *Michael Mannheimer* (siehe 10.2.5.2) für den gleichnamigen Blog und *EuropeNews* veröffentlichte eine englische ICLA-Medienmitteilung, die auch ins Deutsche übertragen wurde.

---

358 Archivierte Website: "Defender of Freedom Award (Brussels 2012)" unter URL: https://web.archive.org/web/20160407021637/http://www.libertiesalliance.org/brusselsconference/brussels-2012-defender-of-freedom-award/ (Zugriff 30.01.2017).

359 Am 11. September 2012 war Lars Hedegaard dann einer der europäischen Vertreter in New York an der Anti-Islam-Konferenz (siehe 4.2) der transatlantischen Dachorganisation *Stop Islamization of Nations* (SION, siehe 9.2.5).

360 Siehe die veröffentlichte Rede unter URL: http://www.stresemann-stiftung.de/publikationen/diskussions-papiere/felix-struning-kampfbegriff-islamophobie/ (Zugriff 30.01.2017).

361 Strüning, Felix: "Der Brüsseler Prozess beginnt" auf: *citizentimes.eu* vom 10.07.2012, URL: http://www.citizentimes.eu/2012/07/10/der-brusseler-prozess-beginnt/ (Zugriff 30.01.2017).

Elisabeth Sabaditsch-Wolff (siehe 4.4) hatte im Namen der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) auch in Brüssel gesprochen und zuvor bereits an einer OSZE-Tagung im November 2011 in Wien. Dort trat sie zusammen mit Henrik Ræder Clausen von der ICLA auf, der für *EuropeNews* berichtete, mit einer Delegierten des *Wiener Akademikerbundes* (WAB, siehe 10.1.4.6) sowie mit Bruce Lieske (siehe 9.3.1.8), der im Namen von *ACT! For America* (siehe 7.3.1) sprach. In einer Stellungnahme[362] kritisierte ICLA dabei u.a. die OSZE-Broschüre "Addressing Islamophobia through Education", da "anti-immigrant or anti-Muslim sentiment[s]" primär dadurch verursacht würden, dass Behörden bei der Lösung von "real world problems" versagen würden.

Im Oktober 2013 reiste eine "Gruppe freiheitsliebender Menschen" an eine OSZE-Konferenz nach Warschau, wie *EuropeNews* berichte.[363] Die Mitglieder der Reisegruppe würden u.a. BPE Deutschland und Österreich, *ACT! For America* USA und Kanada, ICLA, das *Center for Security Policy* (CSP, siehe 10.1.1) und die *Gustav-Stresemann-Stiftung* repräsentierten.

Für das CSP sprach Stephen Coughlin, der den CSP-*Shariah-Report* mitverantwortet hatte (siehe 10.1.1). Über die Rede berichtete *Gates of Vienna*[364] und *EuropeNews* übersetzte den Beitrag ins Deutsche. Demnach kritisierte Coughlin die von OSZE-Organen verwendeten Begrifflichkeiten wie "Intoleranz, Diskriminierung, Rassismus, Hass, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie", die "ohne zugrunde liegende Fakten" benutzt würden. Deren "einziger Zweck" bestehe darin, "[…] jene zu stigmatisieren, marginalisieren und einzuschüchtern, die abweichende Meinungen vertreten".[365]

10.2.4.2 "Initiative für Pressefreiheit"

Die vom *Middle East Forum* (MEF, siehe 4.3.1) alimentierte *Gustav-Stresemann-Stiftung* (siehe 10.1.4.5) hatte nach der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel im

362 Siehe URL: http://www.osce.org/odihr/84898 (Zugriff 30.01.2017).

363 "OSZE: Unser Team in Warschau" *EuropeNews*-Meldung vom 02.10.2013, URL: https://de.europenews.dk/-OSZE-Unser-Team-in-Warschau-90856.html (Zugriff 30.01.2017).

364 "A Call to Eliminate Controversial Undefined Terms", auf: *GoV, URL*: http://gatesofvienna.net/2013/09/a-call-to-eliminate-controversial-undefined-terms/ (Zugriff 30.01.2017).

365 "Videos OSZE: 2 Interventionen zum Thema Islamophobie & Jihad", auf: *EuropeNews* vom 02.10.2013, URL: http://europenews.dk/de/node/72410 (Zugriff 30.01.2017).

November 2012 die "Initiative für Pressefreiheit" lanciert,[366] da etwa die OIC sowie "im Westen lebende Muslime" ein Verbot "jeglicher Kritik oder Schmähung ihrer Religion und ihres Propheten" fordern würden. Akteure bei der OSZE und bei den Vereinten Nationen (UNO) versuchten gar, "[…] Kritik am Islam als Hassverbrechen zu stigmatisieren". Zudem führe "die sogenannte 'political correctness' in Deutschland und ganz Europa" zunehmend dazu, "[…] dass eine Berichterstattung jenseits der hegemonialen (linken) Einheitsideologie tabuisiert" werde. Dies betreffe insbesondere "[…] Themen wie Zuwanderung und Integration, die Ideologie des Islam, die Europäische Union und den Euro sowie Fragen ideologisch motivierter, aber wissenschaftlich meist unhaltbarer, Umwelt- und Klimaschutzmassnahmen".[367]

Als "Internationale Partner"[368] der "Initiative für Pressefreiheit" werden das MEF unter der Leitung von Daniel Pipes (siehe 4.3.1), die *AHA Foundation* von Ayaan Hirsi Ali (siehe 10.1.4.8), die ICLA sowie *Sabatina e.V.* angeführt, der Verein von *Sabatina James* (siehe 9.3.2.4), die auch 2012 an der *Counterjihad*-Konferenz in Brüssel referiert hatte.

Ein Beitrag von *Sabatina James* erschien im Sammelband "Der Islam und der Westen", der 2012 von Felix Strüning herausgegeben wurde. *Sabatina e.V.* teilt auf *Facebook* Beiträge von *Citizen Times*, *EuropeNews*, Robert Spencers *Jihad Watch* oder von *journalistenwatch.com*, dem Blog von Thomas Böhm, Mitbegründer der Partei *Die Freiheit* und seit Mai 2016 Nachfolger von Conny Axel Meier als Bundesgeschäftsführer der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5). Thomas Böhm riet etwa der AfD nach dem Skandal um eine Rede von Björn Höcke zur Erinnerungskultur "Kräfte zu sammeln" und "sich gemeinsam gegen den politischen Gegner zu positionieren". Böhm schrieb dabei von einem "anachronistischen Parteiensystem".[369]

Auch *Sabatina James* (siehe 9.3.1.8) steht hinter der AfD, wie sie im Beitrag "Warum die AfD recht hat" in der *Jungen Freiheit* 2016 klarmachte. Sie forderte darin ein "offensives Ausweisen undemokratischer Islamisten" und schlug der AfD vor "[…] die Bundestagswahl zur Abstimmung über das Zurückschicken gewalt-

366 Unter URL: www.pressefreiheit.biz (bis Sommer 2016 online).

367 Siehe: "Initiative für Pressefreiheit" unter URL: http://www.stresemann-stiftung.de/projekte/initiative-fur-pressefreiheit/ (Zugriff 30.01.2017).

368 Archivierte Website unter URL: https://web.archive.org/web/20160129112206/http://www.pressefreiheit.biz/internationale-partner/ (Zugriff 30.01.2017).

369 Böhm, Thomas: "Reisst Euch zusammen!", Beitrag vom 14.02.2017, URL: http://www.journalistenwatch.com/2017/02/14/thomas-boehm-reisst-euch-zusammen/ (Zugriff 30.01.2017).

bereiter und antidemokratischer Islamisten" zu machen.[370] Ebenfalls 2016 war *Sabatina James* mit dem Beitrag "Gewalt im Koran" Autorin in der Spezialausgabe "Islam – Gefahr für Europa" des *Compact-Magazin*s von Jürgen Elsässer, der auch COMPACT-Konferenzen (siehe 10.2.2) durchführt. Außerdem verfassten im Magazin neben Jürgen Elsässer u.a. auch *Mark A. Gabriel* (siehe 9.1.2.3, 9.2.4.1), Manfred Kleine-Hartlage (siehe 4.5), *Open Doors* ("Christenhatz in Asylheimen", siehe dazu 9.3.2.5 und 9.3.1.1) oder Karl Albrecht Schachtschneider ("Islam und Grundgesetz: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!" siehe dazu 10.2.2.1) Beiträge.

An der "Initiative für Pressefreiheit" beteiligte Medien sind neben dem Stiftungsmagazin *Citizen Times*, *Dispatch International*, *metropolico* (vormals: *blu-News*), *Der Prophet des Islam* und *EuropeNews* (siehe 5.3). Zu *EuropeNews* pflegte die *Gustav-Stresemann-Stiftung* bereits zuvor ein partnerschaftliches Verhältnis, wie auch zur ICLA.[371]

Dispatch International war ein skandinavisches Zeitungsprojekt der IFPS, das im August 2012 eine Probeausgabe veröffentlichte und unter Leitung von Lars Hedegaard (siehe 4.3.1) und Ingrid Carlqvist ab Januar 2013 wöchentlich in Englisch, Dänisch und Schwedisch erscheinen und online zusätzlich auch in Deutsch erhältlich sein sollte. Lars Hedegaard wollte "[…] andere Nachrichten veröffentlichen als die Mainstream Medien" wie *EuropeNews* berichtete,[372] deren Redakteur Henrik Ræder Clausen (siehe 9.3.1.8) Webmaster von *Dispatch International* wurde, die zumindest online bis mindestens Ende 2014 erschien.

Metropolico wurde Anfang 2012 als *blu-News* Blog von Felix Strüning mitbegründet.[373] Er gründete den Blog zusammen mit seinen ehemaligen Parteikollegen Christian Jung und Marco Pino von *Die Freiheit*, die beide *PI-News* (siehe 5.3) verlassen hatten.

Als einziges Medium der "Initiative für Pressefreiheit" verfügt die deutschsprachige Website *Der Prophet des Islam* unter *derprophet.info* über kein Impressum.

---

370 James, Sabatina: "Warum die AfD recht hat", in: *Junge Freiheit* vom 06.05.2016, URL: https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2016/warum-die-afd-recht-hat/ (Zugriff 30.01.2017).

371 Siehe: "Partner & Sponsoren" unter URL: http://www.stresemann-stiftung.de/partner/ (Zugriff 30.01.2017).

372 "Dispatch International Die neue konservative Zeitung" auf: *EuropeNews* vom 23.08.2012, URL: https://de.europenews.dk/-Dispatch-International-Die-neue-konservative-Zeitung-80291.html (Zugriff 30.01.2017).

373 "Ein neues bürgerlich-liberales Politik-Netzwerk", auf: *EuropeNews* vom 30.01.2012, URL: https://de.europenews.dk/Ein-neues-buergerlich-liberales-Politik-Netzwerk-Blu-NEWS-org-buergerlich-liberal-unabhaengig–82255.html (Zugriff 30.01.2017).

Als Urheber wird am Seitenrand ein "Arbeitskreis Religion und Menschenrechte" mit einem Copyrightzeichen angegeben. Zumindest eine Redakteurin von *Der Prophet des Islam* arbeitet auch als Deutschland-Korrespondentin von *Gates of Vienna*.[374] Die Redaktion von *Der Prophet des Islam* ist, wie auch jene von *EuropeNews*, u.a. damit beschäftigt, Berichte und Aufsätze aus dem Englischen ins Deutsche zu übertragen. So half *Der Prophet des Islam* etwa *Gates of Vienna* bei der deutschen Untertitlung eines Videos,[375] oder publizierte einen übersetzten Beitrag vom Blog von Raymond Ibrahim (siehe 9.3.2.4) auf der eigenen Website und stellte den Beitrag danach *PI-News* zur Verfügung.[376] *PI-News* bewarb *Der Prophet des Islam* bereits 2007 als eine Website, die "sauber recherchierte Hintergrundinformationen zum Thema Islam" anbiete,[377] seit mindestens 2011 wirbt *Der Prophet des Islam* auch mit einem Werbebanner auf *PI-News*. Mit einer Anzeige beworben wurde *Der Prophet des Islam* etwa auch in der *Schweizerzeit*.[378] Obwohl die Website keine Kontaktinformationen veröffentlicht, wurde ein angeblicher Betreiber 2015 von der *Basler Zeitung* interviewt. Unter einem Pseudonym erklärt er darin, dass die "IS-Glaubenskämpfer" nichts anderes tun würden, was schon ihr Prophet vorgelebt habe. Die Website diene der Aufklärung, um den Islam als "Unterwerfungs- und Eroberungsideologie" und somit als Feind zu erkennen.[379]

Die Beiträge auf *Der Prophet des Islam* setzen sich aus Texten verschiedener Autoren zusammen. Neben dem oben erwähnten Raymond Ibrahim finden sich

---

374 Siehe dazu den GoV-Beitrag: "Robert Spencer Translated into German" vom 15.09.2012, URL: http://gatesofvienna.blogspot.ch/2012/09/robert-spencer-translated-into-german.html (Zugriff 30.01.2017).

375 "Freedom, Equality, and the Muslim Brotherhood", auf: *Gates of Vienna* vom 28.03.2011, URL: http://gatesofvienna.blogspot.ch/2011/03/freedom-equality-and-muslim-brotherhood.html (Zugriff 30.01.2017).

376 Ibrahim, Raymond: "Sex Jihad" vom 23.06.2013, unter URL: http://raymondibrahim.com/2013/06/23/the-sex-jihad; undatierte Übersetzung unter URL: http://derprophet.info/inhalt/der-sex-jihad; übernommen von *PI-News* am 23.07.2013 unter URL: https://www.pi-news.net/2013/07/der-sex-jihad/ (Zugriffe 30.01.2017).

377 "Web-Tipp: derprophet.info", auf: *PI-News* vom 15.09.2007, URL: https://www.pi-news.net/2007/09/web-tipp-derprophetinfo/ (Zugriff 30.01.2017).

378 Schweizerzeit-Ausgabe vom 21.11.2014.

379 "'Sie tun was der Prophet vorgelebt hat'", Interview von M. Federer mit *Ralph Berger* in: *Basler Zeitung* vom 20.03.2015, S. 23. Einen Tag später veröffentlichte *PI-News* das nur in der BaZ-Print-Ausgabe erschienene Interview unter URL: https://www.pi-news.net/2015/03/interview-mit-der-prophet-in-basler-zeitung/ (Zugriff 30.01.2017).

u.a. auch Texte von Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2), Robert Spencer (siehe 9.2.5), *Bat Ye'or* (siehe 10.1.5.2), Karl Albrecht Schachtschneider (siehe 10.2.2.1), Hans Jansen (siehe 10.1.1), Hartmut Krauss (siehe 10.1.4.5), Abdel-Hakim Ourghi (siehe 10.1.4.3), *Fjordman* (siehe 4.1 mit Abb. 4.1, 4.5), oder Peter Hammond (siehe 7.2.2).

„Arbeitskreis Religion und Menschenrechte"

Unter dem Namen „Arbeitskreis Religion und Menschenrechte" veröffentlichten die Betreiber von *Der Prophet des Islam* im August 2008 den Gastbeitrag "Zeit des Schwertes für irakische Christen" auf *PI-News*.[380] Dabei handelt es sich um einen Bericht über Schwester Hatunes (siehe 9.1.3, 9.3.1.8) Schilderungen zur Situation der Christen in Syrien, Irak und angrenzenden Ländern. Schwester Hatune habe daran erinnert, "[…] dass die Muslime die ganze Welt islamisieren wollten", wozu sie auch aus dem Koran zitierte. Irakische Christen seien beispielsweise "zersägt" und "zu menschlichen Koteletts" verarbeitet worden, wie sie gehört hatte. Zum Gastbeitrag wurden auf *PI-News* sehr emotionale Kommentare verfasst und zur Gewalt gegen Muslime aufgerufen.

Dieser Bericht über Schwester Hatune konnte auch über die Website von Hatune Dogans Stiftung "Helfende Hände für Arme" bezogen werden.[381] Datiert ist der Bericht dort vom 11.05.2008 und unterzeichnet von Peter Christoph Düren. Als Autor des Berichts erschien Peter Christoph Düren auch im Nachdruck auf *EuropeNews*, der einige Tage vor dem *PI-News*-Beitrag publiziert wurde.[382] Auf *EuropeNews* wurde allerdings nicht wie bei *PI-News* der „Arbeitskreis Religion und Menschenrechte" als verantwortlicher Urheber angegeben, sondern das *Institut Diakrisis* (siehe 7.2.1) der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG, siehe 6.1). Der römisch-katholische Dr. theol. Peter Christoph Düren ist Mitglied der

380 "Zeit des Schwertes für irakische Christen", Gastbeitrag auf *PI-News* vom 04.08.2008 unter URL: https://www.pi-news.net/2008/08/zeit-des-schwertes-fuer-irakische-christen/ (Zugriff 30.01.2017).

381 http://www.hatune.de/download/irakische_christen.pdf (offline, letzter Zugriff 22.08.2011). Der Webauftritt findet sich nun unter URL: http://deutsch.hatunefoundation.com/start/ (Zugriff 30.01.2017).

382 Düren, Peter Christoph: "Irakische Christen werden mit unvorstellbarer Grausamkeit von Muslimen verfolgt, gefoltert und umgebracht", auf: *EuropeNews* vom 27.07.2008, URL: http://europenews.dk/de/node/12608 (Zugriff 30.01.2017).

Theologischen Kommission der IKBG[383] sowie Theologischer Referent im Bischöflichen Ordinariat Augsburg, von deren Website der Bericht über Schwester Hatune ebenfalls bezogen werden konnte.[384] Laut der Einleitung zu einem Auszug von Dürens Bericht auf der deutschen IGFM-Website[385] hatte Peter Christoph Düren ein Referat von Schwester Hatune aufgezeichnet, das sie an der IKBG-Tagung vom 5. bis 7. Mai 2008 in Rothenburg ob der Tauber gehalten hatte.

10.2.5 Aufruf zu Widerstand

10.2.5.1 Zeichen setzen: Die *identitäre* Erneuerung

Im Zuge der Großdemonstrationen *La Manif pour tous* (siehe 10.2.2.1) gegen die Einführung der "Homo-Ehe" in Frankreich erschoss sich der französische Publizist Dominique Venner im Mai 2013 vor dem Altar der vollbesetzten Pariser Kathedrale Notre Dame. Er legte zuvor einen Abschiedsbrief auf den Altar, den Jürgen Liminski (siehe 9.2.3.7) für die *Junge Freiheit* übersetzte.

Im Abschiedsbrief bezieht sich Dominique Venner auf den "hochsymbolischen Ort", an dem er sich selbst opfere und damit zu einem "Neubeginn" aufrufe. Die Kathedrale sei "auf den Kultstätten noch älterer Zeiten" errichtet worden und erinnere so an "unsere unvergesslichen Ursprünge". Er lehne sich gegen die Zerstörung der Familie als Grundlage "unserer jahrtausendealten Zivilisation" auf, wie auch gegen das Verbrechen, "unsere Völker durch andere" zu ersetzen.[386]

Dominique Venner erklärte auf seiner Website, dass er "ein Zeichen gegen die Einführung der Homoehe und die drohende Islamisierung Frankreichs" setzen wolle, wie die *Junge Freiheit* berichtete. Er rief dazu auf, den Kampf nicht auf eine Ablehnung der Homo-Ehe zu begrenzen. Eine ebenso große Gefahr für die Zukunft sei der "Große Austausch" der Bevölkerung Frankreichs und Europas, wie es der Autor Renaud Camus aufgezeigt habe. Man werde in eine Zeit eintreten, in der "Worte durch Taten bestätigt" werden müssten.[387]

---

383 Siehe unter URL: http://www.ikbg.net/de/theologische-kommission.php (Zugriff 30.01.2017).

384 Sie unter URL: http://downloads.bistum-augsburg.de/1/95/1/55503930003245799422.pdf (offline, letzter Zugriff 08.01.2010).

385 Siehe unter URL: http://www.igfm.de/Gottes-Recht-versus-Menschen-Recht.484.0.html (offline, letzter Zugriff 14.03.2015).

386 Liminski, Jürgen: "Abschiedsbrief von Dominique Venner", in: *Junge Freiheit* vom 22.05.2013.

387 Neuhaus, Patrick: "Erklärung von Dominique Venner", in: *Junge Freiheit* vom 21.05.2013.

Renaud Camus war etwa an der internationalen Konferenz "Gegen die Islamisierung unserer Länder" am 18. Dezember 2010 in Paris aufgetreten, worauf er wegen Aufrufs zu Hass gegen Muslime verurteilt wurde, da er diese in seiner Rede u.a. als "Soldaten" und "Eroberer" bezeichnet hatte, welche die "Einheimischen" vertreiben oder unterwerfen wollten.[388] Die Konferenz wurde von Pierre Cassens Blog *Riposte Laïque* (siehe Abb. 5.3) und der von Fabrice Robert geführten Dachorganisation *Bloc Identitaire*[389] organisiert und von *PI-News* per *Live-Stream* übertragen.

Pierre Cassen, der *Riposte Laïque* 2007 mitbegründet hatte, wurde aufgrund eines Beitrags von 2010 wegen Aufstachelung zum Hass gegen Muslime angezeigt und im März 2012 erstinstanzlich verurteilt.[390] Im Oktober 2012 wurde der Sitz von *Riposte Laïque* in die Schweiz verlegt und *Riposte Laïque Suisse* unterstellt, doch die französische Justiz belangte nun einen Verantwortlichen der schweizerischen Organisation, da ein inkriminierter Text auch in Frankreich einsehbar gewesen sei.[391]

Fabrice Robert bezog sich in seiner Rede an der Pariser Konferenz 2010 laut Schmid (2011: 95) positiv auf Dominique Venner, der die Identität der "europäischen Völker" auf deren 30.000 jährige Geschichte beziehe, während das Christentum nur zwei Jahrtausende alt und die Aufklärung erst 200 Jahre her sei. Der *Bloc Identitaire* spreche – so Schmid (ebd.) – in diesem Zusammenhang jeweils von "solidarités charnelles", also von "fleischlichen Solidaritäten" aufgrund der biologischen Abstammung.

Aus dem Ausland zur Konferenz nach Paris angereist waren u.a. Tom Trento vom *Florida Security Council* (heute: *The United West*, siehe 9.3.1.8), René Stadtkewitz aus Deutschland (siehe 9.2.3.1), Elisabeth Sabaditsch-Wolff aus Österreich

388 "L'écrivain Renaud Camus condamné pour provocation à la haine contre les musulmans", in: *Le Monde* vom 10.04.2014, URL: http://www.lemonde.fr/societe/article/2014/04/10/l-ecrivain-renaud-camus-condamne-pour-provocation-a-la-haine-contre-les-musulmans_4399551_3224.html (Zugriff 30.01.2017).

389 Seit Juli 2016 tritt die Dachorganisation als *Les Identitaires* auf: "Le Bloc Identitaire devient Les identitaires", URL: http://www.les-identitaires.com/2016/07/le-bloc-identitaire-devient-les-identitaires/ (Zugriff 30.01.2017).

390 Lagarde, Esther: "Riposte laïque condamné pour ses propos islamophobes", in: *Libération* vom 23.03.2012, URL: http://www.liberation.fr/societe/2012/03/23/riposte-laique-condamne-pour-ses-propos-islamophobes_805330 (Zugriff 30.01.2017).

391 Stutz, Hans: "Freysingers Aufruf zum Ungehorsam", in: WOZ vom 14.04.2016, URL: http://www.woz.ch/1615/islamophobie/freysingers-aufruf-zum-ungehorsam (Zugriff 30.01.2017).

(siehe 4.4), Anders Gravers aus Dänemark (siehe 4.2) oder Oskar Freysinger aus der Schweiz (siehe 10.2.2.1). Freysinger befand in seiner Rede, dass es sich beim "Islam" wie beim "Kommunismus" um "kollektivistische Totalitarismen" handle. Deshalb sei Islam "die UdSSR plus Gott" (Schmid 2011: 109).

Renaud Camus postuliert mit dem "Großen Austausch" der Bevölkerung eine Vorstellung, die *Bat Ye'ors Eurabia*-Theorie (siehe 10.1.5.2) gleicht. Letztere ist beim *Bloc Identitaire* und bei *Riposte Laïque* verbreitet.[392] Pierre Cassen, hatte sich etwa im Mai 2010 positiv auf *Bat Ye'ors Eurabia*-Theorie (siehe 10.1.5.2) bezogen.[393] Er sprach im Juli 2012 auch am *Counterjihad*-Treffen im Europäischen Parlament in Brüssel (siehe 10.2.4.1) oder im November 2014 auf Einladung von Oskar Freysinger an einer SVP-Konferenz zu "Islam" im schweizerischen Savièse.

In Savièse war auch Jean-Luc Addor von der SVP Wallis dabei, der 2015 in den schweizerischen Nationalrat gewählt wurde. Zwei Monate nach dem Besuch Pierre Cassens im Kanton Wallis, beteiligte sich Jean-Luc Addor im Januar 2015 an einer Konferenz zur Lancierung von "*Pegida* Frankreich" in Paris.[394] Federführend war Pierre Cassen mit *Riposte Laïque*, Aushängeschild war Renaud Camus.[395] Melanie Dittmer repräsentierte in Paris "*Pegida* Deutschland" (siehe 4.4, 10.2.4), da sie 2014 und 2015 *Pegida*-Demonstrationen in Bonn (Bogida) und Düsseldorf (Dügida) organisiert hatte (u.a. zusammen mit Sebastian Nobile, siehe 9.3.1.5).

Vor einer Bogida-Demonstration, an der auch Udo Ulfkotte sprach (siehe 10.2.4), verharmloste Melanie Dittmer im Dezember 2014 gegenüber *Spiegel TV* den Holocaust und zog dessen Historizität in Zweifel. Im Fernsehbericht wurde auch ein Interview von 1996 eingespielt, als sie noch beim NPD-Nachwuchs *Junge*

---

392 Liogier, Raphaël: "Le mythe de l'invasion arabo-musulmane", in: *Le Monde diplomatique* April 2014, S. 8f., URL: http://www.monde-diplomatique.fr/2014/05/LIOGIER/50422 (Zugriff 30.01.2017).

393 Cassen, Pierre: "Sortir de l'Europe, retrouver le franc et notre souveraineté: un débat enfin possible…", auf: *ripostelaique.com*, URL: http://ripostelaique.com/Sortir-de-l-Europe-retrouver-le.html (Zugriff 30.01.2017).

394 Tasin, Christine: "Une conférence de presse européenne historique: ensemble pour désislamiser nos pays", auf: *lesobservateurs.ch* vom 19.01.2015, URL: http://lesobservateurs.ch/2015/01/19/une-conference-de-presse-europeenne-historique-ensemble-pour-desislamiser-nos-pays/ (Zugriff 30.01.2017).

395 "*Pegida*: Renaud Camus lance une section française du mouvement anti-islam", *atlantico.fr*-Meldung vom 20.01.2015, URL: http://www.atlantico.fr/pepites/pegida-renaud-camus-lance-section-francaise-mouvement-anti-islam-1964837.html (Zugriff 30.01.2017).

Nationaldemokraten aktiv war.[396] Im Januar 2015 saß sie im Vorstand von *Pro NRW* (siehe 6.3.1).

Jean-Luc Addor trat im März 2015 nochmals gemeinsam mit Melanie Dittmer an einer Veranstaltung von *Riposte Laïque* in Rungis beim Flughafen Paris-Orly zu "Zensur" und Einschränkung der Meinungsfreiheit beim Thema Islam auf. Dittmer war Teil einer Delegation von *Pro NRW*.[397] Ende Mai 2015 führte Melanie Dittmer in Deutschland ein *identiäres* Sommerlager durch, bei dem ein Wehrsporttrainer der NPD die Teilnehmenden im Messer- und Stockkampf unterrichtete.[398] Im April 2016 wurde sie wegen "Volksverhetzung, Beleidigung und Störung der Religionsausübung" zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.[399] Jean-Luc Addor wurde im Sommer 2016 wegen Verstoses gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm angeklagt und im August 2017 erstinstanzlich verurteilt.[400] Als ein Mann in einer St. Galler Moschee erschossen wurde, hatte er auf *Twitter* geschrieben: "On en redemande!" (*Wir wollen mehr davon!*), wie der *Tages-Anzeiger* berichtete.[401]

Auf seiner Website[402] gibt Jean-Luc Addor u.a. die Mitgliedschaft beim *Mouvement Suisse Contre l'Islamisation* (MOSCI) an, die 2007 in Lausanne gegründet wur-

---

396 Lehberger, Roman; Vöhringer, Hendrik: "Bogida-Anmelderin Dittmer: 'Es ist für mich unerheblich, ob es den Holocaust gegeben hat'", in *Spiegel TV* vom 21.12.2014, URL: http://www.spiegel.de/video/bogida-akrivistin-melanie-dittmer-hat-neonazi-vergangenheit-video-1544338.html (Zugriff 30.01.2017).

397 "Patrioten von PRO NRW zu Besuch in Frankreich", *Pro NRW*-Beitrag vom 18.03.2015, URL: http://pro-nrw.net/pro/patrioten-von-pro-nrw-zu-besuch-frankreich/ (Zugriff 30.01.2017).

398 Hollek, Danny: "Aus Worten werden Taten – Wehrsport mit Kampfmessern", auf: *zeit.de*-Blog *Störungsmelder*, URL: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2015/10/19/die-radikalisierung-von-rechten-strukturen-und-um-dusseldorf_20277 (Zugriff 30.01.2017).

399 Sartory, Benjamin: "Dügida-Chefin wegen Volksverhetzung verurteilt", auf: *1.wdr.de* vom 28.04.2016, URL: http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/dittmer-prozess-100.html (Zugriff 30.01.2017).

400 "Tweet und Facebook-Kommentar. SVP-Nationalrat wegen Rassendiskriminierung verurteilt", Meldung auf srf.ch vom 17.08.2017, URL: http://www.srf.ch/news/regional/bern-freiburg-wallis/svp-nationalrat-wegen-rassendiskriminierung-verurteilt (Zugriff 17.08.2017).

401 Reichen, Philippe: "SVP-Nationalrat Addor wegen Rassendiskriminierung angeklagt", auf: *tagesanzeiger.ch* vom 15.07.2016, URL: http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/svpnationalrat-addor-wegen-rassendiskriminierung-angeklagt/story/18119360 (Zugriff 30.01.2017).

402 Siehe URL: http://www.jladdor.ch/fr/presentation (Zugriff 30.01.2017).

de und sich auch als *Schweizerische Bewegung gegen die Islamisierung* (SBGI) bezeichnet. Das SBGI setzt sich zum Ziel: "[…] das wahre Gesicht des Islam zu enthüllen: es handelt sich dabei um eine kriegerische, rassistische und expansionistische Ideologie." Der Islam sei "totalitär" und wolle "über die ganze Welt herrschen". Dank dem "angeblich göttliche[n] Ursprung" sei der Islam gegenüber "Nazismus" und "Kommunismus" im Vorteil: Er könne vom Status einer Religion profitieren und werde deshalb vom Gesetz geschützt. Über den Inhalt der islamischen "Ideologie" werde öffentlich gelogen, da die "Taqqia Doktrine" (siehe 10.1.3.2) dies erlaube.[403] Zur Lektüre werden Bücher von *Bat Ye'or* (siehe 10.1.5.2) und *Mark A. Gabriel* empfohlen (siehe 9.1.2.3),[404] verlinkt wird etwa auf die Websites bzw. Blogs von BPE, *EuropeNews*, *PI-News*, Daniel Pipes oder auf den alten Blog von Udo Ulfkotte.[405]

Vom identitären Ethnopluralismus

Der 2003 gegründete *Bloc Identitaire* wurde 2009 in eine politische Partei umgewandelt. Dessen Jugendabteilung *Jeunesses Identitaires* trat ab 2005 als eigenständige Organisation auf, blieb mit dem *Bloc Identitaire* aber personell eng verbunden und nennt sich seit September 2012 *Génération Identitaire* (Camus 2017: 239). Die *Génération Identitaire*[406] wurde zuerst in den Sozialen Medien aktiv und entwickelte eine eingängige Bildsprache mit pop-kulturellen Referenzen (vgl. Sieber 2016). Als Logo dient ein gelbes Lambda-Zeichen auf schwarzem Grund, das dem Film "300" entlehnt ist, der 2007 eine Comic-Vorlage umsetzte, in der Spartaner mit diesem Symbol auf dem Schild einer persischen Übermacht trotzen.[407]

Auf *Youtube* verbreitete die *Génération Identitaire* eine "Déclaration de guerre", in der sie sich als eine Generation am Abgrund inszenierte und als "Opfer der 68er" und von "Multikulti" darstellte. Dagegen kündigten sie Widerstand an. Das Video wurde ab Oktober 2012 auch mit deutschen Untertiteln verbreitet und es entstanden schnell unüberschaubar viele deutschsprachige Unterstützerseiten

403 "Die SBGI stellt sich vor", URL: http://mosci.info/d/vorstellung.htm (Zugriff 30.01.2017).

404 "Bibliographie: A lire absolument", URL: http://www.mosci.info/bibliographie.htm (Zugriff 30.01.2017).

405 "Links", URL: http://mosci.info/d/links.htm (Zugriff 30.01.2017).

406 Siehe URL: https://www.generation-identitaire.com/generation-identitaire-2/ (Zugriff 30.01.2017).

407 Bereits Hermann Göring bezog sich in einer Rede 1943 auf den Kampf der 300 Spartiaten, die für die gemeinsame Sache bis zum letzten kämpfend ihre Ehre im Tod gefunden hätten (Speitkamp 2011: 126).

auf *Facebook*. Am 20. Oktober 2012 besetzte dann eine größere Gruppe *identitärer* Aktivisten eine Moschee in Poitiers, um ans Jahr 732 zu erinnern, als Karl Martell dort angeblich das Land vor "muslimischen Invasoren" gerettet habe, wie es auf *EuropeNews* hieß.[408]

Der *Bloc Identitaire* führte im November 2012 einem Kongress in Orange durch, an dem – angezogen vom Auftreten der *Génération Identitaire* – auch Götz Kubitschek und Martin Lichtmesz (sowie u.a. Renaud Camus) teilnahmen, worüber sie in der *Sezession* berichteten.[409]

Martin Lichtmesz (siehe 4.5) war im Sommer 2012 bereits in Wien bei der Lancierung der ersten österreichischen *identitären* Gruppierung um Alexander Markovics dabei, die durch den *Wiener Akademikerbund* unterstützt wurde (siehe 10.1.4.6). Bei der Gründung der *Identitären Bewegung Österreich* (IBÖ) im Februar 2013 wurde bereits auf gute Kontakte zum deutschen Ableger und zur *Génération Identitaire* verwiesen (ebd.). Im Juli 2013 nahmen Alexander Markovics und Martin Sellner als IBÖ-Vertreter am ersten europäischen Koordinationstreffen der *Identitären Bewegung* in Lyon teil.

Götz Kubitschek, der im Oktober 2015 bei *Pegida* (siehe 10.2.4) in Dresden sprach, lebt mit seiner Familie auf dem sachsen-anhaltischen Rittergut Schnellroda, wo der von ihm mitgegründete Thinktank *Institut für Staatspolitik* (IfS)[410] ansässig ist und auch "Akademien" veranstaltet. Kubitschek gibt für das IfS die Zeitschrift *Sezession* heraus und vertreibt auch IfS-Studien über seinen *Antaios Verlag*.[411] Im *Antaios Verlag* erschien etwa 2011 *Fjordmans* Aufsatzsammlung "Europa verteidigen" (siehe 4.5) und 2016 erstmals Renaud Camus in deutscher Sprache. Übersetzt und eingeleitet wurde "Revolte gegen den Großen Austausch" von Martin Lichtmesz, das Nachwort verfasste Martin Sellner.

---

408 "Video: Frankreich: Moscheengelände besetzt durch Gruppe 'Génération Identitaire' UPDATE!", auf: *EuropeNews* vom 20.10.2012, URL: https://de.europenews.dk/Video-Fankreich-Moscheengelaende-besetzt-durch-Gruppe-Generation-Identitaire-UPDATE–80202.html (Zugriff 30.01.2017).

409 Etwa: Kubitschek, Götz: "Warum Lichtmesz und ich nach Orange fahren", auf: *sezession.de* vom 30.10.2012, URL: https://sezession.de/34523 (Zugriff 30.03.2017).

410 Vgl. Kellershohn 2016; Kellershohn, Helmut: "Das Institut für Staatspolitik", *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) vom 07.07.2016, URL: http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik (Zugriff 30.03.2017).

411 Siehe URL: https://antaios.de/buecher-anderer-verlage/institut-fuer-staatspolitik/ (Zugriff 30.03.2017).

Martin Sellner wurde im Mai 2015 als Autor bei der *Sezession* aufgenommen und begann damit, die IBÖ in Deutschland weiter zu vernetzen. Er baute den Kontakt zu *Pegida* in Dresden und zu Jürgen Elsässer auf, an dessen Berliner COMPACT-Konferenz er zusammen mit Lutz Bachmann von *Pegida* (siehe 10.2.4) "Perspektiven des Widerstandes" aufgezeigt hatte (siehe 10.2.2.1). Dort nahmen neben SVP-Vertreter Oskar Freysinger auch André Poggenburg von der AfD und Karl Albrecht Schachtschneider teil.

Karl Albrecht Schachtschneider (siehe 10.2.2.1), Jürgen Elsässer, Hans-Thomas Tillschneider von der AfD und Götz Kubitschek organisierten sich ab November 2015 in der Bürgerinitiative "Ein Prozent".[412] Sie unterstützen damit u.a. *identitäre* Aktionen in Deutschland[413] und Österreich. Martin Sellner, der ebenfalls zur Initiative "Ein Prozent" gehört, bedankte sich in einem Video auf dem *Youtube*-Kanal von "Ein Prozent" für die Unterstützung der *Identitären* in Österreich, als diese am 15. November 2015 an der österreichischen Grenze gegen Einwanderung demonstriert hatten.[414] Martin Sellner verbrachte dann im Frühjahr 2016 "mehrere Wochen" auf Götz Kubitscheks Rittergut Schnellroda,[415] wo er auch im Februar 2017 an der dort stattfindenden IfS-Winterakademie referierte. Als *Sezessions*-Autor bewarb er bereits die IfS-Sommerakademie 2015 und verglich diese mit den Sommerakademien (*Université d' Été*) der *Génération Identitaire*, an denen er seit 2013 teilnehme und die er auch mitorganisiere. Diese Sommerlager würden durch einen Schweizer Ex-Militär geleitet und sind auf Drill und Kampf ausgerichtet: Wer "trotz Nasenbruch und blauen Augen" weiterkämpfe, werde danach für seinen "Kampfgeist" "vom Lager bejubelt".[416]

412 Siehe unter URL: einprozent.de (Zugriff 30.01.2017).

413 Laut einem *Facebook*-Eintrag von "Ein Prozent" vom 11.04.2016 sei etwa "Kontrakultur Halle" als "erfolgreiche identitäre Gruppe aus Deutschland" bereits "mehrfach finanziell unterstützt" worden.

414 "Solidarität mit Spielfeld: Martin Sellner dankt – EinProzent", *Youtube*-Video von *einprozentfilm* vom 25.11.2015, URL: https://www.youtube.com/watch?v=xWDUZ7SrIH8 (Zugriff 30.01.2017).

415 Laskus, Marcel: "'Ein Prozent' und die Neuen Rechten", *MDR Sachsen* vom 28.09.2016, URL: http://www.mdr.de/sachsen/ein-prozent-in-oybin-100.html (Zugriff 30.01.2017).

416 Sellner, Martin: "Der Geist des Lagers – auf der Sommeruniversität der Identitären", auf: *sezession.de* vom 25.08.2015, URL: https://sezession.de/51101 (Zugriff 30.01.2017).

Der "homophobe"[417] römisch-katholische Autor Matthias Matussek porträtierte Martin Sellner und Martin Lichtmesz in der *Weltwoche* unter dem Titel "Rechts. Na und?"[418] Matthias Matussek hatte lange als Journalist für den *Spiegel* gearbeitet und wechselte 2013 zu *Die Welt*. In der *Weltwoche* veröffentlichte Matthias Matussek im Oktober 2015 eine Rezension der deutschen Neuübersetzung von "Das Heerlager der Heiligen", einem dystopischen Roman über den Untergang des Abendlandes durch Einwanderung des römisch-katholischen Autors Jean Raspail (ein Integralist wie Hans-Peter Raddatz, siehe 9.1.1.2) von 1973.[419] Dies nachdem *Die Welt* den Abdruck der Rezension abgelehnt hatte.[420] "Das Heerlager der Heiligen" (Der Titel bezieht sich auf eine biblische Endzeitschlacht gemäß *Offenbarung 20, 7-9*, siehe 8.2.2.1) erschien in Götz Kubitscheks *Antaios Verlag*, übersetzt wurde es von Martin Lichtmesz.

Marine Le Pen vom *Front National* (später: *Rassemblement National)* schrieb bereits im September 2015 auf *Twitter*, man solle angesichts der gegenwärtigen Migrantenüberschwemmung (*submersion migratoire*) wieder "Das Heerlager der Heiligen" lesen. Ab Oktober 2015 beschrieb auch Stephen Bannon – Chef von *breitbart.com*, zwischenzeitlich Chefberater von Donald Trump – wiederholt die "Invasion" nach Europa mit Verweis auf das "Camp of the Saints", wie Jean Raspails Buch 1975 erstmals in den USA übersetzt erschien und mit "a chilling novel about the end of the white world" untertitelt wurde. Das Buch, das in den USA mehrfach wieder aufgelegt wurde, wird in der *Huffington Post* als ein Ruf zu den Waffen beschrieben, um den Geist der Kreuzzüge wiederzubeleben und die äußeren und inneren Feine des "white Christian West" zu bekämpfen.[421]

---

417 Matussek, Matthias: "Ich bin wohl homophob. Und das ist auch gut so", auf: *welt.de* vom 12.02.2014, URL: https://www.welt.de/debatte/kommentare/article124792188/Ich-bin-wohl-homophob-Und-das-ist-auch-gut-so.html (Zugriff 30.01.2017).

418 Matussek, Matthias: "Rechts. Na und?" in: *Weltwoche* 2017 Nr. 1, URL: http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2017-1/artikel/rechts-na-und-die-weltwoche-ausgabe-12017.html (Zugriff 30.01.2017). In der folgenden Ausgabe erschien ein 2. Teil des Beitrags.

419 Matussek, Matthias: "Lust, die eigene Kultur auszulöschen", Rezension in: *Weltwoche* 2015 Nr. 40, URL: http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2015-40/literatur-lust-die-eigene-kultur-auszuloeschen-die-weltwoche-ausgabe-402015.html (Zugriff 30.01.2017).

420 Stutz, Hans: "Rückkehr des Rassegedankens", in: WOZ vom 22.10.2015, URL: https://www.woz.ch/1543/rechtsaussen/rueckkehr-des-rassegedankens (Zugriff 30.01.2017).

421 Blumenthal, Paul; Rieger, JM: "This Stunningly Racist French Novel Is How Steve Bannon Explains The World", auf: *huffingtonpost.com* vom 04.03.2017, URL:

Matthias Matussek, der im Dezember 2014 den Kritikern von *Pegida*-Demonstrationen auf *Facebook* "die Gesinnung von HJ-Pöbeln" attestiert hatte, gab nach den Anschlägen vom 13. November 2015 in Paris auf *Facebook* seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Debatten "über offene Grenzen" und "eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer" nach dem "Terror von Paris" in eine "ganz neue frische Richtung" bewegen würden, was er mit einem *Smiley* unterlegte. Dies hatte einen Streit mit der *Welt*-Redaktion zur Folge, worauf Matthias Matussek entlassen wurde.[422] Kurz darauf fungierte er als Laudator der Verleihung des Gerhard-Löwenthal-Preises (siehe 10.2.2.3).

Als Matthias Matussek u.a. Martin Sellner und Martin Lichtmesz in der *Weltwoche* (2017/1) porträtierte, begründete er die Entstehung der "Identitären Bewegung" in Österreich und Deutschland mit Verweis auf den "[…] Zustrom von knapp einer Million anti-semitischer, aufklärungsfeindlicher, großteils analphabetischer Muslime" und verteidigte die "[…] Ablehnung einer beliebigen und prinzipienlosen Multikulti-Gesellschaft" durch die *Identitären* mit Hinweis auf eine "[…] gar nicht mehr so schleichende[.] und von vielen Politikern geleugnete[.] Islamisierung".[423]

Matthias Matussek schrieb, dass "[…] die Identitäre Bewegung das Konzept des Ethnopluralismus" verfolge, wodurch das Konzept "[…] keiner biologischen, sondern einer europäisch-kulturellen Identität […]" entspreche.[424]

Das Konzept des "Ethnopluralismus" wurde in den 1970er Jahren zur Selbstbezeichnung entwickelt und betont gemäß Globisch (2011: 213) eine "[…] kulturelle und genetische Ungleichheit und Geschlossenheit von 'ethnischen Kulturgemeinschaften'", die im Gegensatz zum menschenrechtlichen Universalismus stehe. In einer anti-individualistischen Weise existiere der Einzelne im Ethnopluralismus bloß als Mitglied eines "Volkes", das Menschen durch Abstammung verbinde, dem eine "unverwechselbare, kulturelle Identität'" zugeschrieben werde und dem ein "im Kern unveränderliches Wesen (Volkstum)" unterstellt werde. Die Existenz von Hierarchien zwischen "Völkern" werde zwar negiert, jedoch würde eine räumliche

---

http://www.huffingtonpost.com/entry/steve-bannon-camp-of-the-saints-immigration_us_58b75206e4b0284854b3dc03 (Zugriff 04.04.2017).

422 "Nach *Facebook*-Kommentar: 'Die Welt' trennt sich von Autor Matussek", Bericht der *Süddeutschen Zeitung* vom 17.11.2015, URL: http://www.sueddeutsche.de/medien/nach-facebook-kommentar-die-welt-trennt-sich-von-autor-matussek-1.2741314 (Zugriff 30.01.2017).

423 Siehe Fußnote 418.

424 Ebd.

Separierung dieser "Völker" gefordert und das "Recht auf Verteidigung ihrer Verschiedenheit" betont (ebd.).

Laut Skenderovic (2008: 19) wird der Ethnopluralismus durch eine "Neue Rechte" propagiert und begründe ausgehend von der Vorstellung einer "naturbedingten Differenz zwischen den Kulturen" einen "neuen Rassismus", der auf einem "essentialistischen Kulturverständnis" basiere. Dabei würden "[…] kulturelle Charakteristika als dauerhafte und deterministische Unterscheidungsmerkmale zwischen Menschen und Gruppen […]" präsentiert und dadurch kulturelle Unterschiede naturalisiert, was "[…] letztlich dem Biologismus des klassischen Rassismus ähnlich […]" sei und eine Diskriminierung aufgrund "vermeintlich biologisch vererbter Merkmale" zur Folge habe (2008: 19f.).

10.2.5.2 Fundamentalopposition: Widerstand zur Rettung des Volkes

Gemäß Christian Geulen[425] steht für die *Neue Rechte* "weder Nation noch Vaterland" im Zentrum, sondern eine "Idee von Gemeinschaft", die sowohl sub-, als auch transnational zum Ausdruck komme. Verteidigt werde etwa die "gesunde und normale Familie" als Basis des "Volkes" gegen "Feminismus, Multikulturalismus und Politische Korrektheit", aber auch übergeordnete, wahlweise aufklärerische/europäische/christliche/abendländische, Werte und Errungenschaften. Auf beiden Ebenen verständige man sich transnational – "politisch-partikulare Nationalinteressen" fast völlig unterlaufend – über ein als "Normal-Bevölkerung" gedachtes Kollektiv, das zu schützen und zu stärken sei (siehe etwa 10.2.2).

Ein ähnlich ambivalentes bzw. "[…] dehnbares Kollektiv, das im Raum privater Sexualität ebenso zur Disposition stand wie im Ringen um globale Herrschaftsräume" finde man, so Geulen, in der modernen Ideen- und Ideologiegeschichte alleine im Rassenbegriff des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Im Vordergrund würde nun vor allem die Idee einer "Reinhaltung des Eigenen" stehen, die einer "[…] von ständiger Terrorangst massiv unterstützten Logik der Existenzsicherung – ‚Wir oder Die' –" folgen würde. "Feind und Freund" würden dabei diffus bleiben. Dazu passe die Annahme, dass man sich aufgrund "nicht abreißender Krisen" auf die "hergebrachten politischen und gesellschaftlichen Institutionen" nicht mehr verlassen könne. In einer solchen "Denkfigur des Ausnahmezustands" werde selbstermächtigendes Handeln *von unten* notwendig (ebd.).

---

425 Geulen, Christian: "Transnationaler Nationalismus. Hinter dem Volksbegriff des heutigen Rechtspopulismus lauert die ‚Rasse'", auf: *Geschichte der Gegenwart* vom 19.10.2016, URL: http://geschichtedergegenwart.ch/transnationaler-nationalismus-hinter-dem-volksbegriff-des-heutigen-rechtspopulismus-lauert-die-rasse (Zugriff 30.01.2017).

Hans-Peter Raddatz (siehe 9.1.1.2) stellte 2004 in "Die türkische Gefahr?" fest, dass sich die Europäer und insbesondere die Deutschen, in einer "demographischen Schrumpfspirale" befänden und das "Gemeinwohl" durch Minderheiteninteressen eingeengt würde. Um dem zu begegnen und "Mehrheitsrechte und Gemeinwohl" zu "reaktivieren", müssten sie "recht bald" – solange noch ein "gewisser geistiger Gestaltungswille" gegeben sei – ihre gesamte "Intelligenz und Wertebewusstheit" bündeln und "die Initiative übernehmen" (2004: 16).

Raddatz will "die Eliten" überprüfen lassen, ob sie noch "[…] den Anforderungen der geltenden Ordnung entsprechen" und dazu das "Recht zum Widerstand" gemäß Grundgesetz Art. 20 Abs. 4 in Anspruch nehmen. Da aber über dessen Anwendbarkeit das Verfassungsgericht entscheide und dieses "in gewissem Umfang" bereits Teil des "Leitkartells" sei, bestehe die Gefahr, dass dadurch "[…] neue, nicht unbedingt demokratische Verhältnisse" geschaffen würden. Solange die Europäer und die Deutschen "nicht selbst eingreifen" und den "demokratischen Ausgleich" anstrebten, sondern ihre "Leitkartelle" gewähren ließen, würde sich der laufende "Strukturwandel" hin zu einer "undemokratischen Wirklichkeit" weiter beschleunigen (ebd.).

Auf denselben Grundgesetz-Artikel bezog sich im April 2011 *Michael Mannheimer* (siehe 10.2.1.3) in seinem "Aufruf zum Widerstand gegen das politische Establishment".[426] Er stellte eine verfassungswidrige "Ent-Ethnisierung der deutschen Bevölkerung" fest und sah mit der "Kirche", die "den schlimmstmöglichen Feind" – den Islam – umarme, die "[…] letzte Bastion im Widerstand gegen den menschenfeindlichen Faschismus Islam" gefallen. Da nun "[…] das gesamte deutsche Establishment: Politik, Wissenschaft, Medien, Justiz und jetzt auch die Kirche" mit dem Islam sympathisiere und kollaboriere, werde "[…] gegen den Willen des absoluten Großteils der Bevölkerung" verstoßen.

Wenn in Deutschland nun nicht "sofort gehandelt" werde, so sei man "aus demographischen Gründen" in wenigen Jahren dazu nicht mehr in der Lage. Das "deutsche Volk" müsse "sein Schicksal" daher "selbst in die Hand nehmen". Es werde sich zeigen, ob es dazu in der Lage sei. Deshalb ruft *Michael Mannheimer* zum "Kampf" auf, "[…] ausdrücklich mit allen Mitteln, auch bewaffnet und unter Bedingungen eines Bürgerkriegs […]", wenn sonst nichts nütze. Er schließt mit der Forderung:

---

426 Mannheimer, Michael: "Aufruf zum allgemeinen Widerstand gegen das politische Establishment gemäß Art. 20 Abs. 4 GG", auf: *michael-mannheimer.net* vom 09.04.2011, URL: https://michael-mannheimer.net/2011/04/09/mein-aufruf-zum-widerstand-gegen-das-politische-establishment-gemas-art-20-abs-4-gg (Zugriff 30.01.2017).

> Vertreibt das herrschende Establishment aus seinen Ämtern und Schreibstuben und stellt die Verantwortlichen vor ein Gericht! Wie 1933 hat dieses Establishment schon wieder versagt! Organisiert Euch! Erhebt euch von euren Sofas! Geht auf die Straßen! Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt! Für uns, für unsere Kinder, für unsere Geschichte! Es lebe die Freiheit!

Der "Aufruf zum Widerstand" wurde auch andernorts verbreitet und findet sich etwa auch auf *EuropeNews*.[427] Mit dem Bezug auf das Jahr 1933 wird an das Ende der Weimarer Republik erinnert und vor einer erneuten Diktatur gewarnt. Im Juli 2011 berichtete *Michael Mannheimer* über die Website *Nürnberg 2.0*,[428] wo "Unterstützer der Islamisierung Deutschlands" angeklagt würden. Der Name rekurriert auf die "Nürnberger Prozesse", die nach dem Zweiten Weltkrieg gegen Kriegsverbrecher geführt wurden. *Michael Mannheimer* führte die bereits Registrierten auf, die in Kategorien wie Politiker, Journalisten und Autoren, Richter und Staatsanwälte, Wissenschaftler, Kirchenvertreter oder Künstler erfasst wurden.[429] Im August publizierte *Michael Mannheimer* den Beitrag "Die Feinde Deutschlands"[430], worin er beklagte, "[…] dass Deutschlands demokratische Institutionen längst von Linken, Muslimen und anderen Staatsfeinden unterwandert und damit gelähmt worden sind". Darauf listet er Namen der "Staatsfeinde" mit Anklagepunkten auf, die stets "Hochverrat" beinhalten und notiert dazu: "Es liegt an uns, ob wir sie gewähren lassen. Oder nicht."

Paul Weston (siehe 4.3.2) äußerte bereits im Oktober 2010 den Vorwurf des "Verrats", als er im Namen der *International Free Press Society* (IFPS) an einer Kundgebung in Amsterdam zur Unterstützung des Politikers Geert Wilders sprach (siehe 4.3.1), "[…] weil uns die liberalen Eliten unserer Länder an den Islam verraten haben". In seiner Rede, die auf *Gates of Vienna* erschien und von *EuropeNews* ins

---

427 Mannheimer, Michael: "Mein Aufruf zum Widerstand gegen das politische Establishment gemäß Art.20 Abs.4 GG", auf: *EuropeNews* vom 11.04.2011, URL: https://de.europenews.dk/Mein-Aufruf-zum-Widerstand-gegen-das-politische-Establishment-gemaess-Art-20-Abs-4-GG-87248.html (Zugriff 30.01.2017).

428 Siehe unter URL: http://wiki.artikel20.com/ (Zugriff 30.01.2017).

429 Siehe unter URL: https://michael-mannheimer.net/2011/07/28/islamkritiker-errichten-anklageplattforum-nurnberg2-0-im-netz-der-widerstand-gegen-die-islamisierung-erreicht-einen-neunen-hohepunkt/ (Zugriff 30.01.2017).

430 Siehe unter URL: https://michael-mannheimer.net/2011/08/08/die-feinde-deutschlands-teil-1/ (Zugriff 30.01.2017).

Deutsche übertragen wurde,[431] meinte Weston, dass sich Europa heute "in beinahe derselben Situation" befinde wie vor dem Aufstieg Adolf Hitlers.

Die Menschen müssten nun, so Weston, ihre Angst verlieren, als "Rassist" bezeichnet zu werden, was nur dazu diene, den Widerstand gegen einen "rassisch bestimmten Gegner" zu unterbinden, der "Rasse als Waffe" einsetze. Denn es sei nicht rassistisch, "[…] seine Kultur, sein Erbe, und seine Traditionen zu verteidigen". Gerade jener, der Land, Kultur und die "noch nicht geborenen Kinder" verrate sei der Rassist – gar ein "genozidaler Rassist", weil bei gleichbleibender Immigrations- und Geburtenrate in kurzer Zeit ein "Austausch" (siehe 10.2.5.1), ein "unblutiger Genozid", stattfinden werde. Am Ende der Rede kündigt Weston den Verrätern an, dass sie sich "vor einem nürnbergartigen Gericht" zu verantworten hätten, wenn er und die seinigen einmal die Macht übernehmen.

Auch *Michael Mannheimer* schrieb zu Weihnachten 2011 von einem "Genozid an den Europäern", da die "Islamisierung" einen "gigantische[n] Bevölkerungsaustausch" zur Folge habe.[432] Die eigentliche Gefahr, so *Michael Mannheimer* im September 2012, gehe von den "linken Befürwortern der Islamisierung" aus. "Die Linken" seien "die eigentliche Primärinfektion westlicher Staatskörper" und würden "deren Immunsystem" wie "HIV-Viren" schwächen. Mit der "Islamisierung des Westens" folge dann die "potentiell tödliche Sekundärinfektion".[433] Im April 2014 wiederholte *Michael Mannheimer* seien "Aufruf zum kollektiven Widerstand des deutschen Volkes gegen seine Feinde in den eigenen Reihen"[434] und beklagte die "Politik der Abschaffung Deutscher" als "Umvolkung". "Vermutlich" sei es nun "für einen friedlichen Widerstand" bereits zu spät.

Pegida und das Volk

Mit dem Aufkommen der *Pegida*-Montagsdemonstrationen (siehe 10.2.4) Ende 2014 fand *Michael Mannheimer* eine neue Bühne, so sprach er etwa am 16.12.2014 bei *Pegida* in Bonn (Bogida, siehe 10.2.5.1), wo er den "Verbrechern von Politik, Me-

431 Siehe unter URL: https://de.europenews.dk/-Wir-werden-euch-zur-Verantwortung-ziehen-87082.html (Zugriff 30.01.2017).

432 Siehe unter URL: https://michael-mannheimer.net/2011/12/25/die-islamisierung-ist-ein-genozid-am-deutschen-volk-im-sinne-der-resolution-260-der-un/ (Zugriff 30.01.2017).

433 Siehe unter URL: https://michael-mannheimer.net/2012/09/23/wer-den-islam-entmachten-will-muss-zuerst-die-linken-entmachten/ (Zugriff 30.01.2017).

434 Siehe unter URL: https://michael-mannheimer.net/2014/04/21/zweiter-aufruf-zum-widerstand-von-michael-mannheimer (Zugriff 30.01.2017).

dien und Gewerkschaften" vorwarf, eine "Abschaffung Deutschlands" anzustreben und "uns als Deutsche ausrotten" zu wollen.[435]

Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisierte daraufhin in ihrer Neujahrsansprache die Parolen und Haltungen bei "solchen Demonstrationen", womit sie insbesondere auf *Pegida* zielte.[436] Die Regierungsmitglieder wurden an *Pegida*-Demonstrationen als "Volksverräter" bezeichnet, während zur Selbstverortung jeweils "Wir sind das Volk!" skandiert wurde, womit man sich auf die Montagsdemonstrationen in der ehemaligen DDR bezog.[437]

Als 2015 hunderttausende Menschen nach Europa flüchteten, wurde insbesondere Angela Merkel für ihre Flüchtlings-Politik kritisiert. CSI-Präsident Herbert Meier (siehe 9.2.4.1) verbreitete etwa im Juli 2015 auf *Facebook* ein *Youtube*-Video zu Angela Merkel mit dem Kommentar: "Wann belangt man solche Politiker wegen Hochverrats?"[438] Später teilte Herbert Meier ein Video von *Metropolico* (siehe 10.2.4.2), in dem die Rechtsstaatlichkeit der deutschen Bundespolitik angezweifelt wurde mit dem Kommentar: "TATSÄCHLICH stellt sich die Frage des Widerstandsrechts gegen das verfassungsbrüchige Merkel-Regime ganz konkret" (Herv. i. O.).[439]

Mitte Oktober 2015 wurde an der montäglichen *Pegida*-Demonstration in Dresden ein Galgen für Angela Merkel mitgeführt,[440] eine Woche später war dann der Schriftsteller und Autor der *Achse des Guten* (siehe 5.3) Akif Pirinçci Hauptredner bei der Einjahresfeier der Dresdner *Pegida*. Erstmals trat er im Dezember 2014 bei Bogida auf, wo *Michael Mannheimer* ebenfalls gesprochen hatte (siehe oben).

---

435 Zitiert gemäß dem Bericht "NRW-Pegida kommt nicht voran", auf: *blick nach rechts* vom 16.12.2014, URL: https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/nrw-pegida-kommt-nicht-voran (Zugriff 30.01.2017).

436 "Merkel prangert Hass bei *Pegida*-Märschen an", Bericht auf: *spiegel.de* vom 31.12.2014, URL: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-kritisiert-pegida-bei-neujahrsansprache-scharf-a-1010785.html (Zugriff 30.01.2017).

437 Skrobala, Jurek: "*Pegida*-Kampfbegriffe: Vokabular wie bei Goebbels", auf: *spiegel.de* vom 12.01.2015, URL: http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/pegida-kampfbegriffe-was-verbirgt-sich-hinter-der-rhetorik-a-1011755.html (Zugriff 30.01.2017).

438 Beitrag auf *Facebook* vom 22.07.2015.

439 Beitrag auf *Facebook* vom 06.01.2016.

440 "*Pegida*-Demonstration: Merkel-Galgen beschäftigt die Justiz", Bericht zur Demonstration vom 12.10.2015 auf *zeit.de* vom 13.10.2015, URL: http://www.zeit.de/gesellschaft/2015-10/merkel-gabriel-pegida-galgen (Zugriff 30.01.2017).

Vor mehr als zehntausend *Pegida*-Anhängern malte Akif Pirinçci in seiner knapp halbstündigen Rede das Bild eines totalitären Systems aus, unter dem er und seinesgleichen – die auch als "Islam- und Asylkritiker"[441] bezeichnet wurden – zu leiden hätten.[442] Um zu verdeutlichen, was die gegenwärtige Flüchtlingspolitik bedeute, bezog er sich auf die Nationalsozialisten, die im Krieg eroberte Gebiete mit "Volksdeutschen" besiedeln und dazu die ansässige Bevölkerung umsiedeln wollten. Dieser als "Umvolkung" bezeichnete "Bevölkerungsaustausch" könne aber nicht gelingen, da er eine realitätsferne "Kopfgeburt" sei. Denn gemäß seinem eigenen Volksbegriff sind Menschen durch eine "klar definierte Geographie", eine gemeinsame Abstammung und Erinnerungskultur in einem "Kulturkreis", in einer "exakt zu lokalisierenden Heimat miteinander verschmolzen" und könnten deshalb nicht einfach in ein "fremdes Gefilde verfrachtet" werden.

Was Akif Pirinçci stört, ist also weniger die inhaltliche Bestimmung des nationalsozialistischen Volksbegriffs, auf den er sich etwa bei der Bezeichnung der "Volksdeutschen" kritiklos bezieht, sondern vielmehr der "realitätsferne" Machbarkeitswahn der nationalsozialistischen Expansionspolitik. Seine Abgrenzung besteht in der *ethnopluralistischen* (siehe 10.2.5.1) Negierung hierarchischer Verhältnisse zwischen "Völkern" und der Betonung ihrer räumlich-segregierten Gebundenheit.

Da sich Akif Pirinçcis Verlag nach der Dresdner Rede, die breit rezipiert wurde, von ihm distanzierte, nahm ihn Götz Kubitschek im *Antaios Verlag* auf, wo Pirinçci 2016 sein Buch "Umvolkung. Wie die Deutschen still und leise ausgetauscht werden" publizieren konnte. Außerdem wurde er Autor bei der *Sezession*.

In der Dresdner Rede vom Oktober 2015 behauptete Akif Pirinçci, dass "der Geist heutiger Politiker" verwandt sei mit "jenem der Nationalsozialisten". Das sehe man daran, dass die heutigen Politiker – in Bezug auf die Flüchtlingspolitik – "die Masken fallen lassen" und zunehmend "als Gauleiter gegen das eigene Volk" agieren würden. Dazu führte er als Beispiel einen Informationsabend zur Unterbringung von "400 Invasoren" an, wo man Kritiker an der Errichtung eines Erstaufnahmelagers abgekanzelt hätte. Nach dem die Zuhörer mehrfach "Widerstand! Widerstand!" skandiert hatten, fügte Pirinçci an: "Es gäbe natürlich auch andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb."

---

441 Zu einer anderen *Pegida*-Demonstration hieß es etwa im *Tagesspiegel* vom 23.03.2015: "Zur Kundgebung auf dem Dresdner Altmarkt kamen rund 5.500 Anhänger der Islam- und Asylkritiker, wie die Polizei mitteilte." URL: http://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-weniger-zulauf-bei-demonstration-in-dresden/11546104.html (Zugriff 30.01.2017).

442 Siehe: "Komplette Rede Akif Pirinçci. PEGIDA Dresden, 19.10.2015" auf *Youtube* vom 20.10.2015, URL: https://www.youtube.com/watch?v=I2v42cO5SUk (Zugriff 30.01.2017).

Diese letzte Passage wurde nun in der Berichterstattung – aber auch vor Ort im Publikum – teils so verstanden, dass Akif Pirinçci bedaure, dass man niemanden mehr in KZs, also in Konzentrations- bzw. Vernichtungslager, bringen könne. Es ist vielen schwergefallen, Pirinçcis Übertragung der nationalsozialistischen Verhältnisse auf die gegenwärtige Politik, konsequent nachzuvollziehen. Demnach würden, wie erwähnt, die neuen "Gauleiter" nun "gegen das eigene Volk" agieren und eben nicht mehr – wie vormals – gegen die postulierten Feinde dieses "Volkes". Darum droht das "KZ" nun nicht mehr den erklärten inneren und äußeren Feinden – also den Geflüchteten, ihren Türöffnern oder beiden –, sondern dem "Volk" selbst.

Deshalb bezeichnet Akif Pirinçci die gegenwärtigen Machthaber als "Vaterlandsverräter deutscher Herkunft", die es auch zu verantworten hätten, dass wegen ihrer "Willkommenskultur und Multikuli-Scheiße" die "Flüchtelanten" über die einheimischen Frauen "herfallen" und ihren "Moslemsaft" in sie "hineinpumpen" wollten. Es sei ihnen auch gleichgültig, dass Deutschland gegenwärtig "mit seinen zukünftigen Schlachtern durchflutet" werde. Damit komme eine "vorzügliche Moslemmüllhalde" zusammen, die er als "Umvolkung des deutschen Staatsgebietes mit Ausländern" beschreibt.

Demnach sieht Akif Pirinçci sich und seinesgleichen in derselben Lage wie etwa früher die Juden, die dann tatsächlich massenhaft in KZs umgebracht worden waren, mit dem Unterschied, dass heute die Eliten "gegen das eigene Volk" vorgehen würden und die Repression noch nicht ganz so weit fortgeschritten ist. Damit teilt er die Logik der nationalsozialistischen Rassenlehre, wonach die damaligen "Gauleiter" noch zwischen "deutschem Volk" und "Juden" zu unterscheiden wussten und diese "völkische" Vielfalt auch nicht als "Multikulti" gefeiert hatten, sondern für eine entsprechende Separierung – zugunsten des "Volkes" – gesorgt hatten.

Volker Weiss bezeichnet solches Vorgehen, wie hier zu Akif Pirinçci geschildert, als "Selbstviktimisierung", die stets den "Bekenntnismut" begleite, wenn sich jemand durch öffentliche Selbstbezeichnung als "Rechter" oute, was auch als "zweite Geburt" inszeniert werde.[443]

443 Weiss, Volker: "Schwieriges Coming-out", in: *Jungle World* 2016 Nr. 37, URL: http://jungle-world.com/artikel/2016/37/54843.html (Zugriff 30.01.2017).

Widerstand wie im 3. Reich

Bernd Zeller, Autor der mit der *Basler Zeitung* und der *Weltwoche* (bis mindestens 2016) eng kooperierenden[444] *Achse des Guten* (siehe 5.3), befand im Januar 2010 unter "Islamkritik muss militant werden", dass die "natürlichen Feinde der Islamkritiker" nicht die "Islamisten" seien, sondern die "Dschihad-IMs in den Feuilletons". Denn letztere hätten zwar eine "[…] herablassende Sicht auf so niedrige Rassen wie solche, die nichts anderes als Moslem zu sein verdient" hätten, würden jenen gegenüber aber trotzdem "Toleranz" einfordern. Deshalb würden sie "erst umdenken oder wenigstens umschreiben", wenn sie "selbst mit Gewalt konfrontiert" würden – Nicht mit "islamistischer Gewalt", sondern "[…] mit Gewalt seitens falsch verstandener Islamkritik in verzweifelter Reaktion auf die intoleranten, persönlichen und polemischen Tiraden gegen die Islamkritiker".[445]

Diese krude Mischung aus Drohgebärde und Selbstviktimisierung fand im November 2011 eine Fortsetzung unter "Neues vom Verfassungsfeind",[446] als Bernd Zeller den Rechts- und Islamwissenschaftler Mathias Rohe wegen Aussagen zu "Scharia" zu den "Neodreiunddreißiger" zählte, an denen man sehen könne, "[…] wie die Machtergreifung möglich wurde und wieder sein wird".

Bei den oben angeführten "islamkritischen" Autoren wird ein eigentümliches Changieren zwischen der Wahrnehmung einer Diktatur, die sich erst anbahnt oder aber bereits den Alltag bestimmt, ersichtlich. Bezeichnend dafür ist etwa die sogenannte Wirmer-Flagge,[447] die während des Zweiten Weltkriegs von Josef Wirmer, der das gescheiterte Hitler-Attentat durch den Offizier Claus Schenk Graf von Stauffenberg unterstützt hatte und deswegen zum Tode verurteilt wurde, als Widerstands-Symbol entworfen wurde.

Die Wirmer-Flagge taucht seit 2011 im öffentlichen Raum immer wieder auf und ist sowohl Kassandraruf als auch widerständige Reaktion auf eine bereits vollzogen geglaubte totalitäre Machtübernahme. *PI-News* stellte die "Fahne der Widerstandskämpfer vom 20. Juli" im September 2011 als "Anklage" zum deutschen

444 Autoren schrieben wechselseitig fürs jeweils andere Medium und die *Weltwoche* publizierte online eine Vorschau der aktuellen Artikel der *Achse des Guten*.

445 Zeller, Bernd: "Islamkritik muss militant werden", auf: *Achse des Guten* vom 13.01.2010, URL: http://www.achgut.com/artikel/islamkritik_muss_militant_werden (Zugriff 30.01.2017).

446 Zeller, Bernd: "Neues vom Verfassungsfeind", auf: *Achse des Guten* vom 07.11.2011, URL: http://www.achgut.com/artikel/neues_vom_verfassungsfeind (Zugriff 30.01.2017).

447 Siehe etwa: "*Pegida* und die Wirmer-Flagge", auf: *spiegel.de* vom 03.08.2015, URL: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-und-die-wirmer-fahne-ich-bin-entsetzt-a-1046072.html (Zugriff 30.01.2017).

Nationalfeiertag vom 3. Oktober vor, der als "Tag der Bunten Republik" kritisiert wurde.[448]

Im Oktober 2011 wehte die Wirmer-Flagge in Kiel am Stand der "PI-Gruppe Rendsburg" und des "BPE-Landesverbandes Nord" als Zeichen gegen die "EUdSSR", also gegen eine EU, welcher ein sowjetisch-totalitärer Charakter zugeschrieben wird.[449] Fester Bestandteil ist die Wirmer-Flagge seit 2014 bei den *Pegida*-Demonstrationen und wird auch auf dem Rittergut Schnellroda von Götz Kubitschek gehisst.

Einen weiteren Akt des symbolischen Widerstands stellt die Reaktivierung der *Weißen Rose* dar. Diese studentisch geprägte Widerstandsgruppe war während der nationalsozialistischen Diktatur vor allem in Süddeutschland aktiv, wo sie heimlich Flugblätter verbreitete und den Widerstand zu vernetzen versuchte. Die Gruppe wurde enttarnt und führende Mitglieder um die Geschwister Hans und Sophie Scholl wurden 1943 hingerichtet.

Susanne Zeller-Hirzel, die zur *Weißen Rose* gehört hatte, nahm etwa 2010 an einer 9/11-Gedenkveranstaltung der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE, siehe 9.2.3.5) in Stuttgart teil, der sie zuvor beigetreten war. Der langjährige BPE-Geschäftsführer Conny Axel Meier (siehe 10.1.3.2) hatte Susanne Zeller-Hirzel bereits im September 2009 für Kendra Adams von *Stop Islamization of America* (SIOA, siehe 4.2) interviewt. Das Interview erschien ins Englische übertragen im Oktober 2009 auf *New English Review.*[450] Das Original-Interview wurde zur selben Zeit auf dem BPE-Blog unter "Die 'Weiße Rose' und der Counter-Jihad" veröffentlicht.[451] Susanne Zeller-Hirzel meinte darin, dass die "Lehrer und Professoren", die damals "[…] ohne Not nach und nach im Braunhemd zur Schule und zur Uni kamen", sich heutzutage "[…] als islamophile Multikulturalisten profilieren und sich den Moslemverbänden als Handlanger andienen" würden – "so wie damals den Nazis".

---

448 Kuhn, Daniel: "Unsere andere Fahne", auf: *PI-News* vom 25.09.2011, URL: https://www.pi-news.net/2011/09/unsere-andere-fahne (Zugriff 30.01.2017).

449 "Kiel zeigt Flagge gegen EU-Diktatur", Beitrag auf *PI-News* vom 02.10.2011, URL: https://www.pi-news.net/2011/10/kiel-zeigt-flagge-gegen-eu-diktatur (Zugriff 30.01.2017).

450 "The White Rose: An Interview with Mrs. Susanne Zeller-Hirzel", auf: *newenglishreview.org* vom Oktober 2009, URL: http://www.newenglishreview.org/custpage.cfm/frm/48022/sec_id/48022 (Zugriff 30.01.2017).

451 Interview auf *BPE Info* vom 11.10.2009, URL: https://bpeinfo.wordpress.com/2009/10/11/die-%E2%80%9Cweise-rose%E2%80%9D-und-der-counter-jihad (Zugriff 30.01.2017).

Zur Frage, was sie veranlasst habe, bei der "islamkritischen Organisation" BPE mitzuwirken, antwortete Susanne Zeller-Hirzel, dass sie "[…] viele, viele Bücher zum Thema, vor allem die Bücher von Mark Gabriel [siehe 9.1.2.3]" gelesen hätte, wodurch ihr klar geworden sei, dass sie auch selbst "etwas dagegen tun" müsse.

Susanne Zeller-Hirzel wurde bereits im Februar 2002 anlässlich des Todestages von Sophie Scholl von der *Jungen Freiheit* interviewt.[452] Während sich Conny Axel Meier bzw. SIOA vor allem für Susanne Zeller-Hirzels Meinung zur Islamfrage interessierten, zielte das JF-Interview von Moritz Schwarz auf den Patriotismus der *Weißen Rose* und auf Fragen ums Judentum. So meinte Susanne Zeller-Hirzel, dass es zu ihrer Schulzeit "[…] vor den Nazis in Ulm kein 'Judenproblem'" gegeben hätte. "Partei und SA" hätten zwar "gewaltig gehetzt", die "Juden in Ulm" wären aber "meist angesehene Bürger" gewesen. "Die Hetze der Nazis in Ulm" habe sie auch als "weit weniger heftig" als die "Hetze 'gegen Rechts' im vergangenen Herbst" erlebt. Damit bezog sich Susanne Zeller-Hirzel auf den Aufruf zum "Aufstand der Anständigen" durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Oktober 2000, nachdem ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübt worden war.

Susanne Zeller-Hirzel störte sich im JF-Interview auch an der "falschen Darstellung der Nazi-Zeit in der Presse", denn: "Die Hetze gegen die Juden etwa wird völlig übertrieben dargestellt". Heute werde "[…] Auschwitz ganz und gar in den Mittelpunkt gestellt" und das, "was etwa unsere Soldaten erlitten und geleistet haben", dagegen "unter den Teppich gekehrt". So könne man "mit dem deutschen Volk nicht umgehen". Außerdem hätte man auch heute "keine echte Meinungs- und Pressefreiheit", da der "öffentliche Druck" oft zu groß sei. So hätte sie etwa der erwähnte "Aufstand der Anständigen" an die "Massenveranstaltungen der Nazis" erinnert.

Dass Susanne Zeller-Hirzel ein Problem mit der angeblichen "Hetze 'gegen Rechts'" hatte, mag daran liegen, dass sie sich selbst dort verortete und den Nationalsozialismus "Links". So steht es zumindest auf der *Facebook*-Seite der *Weißen Rose*, die am 7. Juli 2012 erstellt wurde und das Datum deren Reaktivierung markieren soll. Dort werden Zitate von Adolf Hitler und Joseph Göbbels angeführt, die belegen sollen, dass der Nationalsozialismus mit "Rechts" verfeindet gewesen sei. Unter "Info" heißt es: "Die Nazis waren links, die 68er ihre Nachfolger und beide sitzen heute wieder an den Schaltstellen der Macht". Deshalb habe nun Su-

452 "Deutschland war ihr wichtig", Interview von Moritz Schwarz mit Susanne Zeller-Hirzel in der *Jungen Freiheit* vom 22.02.2002, URL: http://www.jf-archiv.de/archiv02/092yy29.htm (Zugriff 30.01.2017).

sanne Zeller-Hirzel die *Weiße Rose* "erneut ins Leben gerufen, weil der Faschismus zurückkehrt".

Auf der von Conny Axel Meier administrierten *Facebook*-Seite der *Weißen Rose* wurden seither vornehmlich Beiträge vom *Michael Mannheimer*-Blog geteilt. *Michael Mannheimer* (siehe 10.2.1.3) wurde denn auch Mitglied der *Weißen Rose*, wie ein Bericht über "Die Rückkehr der 'Weißen Rose'" auf *PI-News* klarmachte.[453] Die Autoren des *PI-News*-Beitrags Marc Doll und Michael Stürzenberger (siehe 9.2.3.6) wurden ebenfalls Mitglieder und waren beide in der Partei *Die Freiheit* aktiv, wie auch Thomas Weiss. Weiss und Stürzenberger scheinen sich später zerstritten zu haben und engagierten sich später in München bei den konkurrierenden *Pegida*-Ablegern *Muegida* und *Bagida*.[454] Susanne Zeller-Hirzel war bis zu ihrem Tod im Dezember 2012 bei der BPE, wie auch die neuen *Weiße Rose*-Mitglieder Michael Stürzenberger, Conny Axel Meier und Willi Schwend (siehe 9.2.3.1).

Im April 2014 schloss sich Michael Stürzenberger auf *PI-News* dem gleichentags von *Michael Mannheimer* veröffentlichten zweiten "Aufruf zum kollektiven Widerstand des deutschen Volkes gegen seine Feinde in den eigenen Reihen" (siehe 10.2.5.2) an und betonte, dass sie beide Mitglieder der wiedergegründeten *Weißen Rose* seien. Der "Widerstand des deutschen Volkes" müsse sich nun sowohl gegen die "Islamisierung" wie auch gegen die "willigen Steigbügelhalter" dieser Entwicklung richten.[455]

---

453 Doll, Marc; Stürzenberger, Michael: "Die Rückkehr der 'Weißen Rose'", auf: *PI-News* vom 20.07.2012, URL: https://www.pi-news.net/2012/07/die-ruckkehr-der-%E2%80%9Eweisen-rose%E2%80%9C/ (Zugriff 30.01.2017).

454 Kastner, Bernd: "Pegida in München: In schlechter Gesellschaft", auf: *sueddeutsche.de* vom 11.01.2015, URL: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/pegida-in-muenchen-in-schlechter-gesellschaft-1.2297683 (Zugriff 30.01.2017).

455 Stürzenberger, Michael: "Leistet Widerstand!", auf: *PI-News* vom 21.04.2014, URL: https://www.pi-news.net/2014/04/leistet-widerstand (Zugriff 30.01.2017).